



Vorposten des Deutschen Imperialismus in der Tschechoslowakei vor 1938

GERHARD OBERKOFER

Der aus Eisenhammer bei Kralowitz (Královice) gebürtige Kleo (Franz Kleophas) Pleyer (1898–1942) war ein Kind der österreichischen Arbeiterklasse.¹ Eine solche Herkunft lässt nicht von selbst Partei für die Interessen der Arbeiterklasse ergreifen. Das hat viele Gründe, einer der spezifischen ist, dass die Arbeiterklasse im habsburgischen Böhmen verhältnismäßig isoliert war und unter Verhältnissen gelebt hat, die ihre politisch denkenden Kader für opportunistische Optionen besonders empfänglich gemacht haben. Das von Wilhelm Pleyer (1901–1974), der ein Bruder von Kleo Pleyer ist, geschriebene Buch „*Tal der Kindheit*“ erzählt viel vom provinziellen Leben Westböhmens.² So hat der Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei in Prag vom 14. bis 16. Mai 1921 bei der großen Mehrheit der sudetendeutschen Arbeiterklasse überhaupt keinen Widerhall gefunden.³ Kleo Pleyer hat sich 1916 als Kriegsfreiwilliger gemeldet, war an der Ost- und Südfront, wurde verwundet. Seit seinen jungen Jahren hat er sich mit aller Leidenschaft am Größerwerden seiner intellektuellen und menschlichen Fähigkeiten orientiert. Junge Menschen wie Pleyer können sowohl die fortschrittlichsten wie die reaktionärsten Strömungen in der Gesellschaft artikulieren. Wladimir I. Lenin (1870–1924) hat im Zusammenhang mit den Aufgaben der revolutionären Jugend davon gesprochen, dass „*die Intelligenz aber [...] gerade darum Intelligenz [heißt], weil sie die Entwicklung der Klasseninteressen und der politischen Gruppierung in der ganzen Gesellschaft am bewußtesten, am entschiedensten und am genauesten widerspiegelt und zum Ausdruck bringt*“.⁴ Nach Kriegsende wird Pleyer 1920 Mitglied der Sudetendeutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und mit seiner rhetorischen Kraft einer ihrer besten Agitatoren. Von ihm stammt die Hymne der sudetendeutschen Nationalsozialisten, die auf allen größeren Kundgebun-

gen von diesen gesungen wurde. Die letzte Strophe lautet: „*Wir sind das Heer vom Hakenkreuz, / Hebt hoch die roten Fahnen! / Der deutschen Arbeit wollen wir / Den Weg zur Freiheit bahnen!*“ Das Hakenkreuz war das Symbol des rassistischen Antisemitismus, die roten Fahnen sollten die soziale Dimension der Bewegung kundtun, worauf Adolf Hitler (1889–1945) besonderen Wert gelegt hat.⁵ „*Wir waren also*“, wie SS-Gruppenführer Rudolf Jung (1882–1945) am 18. Mai 1942 an Harold Steinacker (1875–1965), der als Nazirektor der Alpenuniversität seine Antrittsvorlesung in der Uniform eines Sturmführer der SA gelesen hat und 1964 mit derselben Denkinform zum Ehrenmitglied der österreichischen Akademie der Wissenschaften gewählt worden ist, schreibt, „*mit unserem Landsmann Dr. Kleo Pleyer schon durch dieses Lied innigst verbunden*“.⁶ Als Student dichtet Pleyer: „*Nicht im Winde, lau und linde / Laß mein Leben müd verwehn, / Laß mich glutend, laß mich blutend, / Laß im Sturm mich untergehn!*“ Es ist nicht ungewöhnlich, dass Prager Studenten in jenen Jahren ihre Gefühle in Gedichten ausdrücken. Der von den Nazis ermordete Paul Kisch (1883–1944), Bruder des berühmten Egon Erwin Kisch (1885–1948) und ein Klassenkamerad von Franz Kafka (1883–1924), hat gemeinsam mit Arthur Werner (1904–1985), der aus Theresienstadt flüchten hat können, die Sammlung „*Der Prager deutsche Student im Gedicht*“ herausgegeben (Prag 1929). Darin ist Kleo Pleyer aufgenommen.

Der in Reichenau an der Kněžna (Rychnov nad Kněžnou) geborene Ludwig Spiegel (1864–1926)⁷ hätte der Vater von Pleyer sein können, jedenfalls hatte er mit Käthe Spiegel (1898–1941) eine mit diesem gleichaltrige und wie dieser Geschichte studierende Tochter. Er war mosaischer Religion und sah genau so aus, wie sich „*Deutsche*“ einen Rabbiner vorstellen.⁸ Vielleicht sind Käthe Spiegel und Kleo Pleyer an der

Deutschen Universität im selben Seminar gesessen, haben sich ebenso nett wie belanglos unterhalten. Gemeinsam haben sie jedenfalls in den von ihnen besuchten Grundschulen gesungen: „*Gott erhalte, Gott beschütze / Unsern Kaiser, unser Land.*“ Käthe Spiegel wurde an der Universität Schülerin des in Theresienstadt umgekommenen, seit 1904 in Prag lehrenden jüdischen Mediävisten Samuel Steinherz (1857–1942).⁹ Ludwig Spiegel, seit 1905 Professor des Staatsrechts an der Prager Deutschen Juristenfakultät, hat die Interessen der deutschen Bourgeoisie rechtswissenschaftlich artikuliert. Im Leben jedes Einzelnen und im Leben der Völker sollte es an Wendepunkten Zeiten der Reflexion geben. Eine solche Zeit der Reflexion wäre das Ende des Weltkrieges mit der möglichen Erfahrung gewesen, dass Krieg und Gewalt die falsche Reaktion auf Konflikte sind. Die Sowjetunion mit ihrem Friedensdekret wäre eine Orientierungshilfe gewesen. Spiegel ignorierte nach dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie mehr oder weniger die Absichten der neu entstandenen tschechoslowakischen Republik, er konfrontierte sich mit ihnen ohne Nuancen und Ambivalenzen in ziemlich einseitigen Plädoyers. Der zwischen 1918 und 1938 ungelöst gebliebene Konflikt zwischen Deutschen und Tschechoslowaken ist ähnlich dem unlösbar scheinenden Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis. Das tschechische Volk schätzte Spiegel dem deutschen Volk als nicht gleichwertig ein. Als für die kleine liberale deutsche Demokratische Freiheitspartei gewählter Senator im Prager Parlament schrieb er für die *Deutsche Zeitung Bohemia* viele Leitartikel in unfreundlicher Tonalität gegenüber der Tschechoslowakei. „*Das tschechische Volk ist nicht friedliebend*“ – so Spiegel,¹⁰ der die Sudetendeutschen dagegen als „*geduldig und lammfromm*“ charakterisiert.¹¹ Seltsam, in der BRD der 1950er Jahre schrieb Wilhelm Pleyer so ähnlich: „*Wie die religiöse Duldsam-*

keit der Sudetendeutschen war auch ihre Duldsamkeit in Rassedingen vorbildhaft. Judenkrawalle blieben den Sudetendeutschen fremd [...].“¹² Dann erzählt Wilhelm Pleyer, die quasipsychologische Argumentation von Spiegel biologisch weiterführend, dass „das mongolische Blut“ im tschechischen Volk „die Eifersucht, den Hass und die Grausamkeit“ gefördert habe, und – der Antikommunismus durfte in der Bundesrepublik nicht fehlen – „des weiteren die Neigung zum Hordenwesen (diese Bezeichnung nicht wertend, sondern im Sinne der Gesellschaftswissenschaft gebraucht) und damit zum Kommunismus“.¹³

Ein deutscher Rektor gilt als „Standarte Judas“

Die Ablehnung des Judentums musste in die böhmischen Länder nicht importiert werden.¹⁴ Anfang der 1920er Jahre werden sich viele Menschen noch an anti-jüdische, vor allem gegen deutsche Juden gerichtete Krawalle wegen des Prozesses gegen den des Ritualmordes an einem tschechischen Mädchen beschuldigten jüdischen Schustergesellen Leopold Hilsner (1876–1928) erinnern haben. Der damalige Prager Philosophieprofessor Thomáš Masaryk (1850–1937) hat seine Zweifel an der Schuld Hilsners Mitte November 1899 öffentlich gemacht, er hat damit seine Laufbahn aufs Spiel gesetzt und wurde als „Judenfreund“ bedroht.¹⁵ Tschechische Nationalisten waren ebenso beteiligt gewesen wie deutsche Christlich-Soziale. Als Externer besteht Kleo Pleyer im September 1922 die Reifeprüfung am Deutschen Staatsrealgymnasium in Prag I und inskribiert sich für Geschichte an der Deutschen Universität. Er wird sich selbst an der Spitze einer antikapitalistischen sudetendeutschen Avantgarde gesehen haben, die sich im Sommersemester 1920 auf eine „Geschäftsführende Vertretung der deutschen Studentenschaft Prags“ geeinigt hat. Allgemeines Ziel war „die Einigung und Zusammenfassung der gesamten Studentenschaft deutsch-arischer Abstammung auf dem Boden rücksichtsloser Pflichterfüllung dem deutschen Volkstum gegenüber“.¹⁶ Ende des Sommersemesters 1922 wird Kleo Pleyer Motor der gegen Steinherz, der für das Studienjahr 1922/23 zum Rektor der Deutschen Universität gewählt worden war, gerichteten Kampagne.¹⁷

Eine von Kleo Pleyer einberufene Versammlung der deutscharischen Studentenschaft in Prag machte eine Eingabe an den Akademischen Senat, die zuerst

nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, dann aber doch am 18. Juli 1922 in der Prager Presse abgedruckt wurde: „Die deutscharische Studentenschaft [...] erlaubt sich zunächst an den hoh[en]. akad[emischen]. Senat die Bitte zu richten, Mittel und Wege zu finden, welche die Möglichkeit einer schweren Schädigung unserer altangesehenen alma mater abwenden. Der Umstand, daß der neugewählte Rektor nicht dem deutschen Volke entstammt, droht einen schweren Zwiespalt in die deutsche Hochschule, deren Professoren und Studentenschaft zu tragen, die ohnedies arg bedrohte deutsche Hochschule durch die Gefahr von Unruhen noch mehr zu gefährden. Die Studentenschaft ist der Ansicht, daß der deutsche Charakter unserer Hochschule dadurch bedroht erscheint, daß die Wahl eines Mannes, der sich als Verlegungsgegner bekannt hat, von unseren politischen Feinden ausgenutzt werden könnte. Die den weiten Kreisen der Studentenschaft unbekannt Persönlichkeit des neugewählten Rektors gibt uns nicht die Gewähr, daß der deutsche Charakter der Universität gewahrt wird dadurch, daß die Rechte der Universität gegenüber der Regierung energisch genug vertreten werden. [...]“ Von der Hauptleitung des Deutschen Akademikerverbandes mit Sitz in Teplitz-Schönau (Teplice-Šanov) kam sofort eine vollinhaltliche Unterstützung dieser Petition (5. Juli 1922).

Der Erste Weltkrieg hat das Weltbild von Steinherz nicht in Frage gestellt, auch die Hölle des Elends in den Prager Vorstädten mit den hungernden Kindern berührte ihn ebenso wenig wie Spiegel oder wie die von beiden Universitätsprofessoren repräsentierten sozialen Schichten. Im Herbst 1922 wächst der 65-jährige Steinherz an einer Wegkreuzung seines Lebens, das bis dahin ein normales und wegen seines jüdischen Bekenntnisses erst spät ans Ziel gelangtes Professorenleben war, weit über sich hinaus, er überwindet den toten Punkt, an den ihn seine historischen Studien seit Jahrzehnten angenagelt haben. Am 6. Juli 1922 gibt er eine in den Tagesblättern abgedruckte Erklärung über sein „Deutschtum“ ab.¹⁸ Die Prager Redaktionen meinten zu der Zeit, über die langen Sommerferien würden sich in der Studentenschaft die Prioritäten verschieben und Steinherz könne im Herbst ohne weiteres Aufsehen sein Rektorsamt aufnehmen. Dem war aber nicht so, mit 15. November 1922, 7 Uhr früh, kam es zu einer über mehrere Tage anhaltenden,

intensiven Streikbewegung sudetendeutscher Studenten, die auf den Rücktritt von Steinherz als Rektor abzielte. Etwa achthundert Studenten beteiligten sich an der Besetzung der Universitätsgebäude. Die Streikleitung ließ Flugblätter aus der Feder von Kleo Pleyer verteilen:¹⁹

An die Studierenden der Deutschen Hochschulen in Prag

Mit Empörung haben wir zu Ende des Sommersemesters die Nachricht von der Wahl des Juden Steinherz zum Rektor der Universität vernommen, wodurch die Verjudung unserer Universität die Krone aufgesetzt wurde. Entrüstet haben wir uns aber besonders über das Vorgehen jener deutschen Professoren, die diesen Juden mitgewählt haben. Nur sie haben es ermöglicht, daß zum erstenmale an unserer alterwürdigen alma mater ein Jude Rektor wurde. [...]

Deutsche Studenten! Sollen wir damit ein für allemal jeden Einfluss auf die Entwicklung unserer deutschen Universität verloren haben? – Wir haben wohl alle nur eine Antwort darauf: Nein! Gleichwie in früheren Jahren die deutschen Studenten jederzeit bereit waren, Alles einzusetzen, wenn es die Wahrung des deutschen Charakters unserer Universität galt, so müssen wir auch heute zur Tat schreiten: der Streik, das älteste Mittel der Studentenschaft im Kampf um die Erhaltung ihrer Rechte, ist uns auch heute aufgezwungen worden. Durch Euer Vertrauen berufen, fordern wir Euch auf, sobald dieser Aufruf in Eueren Händen ist, in der ‚Mensa academica‘, Krakauergasse 16, weitere Weisungen entgegenzunehmen. Nichterscheinen käme einer Fahnenflucht gleich.

Bedenkt, Eure Heimat, das ganze Sudetenland, blickt in diesen ernsten Stunden auf Euch. Beweist, daß uns kein Kampf zu hart ist, wenn es um das höchste Kulturgut unseres deutschen Volkes geht. Vergesst jedoch nicht, daß wir unser Ziel nur erreichen können durch Einigkeit und Zucht in unseren Reihen.“

Irritationen im Professorenkollegium der Deutschen Universität

Über Einladung von August Sauer (1855–1926) und Wilhelm Wiechowski (1873–1928), Leiter des Instituts für Pharmakologie und Pharmakognosie sowie Senator der tschechoslowakischen Nationalversammlung für die deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei (bis 1925) mit Sympathien für den Kommunismus,²⁰ trafen sich im deutschen pathologischen Institut am 21. November 1922 am Abend 52 von insgesamt 160

Professoren und Dozenten, von denen der Presse 42 Namen bekannt gegeben wurden. „Hausherr“ Artur Bidl (1869–1933), ein aus dem Banat stammender jüdischer Mediziner, der in Wien studiert hat,²¹ leitete die Versammlung. Die theologische Fakultät war, „um einen konfessionellen Streit aus dem Wege zu gehen“, nicht vertreten. Von den Juristen waren Bruno Kafka (1881–1931), Robert Zuckerkandl (1856–1926) und Spiegel gekommen. Die von Sauer vorgeschlagene Resolution wurde mit einem Zusatz von Spiegel, dass gegen die Verletzung der Autonomie der Rektorswahl protestiert werden solle, angenommen. Sauer ist nicht zufällig zu dieser Rolle gekommen, er hat in der Germanistik die Eigenständigkeit der österreichischen Literatur als Teil der österreichischen Volkskultur herausgearbeitet.²² Spiegel hat in seiner Wortmeldung erwähnt, dass die ganze Angelegenheit nachteilige politische Folgen habe, er selbst müsse als deutscher Senator „sich schämen, wenn ihn tschechische Senatoren über den Stand der Sache ‚teilnahmsvoll‘ befragen“.²³ Die Versammlung beschloss folgende Fassung:

„Die am heutigen Tage versammelten Professoren und Privatdozenten verurteilen auf das schärfste das Vorgehen eines Teiles der Studentenschaft gegen seine Magnifizenz des Herrn Rektor, wodurch die Autonomie der Universität auf das schwerste geschädigt wird. Sie sprechen dem Rektor ihr vollstes Vertrauen aus, bitten ihn, auf seinem Posten, auf den er durch die freie Wahl der Vertreter der gesamten Universität berufen wurde, auszuharren und die Rektoratsgeschäfte, ungeachtet aller Schwierigkeiten bis zum Ablauf seiner Amtsdauer persönlich zu führen. Sie versichern den Rektor ihrer tatkräftigsten Unterstützung.“

Tschechische Zeitungen bemerkten süffisant, dass die Ereignisse eine gute Lehre für die Prager Juden seien. Die *Republika* kommentierte: „Die jetzige Handlungsweise der deutscharischen Studenten ist der Dank für die treuen Dienste der Prager deutschen Juden.“²⁴ Unter den Professoren der Deutschen Universität wurde viel diskutiert, viele Professoren wollten den antisemitischen Studenten soweit wie möglich entgegenkommen. In einem Flugblatt von Kleo Pleyer und seiner Gesinnungsgenossen heißt es: „Die streikenden sudetendeutschen Studenten stehen einer für alle und alle für einen. Wenn die jetzigen liberalen Machthaber der Prager deutschen Universitäten dem gesamten sudetendeutschen Volke gegenüber die Verant-

wortung dafür übernehmen können, daß sie ihre an den Hochschulen studierenden Söhne relegieren, um aus der Prager deutschen Universität über Nacht eine jüdisch-zionistische zu schaffen, so mögen sie es tun. Es ist dafür gesorgt, daß die deutschvölkischen Hochschüler an reichsdeutschen Hochschulen Aufnahme finden und das laufende Semester dortselbst eingerechnet bekommen. Wir beharren nach wie vor auf dem Rücktritte des jüdischen Rektors Samuel Steinherz, in dessen Rektorat wir den Geßlerhut des jüdischen Imperialismus erblicken, den wir mit dem Mute und der Entschlossenheit unserer Jugend bekämpfen werden, komme, was da wolle.“²⁵

Der Theologendekan Josef Jatsch (1870–1932) teilte zur Vorbereitung der für den 23. November 1922 festgesetzten Senatssitzung, auf der im Zusammenhang mit dem Streik wichtige Entscheidungen fallen sollten, Rektor Steinherz handschriftlich mit, die theologische Fakultät müsse es der philosophischen Fakultät überlassen, aus den entstandenen Schwierigkeiten den Ausweg zu finden, „selbst wenn dieser von den Beteiligten ein Opfer erheischt“.²⁶ Wie dachte die theologische Fakultät mehrheitlich wirklich? Der Professor für Neues Testament und Orientalistik Franz Xaver Steinmetzer (1879–1945) veröffentlicht 1924 die Broschüre „Jesus und wir Arier“²⁷ mit der Begründung, die Frage der „Rassenzugehörigkeit Jesu“ zu stellen sei zeitgemäß. Steinmetzer nimmt das ernst, was der englische Geschichtsphilosoph Houston Stewart Chamberlain (1855–1927) über den hohen Anteil von gefühlsmäßigen Elementen in der „arischen Weltanschauung“ gefaselt hat und kommt zur nicht gerade als Glaubensdogma geeigneten Erkenntnis: „Jesus ist uns Ariern blutsverwandt, das Blut, das sein Herz durchströmte, das am Kreuz vergossen ward – es war auch unser Blut!“ Wahrlich abstrus, theologisch hätte es genügt



Kleo (Franz Kleophas) Pleyer (1898–1942)

zu sagen, der historische Jesu war ein Jude seiner Zeit.²⁸ Der Medizinerdekan Otto Grosser (1873–1951) berichtet im Senat, dass seine Fakultät eine Resolution beschlossen habe mit einer ernsten Warnung vor einer Fortsetzung der Vorlesungsstörungen, „da auf dem Wege der Gewalt der gewählte und bestätigte Rektor niemals zum Rücktritt gezwungen werden kann und darf“. In der Fakultät sei ein Antrag, dass die Fakultät nicht auf dem „Rassenstandpunkt stehe, aber den gegenwärtigen Rektor als stillen Gelehrten im gegenwärtigen schwierigen Moment nicht für den geeigneten Vertreter der Universität halte“, wegen der vorgerückten Stunde nicht zur Abstimmung gelangt. Allgemein sei die Meinung, „dass die Wahl im Sommer besser unterblieben wäre“. Der Juristendekan Alfred Amonn (1883–1962) erwartete für seine Fakultät „das weitestgehende Entgegenkommen in der Richtung einer friedlichen Beilegung des Streikes“, gegebenenfalls empfehle die Fakultät den „Weg des Rechts“. Die philosophische Fakultät fasste im Dekanat des Romanisten Gustav Rolin (1863–1937) den doppelbödigen Beschluss, Steinherz „einstimmig ihr volles Vertrauen“ auszusprechen, sie überlasse ihm aber, „überzeugt, dass er die Interessen der Universität in jeder Hinsicht wahren werde, freie Hand in seinen Entschlüssen“. Die von Dekan Fritz Machatschek (1876–1957) repräsentierte naturwissenschaftliche Fakultät

ermächtigte ihre Vertreter im Senat, eine gütliche Lösung des Konfliktes auf Grundlage beiderseitigen Entgegenkommens anzustreben. Mehrheitlich scheint das naturwissenschaftliche Kollegium einen Rücktritt von Steinherz erwartet und Solidaritätsaktionen einzelner Mitglieder mit diesem abgelehnt zu haben. Von verschiedener Seite sei, so Machatschek, der Gedanke ausgesprochen worden, dass es zu begrüßen wäre, „wenn von Seite dem Rektor nahestehender Persönlichkeiten auf diesen eingewirkt würde, in irgend einer Form ein Opfer im Interesse der Universität zu bringen“.

Der Senat beauftragte Grosser, Oskar Kraus (1872–1942) und Spiegel mit der Abfassung einer von Steinherz zu zeichnenden Kundmachung des Senats, die im Konsens unterm 24. November 1922 expediert wurde:²⁹ „*Der akademische Senat der deutschen Universität verurteilt aufs schärfste die Ausschreitungen, welche zur Unterbrechung der Vorlesungen geführt haben. Er warnt die Studierenden ernstlich vor einer Wiederholung der Störungen, da der gewählte und bestätigte Rektor niemals zum Rücktritt gezwungen werden kann und darf. Ein gewaltsames Vorgehen wird unter keinen Umständen von den akademischen Behörden gebilligt oder auch nur geduldet werden. Der Senat erwartet von der Reife und Besonnenheit der Studentenschaft, dass sie angesichts der nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Bedrängnis des deutschen Volkes und seiner Universität und im Bewusstsein der Gefährdung der akademischen Autonomie die volle Wiederaufnahme des Universitätsbetriebes nicht hindern wird. [...] Steinherz m. p.*“

Applaus aus der sudetendeutschen Zivilgesellschaft für den Rassismus ihrer akademischen Jugend

Aus der sudetendeutschen Zivilgesellschaft³⁰ gelangten beim Akademischen Senat Protestresolutionen gegen die Wahl von Steinherz zum Rektor ein, wobei die Aufforderung, dieser möge doch veranlasst werden zurückzutreten, noch die mildeste der Formulierungen war. Das waren keine spontan geschriebenen Schriftstücke, jedes hatte einen Vorlauf, sei es durch Einberufung einer Vereins-sitzung oder durch Rücksprachen. Vereine und Verbindungen strahlen auf das Umfeld ihrer Orte erhebliche politische und soziale Autorität aus. Allein aus der kleinen Industrie- und Garnisonsstadt Kaaden (Kadaň) im Bezirk Komotau (Chomutov) mit seinen 1910 gezählten 8.615 Einwohnern, davon 8.462 Deut-

schen, wo es am 4. März 1919 zu Zusammenstößen zwischen für das Selbstbestimmungsrecht demonstrierenden Sudetendeutschen und tschechischem Militär mit mehr als zwanzig Toten gekommen war, wo es einen jüdischen Friedhof und eine Synagoge gab, beide wurden 1938 zerstört, unterzeichneten mehrere Partei- und Vereinsorganisationen am 23. November 1922 Protestresolutionen („*Die unterzeichneten deutsch-arischen Akademiker Kaadens verwahren sich schärfstens dagegen, daß ein Jude Rektor unserer alten deutschen Universität in Prag bleibt. Sie fordern seinen sofortigen Rücktritt und erklären sich mit der streikenden Studentenschaft solidarisch*“), und zwar: Deutscher Männergesangsverein, Bund der Landwirte, Deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei, Barden, Deutsche akademische Jugend, Liederkranz, „Agraria“, Deutsche Nationalpartei, Bund der Deutschen, Deutscher Turnverein, „Edda“, Deutscher Sportverein, Eghalanda Gmoi [Bund der Egerländer], Wartburg, Deutsche Handlungsgehilfen, Deutsch-arische Akademiker, Deutsche christlich-soziale Partei. In dem als kulturelles Zentrum Ostböhmens geltenden Königgrätz (Hradec Králové) unterzeichneten: Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei, nationalsozialistischer Jugendverband, Deutsche Gewerbetypen, Deutsche christlich-soziale Volkspartei, Deutsche Nationalpartei, Lokalorganisation des Bundes der Landwirte, Deutsche Liedertafel, Turnverein, Erster Sportklub, Bund der Deutschen in Böhmen, Katholischer Frauenhilfsverein, Landwirtschaftlicher Verein, Deutscher Geflügel und Kleintierzuchtverein, Zahlstelle des Volksbundes der deutschen Katholiken. In Trautenau (Trutnov) protestierten am 24. November 1922 der Bund der Landwirte, die Deutschsoziale Partei, die Deutsche christlich soziale Partei, der Bund der Deutschen in Böhmen, die Jünglingsortsguppe des Bundes der Deutschen, der Deutsche Akademikerverband, der Deutscharische Pressverein, die Deutsche Sportvereinigung, die Prager Universitätssängerschaft „Barden“, der Verband deutscher Burschenschaftler, die nationalsozialistische Arbeiterpartei, der Alte Herrenverband „Silesia“ und die Ferialverbindung „Silvia“ dagegen, „*dass an der Spitze unseres höchsten Kulturgutes, der deutschen Universität in Prag, der ältesten deutschen Universität überhaupt, ein Volk- und Rassenfremder steht und fordern vom akademischen Senat, die Wahl eines solchen in*

Zukunft zu verhindern. Gleichzeitig ersuchen wir, Herrn Professor Steinherz zum Rücktritt von seinem Amte als Rektor zu bewegen.“ Die deutschnationale Partei und der deutsche Akademikerverband des Städtchens Landskron (Lanškroun) begrüßen am 24. November 1922 „*die Mannhaftigkeit unserer akademischen Jugend in diesem rein geistig-idealen Kampfe auf Prager Boden. Möge der Kampf zwischen arisch aufbauender und jüdisch zersetzender Weltanschauung mit dem Siege der Ersteren enden.*“ Aus dem an der Elbe gelegenen Aussig (Ústí nad Labem), das 1910 39.301 Einwohner, davon 2.042 Tschechen zählte, ein Umschlagplatz für die in Nordböhmen abgebaute Braunkohle und Sitz einer innovativen Chemiefabrik war und wo im Juli 1945 Deutsche, weil sie Deutsche waren, massakriert worden sind, kam am 25. November 1922 eine Protestresolution von der Deutschen Nationalpartei, vom Bund der Landwirte, von der Deutschen christlich-sozialen Volkspartei, von der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und von der Tischgesellschaft der Deutschen aus Mähren und Schlesien. Noch am 12. Dezember 1922 gelangten an die Deutsche Universität Resolutionen gegen Steinherz aus dem katholischen Wallfahrtsort Maria Kulm (Chlum Sv. Maří) im Bezirk Falkenau (Falknov) (Bund der Landwirte, Landwirtschaftliches Kasino, Spar- und Darlehenskassenverein, Deutscher Turnverein, Deutsche Gewerbetypen, Anpflanzungsverein und Verschönerungsverein, Bund der Deutschen Katholiken, Erzgebirgsverein, Männergesangsverein und Genossenschaft der Gast- und Schankwirte), aus Neuern (Nýrsko) im Bezirk Klattau (Klatovy) (Bund der Landwirte, Deutsche Gewerbetypen) und aus Reichenberg (Deutsche Nationalpartei).

Studentische und professorale Sympathiekundgebungen für die streikenden Prager Kommilitonen hat es an den Hochschulen in Wien, Innsbruck und Graz gegeben.³¹ Weshalb hätten sich die intellektuellen Kampfgruppen des Deutschen Imperialismus in diesen Universitätsstädten von jenen in Prag unterscheiden sollen? Der nachmalige österreichische Bundeskanzler Josef Klaus (1910–2011) hat in der Funktion eines Leitungsmitgliedes der Deutschen Studentenschaft an der Wiener Universität im Juni 1932 aus Anlass der Wahl von Ernst Peter Pick (1872–1960) zum Dekan der Wiener Medizinischen Fakultät für das Studienjahr 1932/33 das Flugblatt unterzeichnet: „*Nach wie vor steht*

die Deutsche Studentenschaft auf ihrem 1923 kund gemachten Standpunkt, dass Professoren jüdischer Volkszugehörigkeit akademische Würdenstellen nicht bekleiden dürfen. Wollen Sie bedenken, dass Sie sich an einer deutschen Hochschule befinden und dass die deutschen Studenten als ihre Führer nur deutsche Lehrer anerkennen!“³²

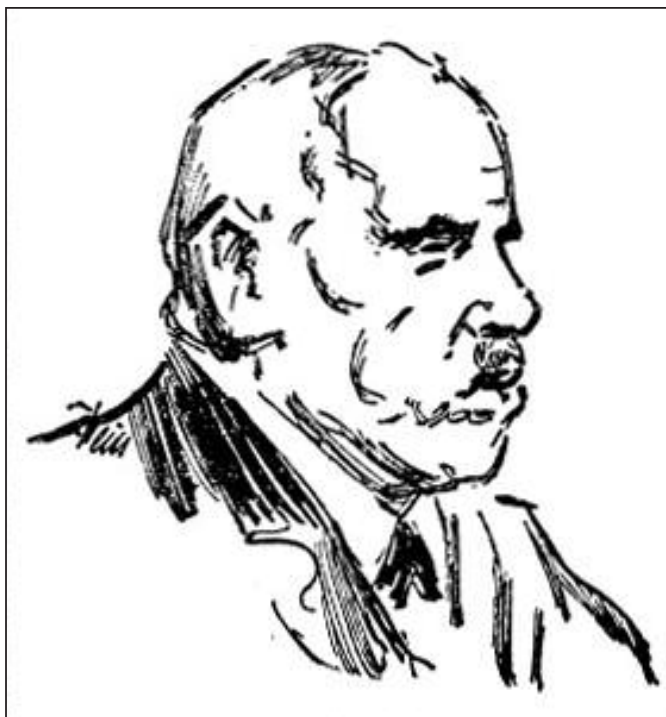
Deutscharische Erfahrungen werden bekräftigt

Zu Beginn der 1920er Jahre waren die offen auftretenden Nazikohorten an Zahl noch relativ klein, sie sammelten Erfahrungen und stellten sich neu auf. Die deutschnationalen Studenten mussten ihren Streik beenden, nicht zuletzt dürften sie von der Haltung des „Juden“ Steinherz überrascht gewesen sein. Die von Kleo Pleyer angeführte Streikleitung der Prager deutschen Studentenschaft, die zu dem zur gleichen Zeit in den Brüxer, Teplitzer und Komotauer Revieren stattfindenden Bergarbeiterstreiks³³ nichts zu sagen wusste, zeichnete am 25. „Nebelung“ 1923 ein in der Mensa ausgehängtes Nachrichtenblatt an die deutsche Studentenschaft: „[...] Wir haben alle kleinlichen Vorurteile verwerfen gelernt und wissen, daß es in unseren Reihen nur Deutsche gibt, die noch mannhaft genug sind, den Gewaltäußerungen der jüdischen Weltmacht zu trotzen. Der Ruf von unserer Tat ist weit über die Grenzen unserer Heimat gedrungen und hat bei allen Deutschgesinnten begeisterten Widerhall gefunden. Die Frage der studentischen Mitbestimmung ist aufgerollt. Die bisherigen Verhandlungen darüber sind zufriedenstellend verlaufen. Wir haben durch unser Auftreten den jüdischen Drahtziehern für das nächste Jahr-Dutzend wohl die Lust benommen, an die Spitze einer deutschen Universität einen Feind des Deutschtums zu stellen. Der größte Erfolg unseres bisherigen Kampfes liegt vielleicht darin, daß auch der Gleichgültigkeit unter uns die Gefahr des Judentums in ihrer ganzen Größe erfasst und die Überzeugung erworben hat, daß es für den Deutschblütigen nur eine Lebenslösung gibt: Die Ketten zu zertrümmern, in die die Auserwählten eines verbrecherischen Gottes unser armes Volk geschlagen.“³⁴ Am 27. November 1922 wurde der Universitätsbetrieb wieder aufgenommen. Die Abgeordneten der deutschen Nationalpartei, der deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei sowie einige Abgeordnete der deutschen christlichsozialen Partei brachten im Prager Parlament noch

einen Gesetzesantrag auf Einführung des Numerus clausus für Juden ein, der „arisch“ argumentierende Antrag wurde aber mit allen Stimmen gegen die der Antragsteller abgelehnt. Nur ein tschechischer klerikaler Abgeordneter stimmte dafür.³⁵ Im 1934 veröffentlichten, „Dem Andenken der ehrengedachten Frau Barbara Pleyer / Hammerschmiedin zu Eisenhammer an der Schnella / geboren 1857, gestorben 1928 / von ihrem zehnten Kin-

roman „Der Puchner“ geben intensive Passagen einen Eindruck von diesem rassistischen Flammenzeichen des Deutschen Imperialismus in Prag.³⁶

Von den studentischen Organisationen an der Deutschen Universität haben sich die „Lese- und Redehalle der deutschen Studenten in Prag“, die „Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker“ und der „Verein jüdischer Mediziner“ für den Verbleib von Steinherz im Rektorsamt ausgesprochen. Beim Kommers der „Halle“ Anfang 1923 hielt Steinherz eine Rede, dabei Augustinus (354–430) zitierend, der, zurückhaltend beurteilt, ein dialektisches Verhältnis zu den Juden gehabt hat:³⁷ „[...] Deutschtum und Freiheit. Gestatten Sie, daß ich einige Worte dazu sage. Einer der großen Denker des Mittelalters, der heilige Augustinus hat den berühmten Satz geprägt, in necessariis unitas, in dubiis libertas, in omnibus caritas. Wenn wir diesen Satz auf das Programm der ‚Halle‘ anwenden, so werden wir sagen: in necessariis unitas soll bedeuten, jeder, der sich als Deutscher bekennt, soll immer, überall und unter allen Umständen für das Deutschtum eintreten, ohne Rücksicht auf Dank oder Undank. Aber dieses Bekenntnis zum Deutschtum soll nicht eine starre Formel einer Partei, nicht ein Privileg einer Partei sein, es soll alle aufnehmen und es soll jedem die Freiheit lassen, in nicht nationalen Fragen seiner eigenen Überzeugung zu folgen, nach seiner eigenen Fassung (um ein bekanntes Wort zu wiederholen) selig zu werden. Und vor allem soll es uns zum Wohlwol-



Samuel Steinherz (1857–1942)

len gegen einander, zum mindesten zur Verträglichkeit mit einander bestimmen. Möchten doch alle, die im öffentlichen Leben stehen, den Satz des heiligen Augustinus beherzigen! Dann werden alle Angriffe auf das deutsche Volk zu schanden werden, dann wird sich das Wort des Dichters [Goethe] erfüllen, ‚allen Gewalten zum Trotz sich erhalten‘.“³⁸ Die „Halle“ war in ihrer Haltung aber gespalten, was sich darin zeigt, dass bei der Festversammlung zu ihrem 75. Bestehen am 23. November 1923 mit Bruno Kafka und Ludwig Spiegel die beiden so grundverschiedenen deutschen Dichter Thomas Mann (1875–1955) und Erwin Guido Kolbenheyer (1878–1962) zu Ehrenmitgliedern gewählt wurden.³⁹

Auf der Vollversammlung der Prager deutschen Studentenschaft Ende April 1923 in einem Hörsaal der Deutschen Technik, auf der Otto Hauser (1876–1944)⁴⁰ mit seinen nordischen Ausleseideen Gastreferent war, hat Pleyer die eventuelle Wegberufung des Altgermanisten Erich Gierach (1881–1943)⁴¹ aufgeworfen (Prager Tages-Zeitung, 1. Mai 1923): „Sein Antrag [Pleyer], die Studentenschaft möge mit allen Mitteln für die Erhaltung dieses wahrhaft deutschen Mannes und Wissenschaftlers für unsere Prager Universität eintreten, fand begeisterte Annahme.“ Gierach hat Pleyer professoralen Support bei der „Eindämmung der Verjudung an der Gesamtuniversität und besonders an der philosophischen Fakultät“ gegeben. Der Nazihistoriker und Judendeportationsbetreiber Josef Pfitzner (1901–1945), der ein Vorzugs-

schüler von Hans Hirsch (1878–1940) war,⁴² hat das Bündnis von Gierach und Pleyer in seinem Beitrag zu der von Kurt Oberdorffer (1900–1980) und Bruno Schier (1902–1984) gemeinsam mit dem übergelaufenen Historiker Wilhelm Wostry (1877–1951) für Gierach arrangierten Festschrift „*Wissenschaft im Volkstumskampf*“ anerkannt.⁴³

Im Mai 1923 hat Kleo Pleyer wieder unter den sudetendeutschen Studenten mobilisiert. Marschall Ferdinand Foch (1851–1929) war, von Warschau kommend, wo ihm der polnische Marschallstab überreicht worden war, am 14. Mai 1923 zu einem Besuch in Prag eingetroffen.⁴⁴ Foch galt als ein Hauptakteur der französischen Rheinlandpolitik mit der französisch-belgischen Ruhrbesetzung im Jänner 1923. Zur Feier des Tages sollten die Vorlesungen auch an den deutschen Hochschulen entfallen. Wilhelm Pleyer schreibt über die gelungene Agitation seines Bruders: „*Die deutsche Studentenschaft berief eine Protestversammlung ein, zu der auch Professoren geladen waren und erschienen. Franz Egeth [d.i. Kleo Pleyer] sprach: ‚Was schert uns der Besuch des französischen Marschalls? Sind die Prager deutschen Hochschulen autonom oder sind sie es nicht mehr?! Sind wir ein Kindergarten?! Wenn das so weiter geht, werden wir deutschen Studenten beim Besuch eines Negerhäuptlings noch Spalier stehen und unsere Dekane‘ – sie saßen in einer Reih vor dem Redner – ‚werden den Baldachin tragen!‘. Das war so seine Art zu reden; man sah, was er sagte, seine Sätze hatten Widerhaken, man schleppte sie mit, und der Zuhörer wurde auch ohne Absicht und wider sein Wissen Propagator des Gehörten. Die tschechische Presse verlieh ihm deshalb auch später den Titel ‚der deutschböhmisches Hitler‘.*“⁴⁵ Jahre später beschreibt Pleyer in seiner Arbeit über die sich Paris widersetzen den französischen Landschaften Foch als größten Stolz der Pyrenäengebiete, „*der hing in Treuen seiner Heimat an, deren Formkräfte er in sich fühlte, seine Frömmigkeit war eine Mitgift der heimatlichen Landschaft, in der die Wundergrotte von Lourdes liegt*“.⁴⁶

Etablierte sudetendeutsche Intellektuelle bezeichnen Juden als „Parasiten“

Die rapide anwachsende rassistische Ausprägung des Antisemitismus wollte Spiegel lange Zeit ignorieren. Vielleicht dachte er, das würde sich unter seinen sudetendeutschen Landsleuten schon

wieder geben. 1925 ging Spiegel wegen antisemitischer Angriffe von unerwarteter Seite aber dann doch in die Öffentlichkeit. Der in Königgrätz geborene Vorsitzende der Deutschen Nationalpartei und Abgeordneter seiner Partei im Prager Parlament Rudolf Lodgman von Auen (1877–1962),⁴⁷ meinte in Spiegel und überhaupt in Juden „*Parasiten*“ im Deutschen Volk zu erkennen. Das hatte Gewicht, weil der katholische, in Prag und Wien als Jurist ausgebildete Lodgman in der Tschechoslowakei als die führende Persönlichkeit der Deutschen Minderheit galt. Lodgman konnte auf eine lange politische Laufbahn zurückblicken, er war 1911 im Wahlkreis Auszig in den Reichsrat und 1912 auch in den böhmischen Landtag gewählt worden, war Kriegsfreiwilliger und hat sich 1917 in seiner Kaiser Karl (1887–1922) übermittelten Denkschrift („*Die Autonomie und ihre Bedeutung in Österreich-Ungarn*“)⁴⁸ für eine zur Beibehaltung der politischen und ökonomischen Macht der herrschenden deutschen Nation nützliche Reform der Habsburgermonarchie eingesetzt. Dabei argumentiert er offen rassistisch, die barbarischen Konsequenzen mit einkalkulierend, der „*Zuwachs Fremdstämmiger*“ bedeute in rassistischer Beziehung „*einen sehr zweifelhaften Gewinn*“, „*denn gerade die besten Elemente widerstreben der Assimilierung*“: „*Ein wirklicher nationaler Gewinn wäre nur zu verzeichnen, wenn ein Volksstamm die Macht hätte, einen anderen auszurotten, zu vertreiben oder auszuverkaufen.*“⁴⁹ 1918 war Lodgman als Landeshauptmann der deutsch-österreichischen Provinz Deutsch-Böhmen in der deutsch-österreichischen Delegation in St. Germain, ehe er 1920 in seine Heimat zurückgekehrt ist. Wie Spiegel vertrat er die Auffassung, die Tschechoslowakei sei ein Ergebnis des Gewaltfriedens von St. Germain und die Sudetendeutschen müssten auf ihrem Selbstbestimmungsrecht beharren. 1925 hat Lodgman sein Mandat als Abgeordneter der Deutschen Nationalpartei zurückgelegt, weil er zu keiner wie immer gearteten Kooperation mit dem tschechoslowakischen Staat bereit war. Er wurde in Teplitz-Schönau Geschäftsführer des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper in der Tschechoslowakei. Das Münchner Diktat vom 28. September 1938 mit der Abtrennung der Sudetengebiete von der Republik Tschechoslowakei und ihrer Eingliederung in das Nazireich hat Lodgman als Korrektur von St. Germain und Lösung des Problems begrüßt. In Diffe-

renz zur großdeutschen Außenpolitik brachte ihn seine Zurückhaltung gegenüber der Errichtung des Protektorats im März 1939. Angebote der Nazis zur Übernahme von irgendwelchen Ämtern lehnte er ab, sie dürften ihm nicht attraktiv oder repräsentativ genug gewesen sein. Irgendeine Aktivität zur Rettung ihm persönlich bekannt gewesener sudetendeutscher Juden ist nicht bekannt, was aber keine individuelle Besonderheit von Lodgman ist. Lodgman ließ sich nach 1945 im bayrischen Freising nieder und wurde der erste Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft (1948 bis 1959), 1947 war er in Abwesenheit vom tschechoslowakischen Volksgerichtshof zu sieben Jahren Kerker verurteilt worden. Zu seinem 75. Geburtstag erhielt der von den revanchistischen Kräften der BRD hoch geehrte Lodgman auch einen Glückwunsch von Otto Habsburg (1912–2011): „*Gott gebe Ihnen bald die Erfüllung Ihres Lebenswerkes und viele Jahre aufbauender Arbeit in der befreiten Heimat.*“⁵⁰ An der 1953 aus diesem Anlass herausgegebenen Festschrift durften österreichische katholische Altnazis wie Alois Hudal (1885–1963) oder Karl Anton Prinz Rohan (1898–1975) nicht fehlen. 1959, zu Pfingsten, war Lodgman Hauptsprecher am 10. Sudetendeutschen Tag in Wien, an dem Hunderttausende aus der Tschechoslowakei ausgewiesene Sudetendeutsche aus Deutschland und Österreich vom Bundespräsidenten der neutralen Republik Adolf Schärf (1890–1965), ein aus Südmähren stammendes Arbeiterkind, in Wien promovierter Doktor der Rechte und Erster Weltkriegsteilnehmer, mit „*Freude und Sympathie*“ willkommen geheißen wurden. Lodgman anerkannte denn auch, dass Österreichs Bundesregierung ihre Aufgabenstellung in Mitteleuropa trotz aller Anfeindungen wahrgenommen habe, es „*mögen die rot-weiß-rote Fahne Österreichs und die schwarz-rot-schwarze Fahne der Sudetendeutschen Symbole für ein vereinigt Mitteleuropa werden*“.⁵¹ Als Dank gab er im Palais Auersperg, wo sich am 12. April 1945 Vertreter des Widerstandes und eines neuen Österreich über die Bildung einer Wiener Gemeindevertretung mit Theodor Körner (1873–1957) getroffen haben,⁵² einen Empfang, bei dem Nationalratspräsident Leopold Figl (1902–1965) und Bundeskanzler Julius Raab (1891–1964) ebenso wie das *Forschungsinstitut für den Donauraum* ihren reaktionären Verpflichtungen nachkamen. „*Der Anschluss ist tot, die Liebe zum Deutschen Reich ist den Österrei-*

chern ausgetrieben worden“ – so Schärf.⁵³ Schön, aber an die Stelle der Propaganda für den Anschluss an Deutschland trat im neutralen Österreich die auch von Sozialdemokraten angebotene reaktionäre Propaganda für den Anschluss Österreichs an das kapitalistische Europa. Die Tschechoslowakei war für Lodgman nach 1945 bolschewistisches Kolonialgebiet geworden.

„Liebes Deutsches Wirtsvolk!“

Lodgman hat mit Spiegel, den er schon als Jusstudent an der Prager Universität kennengelernt hatte, viel zu tun gehabt. Vielleicht war Lodgman bei seinem rassistischen Anfall schon die erste, 1925 verbreitete Auflage von Hitlers „Mein Kampf“ bekannt geworden. Daraus hätte er sich notiert haben können: „Er [d.i. der Jude] ist und bleibt der typische Parasit, ein Schmarotzer, der wie ein schädlicher Bazillus sich immer mehr ausbreitet, sowie nur ein günstiger Nährboden dazu einlädt. Die Wirkung seines Daseins aber gleicht ebenfalls der von Schmarotzern: wo er auftritt, stirbt das Wirtsvolk nach kürzerer oder längerer Zeit ab.“⁵⁴ Gut möglich, dass Lodgman mit dem Abgeordneten der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei im Prager Parlament Rudolf Jung, der gerade seinen Artikel über „Kapitalismus und Judentum“ für eine „Sammlung von Aufsätzen antisemitischer Führer aller Völker“ konzipierte,⁵⁵ über das Wesen des jüdischen Volkes „als des ‚ausgewählten‘ Schmarotzervolkes und Vertreters des raffenden Finanzkapitalismus“⁵⁶ geplaudert hat. Rudolf Jung, der vor Eröffnung eines Kriegsverbrecherprozesses gegen ihn in Prag verstorben ist, waren ebenso wie seinem jüngeren Freund Kleo Pleyer die 1843 niedergeschriebenen Bemerkungen „Zur Judenfrage“ von Karl Marx (1818–1883) bekannt. Kleo Pleyer sollte wenig später in seiner Studie „Das Judentum in der kapitalistischen Wirtschaft“ daraus zitieren: „Der Jude hat sich auf jüdische Weise emanzipiert, nicht nur, indem er sich die Geldmacht angeeignet, sondern indem durch ihn und ohne ihn das Geld zur Weltmacht und der praktische Judengeist zum praktischen Geist der christlichen Völker geworden ist. Die Juden haben sich insoweit emanzipiert, als die Christen zu Juden geworden sind.“⁵⁷ Während Marx, der auf dem Weg war, Marx zu werden, schlussfolgert: „Die Judenemanzipation in ihrer letzten Bedeutung ist die Emanzipation der Menschheit vom Judentum“,⁵⁸ kommentiert Pleyer als nationaler deutscher Sozialist: „Der

Kapitalismus als Ausbeutungssystem hat auch die systematische Ausbeutung des Wirtsvolkes durch das Judentum ermöglicht, einen Zustand, in dem das Volk selber ununterbrochen an dem Joch baute, durch das es ununterbrochen hindurch mußte. Weil die jüdische Vormacht in der kapitalistischen Wirtschaft gegründet ist, kann diese Vormacht nur zusammen mit dem kapitalistischen System überwunden werden. Die Lösung der Judenfrage heißt Sozialismus.“⁵⁹ Das war 1937, nicht viel später, in seinem auf dem Hintergrund des Überfalls auf die Sowjetunion geschriebenen, posthum herausgegebenen Werk

„Volk im Feld“ verkündet Kleo Pleyer: „Der Krieg, den die Juden wollten, endet mit der Ausrottung des Judentums.“⁶⁰

Am 14. November 1925 nimmt Spiegel in der *Bohemia* zu Lodgman Stellung:

Liebes deutsches Wirtsvolk!

Fünfeinhalb Jahre lang bin ich als Dein gewählter Vertreter im Prager Parlament gegessen, und ich habe dort nach besten Kräften meine Pflicht getan, bis das Machtwort des Präsidenten der Republik die beiden Häuser der Nationalversammlung auflöste.⁶¹ Es gab während dieser Zeit keine deutsche Einheitsfront, die Sozialdemokraten gingen ihre eigenen Wege, der Deutsche parlamentarische Verband, der die deutschbürgerlichen Parteien zunächst ohne und dann mit Einschluss der Nationalsozialisten umfasste, wurde, hauptsächlich durch das Bestreben der Nationalpartei, gesprengt, aber im Großen und Ganzen versuchten wir doch alle die gleiche Linie einzuhalten, indem wir dem tschechischen Ansturm einen mehr oder weniger entschiedenen Widerstand entgegensetzten. Stets habe ich mich mit zu Deinem Vertreter gezählt und bei allen Entscheidungen mitberaten und mitgetan, und ich bin auch von allen nicht zuletzt von den Mitgliedern der Nationalpartei, als dazu gehörig betrachtet worden. Nun erfahre ich aber aus dem Munde des Obmanns der Deutschen Nationalpartei, daß ich – kein Deutscher bin! Du bist nicht das Volk, dem ich nach Geburt und Rasse (auch nicht nach der



Ludwig Spiegel (1864–1926)

Sprache?) mit Leib und Seele angehörte. Du bist bloß mein Wirtsvolk, und ich bin nicht Dein Sohn, sondern Dein Gast. Herr Dr. Lodgman erkennt freilich an, was anzuerkennen ist, und er schätzt mich, wie er sagt, als Staatsrechtslehrer; aber diese Anerkennung und Schätzung betrachtet er offenbar schon als Zeichen besonderer Unerschrockenheit und Ehrenhaftigkeit, denn er erklärt, nicht einzusehen, warum er sie aus Angst vor einigen ‚Bezirksfeldwebeln‘ verschweigen sollte.

Ich danke Herrn Dr. Lodgman verbindlichst für seine Wertschätzung, aber ich muss offen bekennen, daß sie mir nicht genügt. Ich war bisher der Meinung, und ich hatte Anhaltspunkte dafür, daß er mich nicht nur als Staatsrechtslehrer schätze – er könnte ja auch einen tschechischen, französischen oder englischen Staatsrechtslehrer schätzen –, sondern auch als Mitarbeiter in dem schweren Kampfe, den wir bisher gemeinsam geführt haben, als ehrlichen Deutschen, der stets unbeirrt die deutschen Interessen wahrgenommen und zum Besten des Deutschen Volkes gewirkt hat und der oft genug auch Parlamentariern der Nationalpartei mit Rat und Tat zur Seite stand.

Doch nicht um mich persönlich handelt es sich hier, ich will mich durchaus nicht in den Vordergrund stellen und etwa zu meinen Gunsten eine Ausnahme beanspruchen, sondern ich will den Finger auf eine Wunde legen, die am deutschen Volkskörper klafft. Der Antisemi-

tismus ist nicht eine spezifisch deutsche Erscheinung, er findet sich allenthalben und entstammt den verschiedensten Ursachen. Die Grafen Coudenhove [-Kalergi], Vater [Heinrich Johann Maria (1859–1906)] und Sohn [Richard Nikolaus (1894–1972)], haben hierüber ausreichendes Material zusammengetragen. Aber kaum einem anderen Volke ist der Antisemitismus so gefährlich und verhängnisvoll geworden wie dem deutschen, das ihn als Volk der Dichter und Denker durch doktrinaire Erwägungen gewissermaßen wissenschaftlich zu begründen und dadurch zu verewigen gesucht hat. So spricht Herr Dr. Lodgman von den ‚rassischen Unterschieden‘ zwischen Deutschen und Juden, und er meint damit eine wissenschaftliche Wahrheit wiederzugeben, während gerade von wissenschaftlicher Seite die Rassenlehre sehr ernstlich bekämpft und bezweifelt wird. Ich will hierauf nicht näher eingehen, sondern nur feststellen, daß keine einzige deutsche Partei auf die Rassenreinheit ihrer Mitglieder allzu sehr pochen darf. Semitisches Blut fließt wohl in den Adern von Mitgliedern aller Parteien, und oft braucht man nicht weit zu suchen, um die Verbindung zwischen Antisemiten und Semiten herzustellen. Vollends ist die Abstammung von deutschen oder tschechischen Vorfahren oft kaum festzustellen; die Ahnenprobe kann in bürgerlichen Familien nicht weit zurückgreifen. Herr Dr. Lodgman selbst stammt aus einer englischen Familie, und ist darum nach seiner Theorie kein Vollblutdeutscher. Oder gibt es keine rassischen Unterschiede zwischen Engländern und Deutschen? Die Engländer selbst legen auf die Rassenlehre offenbar kein Gewicht, sonst hätten sie nicht einen [Benjamin] Disraeli [(1804–1881)] zur Führung der Staatsgeschäfte berufen können.

Ich verfolge nun schon durch Jahrzehnte die Geschichte des Deutschtums in

Böhmen. Im tschechischen Gebiet geboren – ich glaube, nicht weit von der Heimat des Herrn Dr. Lodgman – weiß ich, daß das Deutschtum in den tschechischen Gemeinden vielfach nur durch jüdische Familien vertreten war. Die Landjuden steckten mitten drin in der deutschen Kultur, [Friedrich] Schiller's [(1759–1805)] Werke und die deutschen Klassiker überhaupt waren in den jüdischen Familien meist zu finden, sie hielten treu und zäh am Deutschtum fest, und sie schickten ihre Kinder nicht in die tschechische Oberschule, sondern in eine deutsche Privatschule. Die deutschen Antisemiten haben diesem Zustand ein Ende gemacht. Von den Deutschen verlassen und verleugnet, mussten die Juden zusehen, wie ihre Kinder, denen es an einer deutschen Schule fehlte, Tschechen wurden. Das Deutschtum wurde dadurch außerordentlich geschwächt. Es verlor seine Vorposten im fremden Sprachgebiet und mußte sich auf das deutsche Gebiet beschränken; die deutsche Minderheit schrumpfte zahlenmäßig und räumlich zusammen. Einst hieß es: ‚Mein Vaterland muss größer sein‘, heute sagt man: ‚Mein Volk muss immer kleiner sein‘. Und weil das deutsche Volk noch immer nicht genug klein-zukriegen ist, so spaltet es sich in eine große Zahl von Parteien, die einander gegenseitig weit heftiger bekämpfen, als alle zusammen den nationalen Gegner. Höher als das Volk steht die Partei.

Nach dem Umsturz richteten sich die Blicke der Sudetendeutschen hoffnungsvoll und erwartungsvoll auf Herrn Dr. Lodgman, der eine unbestrittene Führerstelle einnahm. Alle bürgerlichen Parteien sahen in ihm, dem Parteilosen, ihren Vertrauensmann. Da entschloss er sich, von den Sozialdemokraten gedrängt, einer Partei beizutreten, und er wählte die Nationalpartei. Als man ihm vorhielt, daß diese Partei engherzig und kleinlich vorgehe, erwiderte er, er wolle gerade durch seinen Beitritt beruhigend und mäßigend innerhalb der Partei wirken. Ist ihm das gelungen? Oder hat er sich vielmehr durch radikale Elemente in seinen Grundsätzen beirren lassen? Im Deutschen parlamentarischen Verband war er der geborene Obmann. So oft er die Leitung hatte, gingen die Verbandsgeschäfte glatt und flott von statten. Seine eigene Partei hat, wie gesagt, den Verband zerschlagen, und so ist er wiederum um seine Führerstelle gekommen. Als vor kurzem über die Einheitsfront verhandelt wurde, stand er als künftiger Obmann an der Spitze der Bewegung. Die Einheitsfront ist gescheitert, und er

hat abermals die Anwartschaft auf die führende Rolle verloren. So steht das sudetendeutsche Volk führerlos da; denn es hat keinen zweiten Lodgman.

Liebes deutsches Volk!

Unter diesen Umständen kann ich Herrn Dr. Lodgman nicht als Deinen Sprecher ansehen. Er spricht als Parteilochmann und nicht als Volksmann. Ich bin überzeugt, daß es noch ungezählte Männer und Frauen in Deinen Reihen gibt, die seinen Standpunkt nicht teilen, und so will ich mich nicht von Dir verabschieden, sondern ich will Dich auch weiterhin als mein Volk und nicht bloß als mein Wirtsvolk ansehen. Ich kann nicht anders.

Deutscher ist, wer sich ehrlich und aus Überzeugung zum Deutschtum bekennt. Das Bekenntnis ist entscheidend für die Volkszugehörigkeit. Jedes andere Merkmal ist irreführend und trügerisch. Heil dem Volke, dessen Söhne und Töchter über Bekennermut verfügen!

Ludwig Spiegel.

Spiegel spricht von „semitischen“ Blutanteilen bei „Ariern“, um den Rassenwahnsinn spöttisch ad absurdum zu führen. Die Nennung des zuerst liberalen, dann konservativen Benjamin Disraeli war vielleicht eine kleine Bosheit gegenüber den aus einer seit 1600 von den Habsburgern in Böhmen für ihre Söldnerdienste versorgten alten englischen Adelsfamilie stammenden Lodgman.⁶² Der Lobgesang auf die Verbreitung von Schiller unter böhmisch-mährischen Landjuden⁶³ mag von Spiegel auf dem Hintergrund des deutschen Dichter- und Denkerkults angestimmt worden sein. Spiegel übertreibt aber nicht so wie der selbst mit Kennzeichnung von „Halbjuden“ rassistisch argumentierende Arnold Zweig (1887–1968), welcher die Geltung von Goethe für undenkbar hält „ohne die leidenschaftliche Liebe und Verehrung, die ihm Juden jeden Ranges als Publikum wie als Interpreten entgegenbrachten“.⁶⁴ Spiegel war Schiller allemal lieber als der tabuisierte Heinrich Heine (1797–1856), der mit jüdischer Religion ebenso wenig anzufangen wusste wie mit christlicher. Aus Anlass der Jahrhundertfeier 1905 hat Franz Mehring (1846–1919) Schillers „Lebensbild für deutsche Arbeiter“ geschrieben, welches die an den weltanschauungsformenden Kräften der Literatur glaubende Rosa Luxemburg zum Nachdenken empfohlen⁶⁵ und welches Georg Lukács (1885–1971) als schief kritisiert hat.⁶⁶ Christa Wolf (1929–2011) hat dazu lesenswertes geschrieben.⁶⁷ Solche Herangehensweisen werden nicht der Grund dafür gewesen zu sein, dass, wenn

Neuerscheinung

Hans Mikosch/Anja Oberkofler (Hg.): *Gegen üble Tradition, für revolutionär Neues. Festschrift für Gerhard Oberkofler.* Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag 2012, 268 S., 34,90–Euro

Mit Beiträgen von Beat Glaus, Peter Goller, Hans Hautmann, Hans Heinz Holz, Herbert Hörz, Wolfgang Kerber, Hermann Klenner, Hans Mikosch, Manfred Mugrauer, Alfred J. Noll, Günther Pallaver, Kurt Pätzold, Lisl Rizy, Harald Walser und Willi Weinert.

überhaupt, Schiller von böhmisch mährischen Landjuden gelesen wurde: „Es war etwas und wird nichts – Heißt es nicht ebenso viel als: es war nichts und wird nichts und um nichts wird kein Wort mehr gewechselt“ – oder doch: „Der ist ein Narr, der wider seine Vorteile denkt“ (Die Räuber). Das alles wird offen bleiben müssen. Die Nennung von Coudenhove-Kalergi kann mit dessen 1923 erschienenem Buch über Pan-Europa zu tun haben, welches ein multinationales Europa der Konzerne mit einem „Sonnenkreuz“ anstelle des Hakenkreuzes propagierte.⁶⁸ Die Einschätzungen seines Fachkollegen Carl Schmitt (1888–1985) hat Spiegel noch nicht gekannt, für diesen war der Jude ein „Parasit und echter Händler“,⁶⁹ dem Juden fehle „jede natürliche Beziehung zum konkreten Boden“.⁷⁰

Der rassistische Antisemitismus erhält eine antikommunistische Stoßrichtung

In der letzten Septemberwoche 1923 wurde dem Akademischen Senat der Deutschen Universität eine von Kleo Pleyer gezeichnete Petition im Namen der „Deutschen Studentenschaft“ überreicht, die gegen die beiden sich für die kommunistische Partei engagierenden Mediziner Oskar Fischer (1876–1942)⁷¹ und Hugo Hecht (1883–1970)⁷² loszog.⁷³ Oskar Fischer aus Schlan (Slaný) war seit 1917 Professor der Psychiatrie an der Deutschen Universität mit eigenem Sanatorium, er ist in Theresienstadt angekommen, Hugo Hecht aus Prag, zwölf Jahre ein Mitschüler von Franz Kafka, worüber er Erinnerungen geschrieben hat,⁷⁴ war Privatdozent und Facharzt für Dermatologie in Prag und konnte sich in die USA retten. Beide hatten Kontakt zu Bohuslav Vrbenský (1882–1944), der Mediziner und Mitglied der Revolutionären Nationalversammlung war. 1943 gab Vrbenský in Moskau die tschechoslowakischen Blätter heraus. Nebenbei wird gegen die eventuelle Berufung des aus einer jüdisch-böhmischen Großfamilie stammenden Rechtshistorikers Guido Kisch (1889–1985) Stellung genommen:

„Die deutsche Studentenschaft der Prager deutschen Hochschulen hat mit größter Entrüstung festgestellt, daß zwei Lehrer der Universität, Univ. Prof. Dr. Oskar Fischer und Privat-Dozent Dr. Hugo Hecht, anlässlich der Gemeindewahlen als Wahlkandidaten marxistischer Parteien mit der tschechischen Vrbenskygruppe gemeinsame Sache gemacht haben und dadurch dem hartbedrängten Prager Deutschtum in den Rücken gefallen sind.

Die Deutsche Studentenschaft der Prager deutschen Hochschulen bringt dem hohen akademischen Senat zur Kenntnis, daß sie die Hochschulen des sudetendeutschen Volkes nicht bezieht, um hier von Lehrern solchen Schlages erzogen zu werden. Es kann einem deutschen Studenten nicht zugemutet werden, sich einem Lehrer zu Füßen zu setzen, gegen den er vom tiefsten Abscheu erfüllt ist. Die deutsche Studentenschaft der Prager deutschen Hochschulen richtet an einen hohen akademischen Senat die Anfrage, ob er willens ist, diesen beiden undeutschen Lehrern das Gastrecht zu entziehen, das sie bisher an der deutschen Universität genossen haben oder aber ob ein hoher akademischer Senat es vorzieht, der Deutschen Studentenschaft die Entfernung dieser beiden Herren zu überlassen. Auf die Pressemeldungen hinweisend, laut welchen an die Prager deutsche Universität ein jüdischer Professor [d. i. Guido Kisch] berufen werden soll, erklärt die deutsche Studentenschaft der Prager deutschen Hochschulen, daß sie diesen neuen Schritt zur vollständigen Verjudung der sudetendeutschen Universität nicht ruhig hinnehmen wird, und überlässt einem hohen akademischen Senat alle Verantwortung für die Unruhen, die an der Deutschen Universität durch die Berufung eines jüdischen Professors heraufbeschworen werden. Die deutsche Studentenschaft der Prager deutschen Hochschulen erklärt, daß sie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln sich der Entdeutschung der sudetendeutschen Universität widersetzen wird.

*Für Die deutsche Studentenschaft
Kleo Pleyer e. h. “*

Im Antikommunismus waren sich deutschjüdische und deutscharische Volksgenossen einig! Die deutschdemokratische Freiheitspartei sprach nach ihrer Sitzung am 26. September 1923 „ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß zwei Lehrer der deutschen Universität in Prag sich nicht gescheut haben, bei den letzten Wahlen eine Bundesgenossenschaft mit den nationalen Gegnern einzugehen, wodurch der deutschen Minderheit in Prag schwerer Schaden zugefügt wurde“.⁷⁵ Der Akademische Senat mit Rektor Kreibich und Prorektor Steiner an der Spitze wies die deutschvölkische Eingabe zwar zurück, in Bezug auf Oskar Fischer und Hugo Hecht erklärte er aber: „Allerdings erwartet er aber von jedem Mitgliede des Lehrkörpers, dass es die Rechte und Interessen des deutschen Volkes in der Tschechoslowakischen Republik, mit denen die Rechte

und Interessen der deutschen Universität untrennbar verbunden sind, tatkräftig wahrt und jedenfalls alles vermeidet, was diesen Rechten und Interessen nachteilig sein könnte.“ Was die verlangte Mitbestimmung anlangt, wollte der Akademische Senat sämtlichen studentischen Gruppen entgegenkommen.⁷⁶ Die Deutsche Nationalpartei unter Führung von Lodgman diskutierte aus Anlass dieser Eingabe der deutschvölkischen Studenten „über die fortschreitende Verjudung der deutschen Universität“. Kleo Pleyer verließ im Herbst 1923 Prag, um in München die Studenten für Hitler und Erich Ludendorff (1865–1937) zu mobilisieren. 1924 erwarb er in Tübingen mit einer Dissertation über die Politik von Papst Nikolaus V. (1397–1455, Pontifikat ab 1447) das Doktorat. Einige Monate hat Pleyer im Vatikanischen Archiv und in der Vatikanischen Bibliothek geforscht, dort wo Steinherz ein gern gesehener Gast war. Sein Doktorvater Johannes Haller (1865–1947) hat in Erinnerungen das päpstliche Rom als verfallenen „Sitz eines Hohepriesters“ bezeichnet und die Arbeiten des österreichischen historischen Instituts als schwach diskreditiert, was Leo Santifaller (1890–1974) richtig gestellt hat.⁷⁷ Hallers Erinnerungen sind 1960 nach seinem Tode vom Göttinger Ordinarius und Altnazi Reinhard Wittram (1902–1973) herausgegeben worden. Wittram war vor 1945 Ordinarius an der Reichsuniversität Posen und hat als solcher seinen Vortrag „Der Deutsche als Soldat Europas“ Pleyer gewidmet.⁷⁸ Gefördert von den ideologischen Zuhältern des deutschen Faschismus führen diesen akademische Stationen über die Universität Berlin (1934)⁷⁹ nach Königsberg (1937)⁸⁰ und Innsbruck (1939). Freiwillig hat Pleyer, Vater von sieben Kindern, sich, wie nicht nur er meinte, zum Kriegseinsatz für eine neues Europa unter deutscher Führung gemeldet, 1938 marschiert er mit der Deutschen Wehrmacht in die Sudetengebiete ein. Am 14. Juni 1940 veranlasst er als Leutnant die Hissung der Hakenkreuzflagge auf dem Schloss von Versailles,⁸¹ als Kompanieführer ist er am 26. März 1942 in der Sowjetunion gefallen.

Für den österreichischen Historikerführsten und Präsidenten der Akademie der Wissenschaften in Wien (Sozietät der Reichsakademie) Heinrich Ritter von Srbik (1878–1951) war Pleyer ein „Herold der Völkerfreiheit und Völkerordnung: das Reich soll Gottes Gesetz auf Erden neu verwirklichen“. „Als dann dieser Mann der Wissenschaft“, so Srbik

vor den Teilnehmern an der Feierlichen Jahressitzung der Akademie der Wissenschaften in Wien am 2. Juni 1943, „mit dem brennenden Herzen den Kampf gegen das rote Russland mitkämpft, der ihm ein Weltgericht ist, da ist es wieder die Idee des ewigen Reichs, die dem Historiker die deutsche Geschichte von den alten Ostlandfahrten seines Volkes an erfüllt bis zum Ringen um die Überwältigung des bolschewistischen Gegenreichs im Osten Europas.“⁸² Deutschland ist durch seine herrschenden Eliten seit einigen Jahren wieder zu einem Krieg führenden und mit Kriegen drohenden Land geworden, wobei Krieg nicht immer Waffengewalt bedeutet. Deutschland ist die fundamentale Macht in der Europäischen Union mit ihren offenen Kolonialkriegen. An Stelle des Antisemitismus, das ist in der mit Israel als geopolitischer Brückenkopf verbündeten Europäischen Union die Lehre aus der Vergangenheit, sind andere massenwirksame Manipulationsformen zur Verhüllung der Klasseninhalte getreten. Die Klassenverhältnisse haben sich ja nicht verändert, die geopolitische Despotie der kapitalistischen Herrschaft⁸³ ist seit der Implosion der sozialistischen Länder hemmungslos. Pleyer kann nicht als Repräsentant einer in der Geschichte versunkenen intellektuellen Schichte, die objektiv Träger der barbarischen Option der Menschheit war, abgetan werden. Viele Passagen seines Buches „Volk im Feld“ erinnern, von der Sprache abgesehen, an von vielen Intellektuellen der europäischen Gegenwart angebotene Europaschriften: „Das Tiefste, was über Europa gedacht worden ist, stammt von Deutschen. Unter allen Ländern hat Deutschland am meisten für Europa geleistet. Es gibt kein europäisches Volk, keinen europäischen Staat, in dem nicht Blut von deutschem Blut lebte und wirkte, in dem nicht Fasern des deutschen Herzens hingen.“⁸⁴ Und weiter: „Europa hat noch ein großes Leben vor sich. Die europäischen Völker haben sich noch gar nicht ganz entdeckt, geschweige denn ausgeschöpft. Das neue Europa, gegründet auf der Achtung aller Volkheiten voreinander, wird dem gottgeschöpften Leben aller Völker Raum geben. Der Deutsche aber soll sich für das Ganze höchstverantwortlich fühlen.“⁸⁵

Käthe Spiegel war seit Beginn der 1930er Jahre von den zu den Nazis übergelaufenen Historikern der Deutschen Universität in schändlichster Weise erniedrigt und gedemütigt worden. Einer aus diesem Professorengeindel war Anton Ernstberger (1894–1966), der nach 1945

in Erlangen Generationen von bundesdeutschen Historikern erzogen hat und mit Wilhelm Pleyer Erinnerungen über „damals“ in Prag austauschte, „trotz allem und allem unsere schönste Zeit“.⁸⁶ Als tapfere junge Frau blieb Käthe Spiegel wissenschaftlich tätig und wirkte, so lange es ging, offensiv für die Durchsetzung von Frauenrechten, bis ihr Leben durch die deutsche Okkupation beendet wurde. Ihr verzweifelter Hilferuf an die Deutsche Universität, an der ihr Vater Ludwig Spiegel zu den wegen seines Einsatzes für das deutsche Bürgertum angesehensten Professoren gehört hat, war ad acta gelegt worden.⁸⁷ Am 21. Oktober 1941 wurde sie von den Nazis nach Łódź deportiert und irgendwo ermordet. Zum Tod von Kleo Pleyer wurden mehrere Nachrufe publiziert, Heldenepen schrieben Walter Frank (1905–1945),⁸⁸ Steinacker⁸⁹ und der spätere Kölner Großordinarius Theodor Schieder (1908–1984).⁹⁰ 1957 würdigt der Sudetendeutsche Kulturalmanach zum 15. Todestag Pleyer mit einem kleinen Auszug aus seinem 1939 verlegten Büchlein „Zeiten der deutschen Geschichte“⁹¹ zum 70. Geburtstag hat sein Bruder Wilhelm Pleyer 1968 im „Heimatbrief für den Kreis Luditz-Buchau und Deutsch-Manetin“⁹² einen Gedenkartikel verfasst. 1969 wird das Wirken von Pleyer in einer Innsbrucker Veröffentlichung eher verhüllt als der Wirklichkeit angemessen dargestellt.⁹³ Das hat Guido Kisch in Basel nach einem Hinweis des mit ihm korrespondierenden Innsbrucker Rechtshistorikers Nikolaus Grass (1913–1999), der selbst ein arger katholischer Antisemit war, so empört, dass er diese Notizen über Pleyer in seinen Lebenserinnerungen als von Joseph Goebbels (1897–1945) selbst geschrieben für möglich hielt, was natürlich eine unzulässige Verharmlosung von dessen Propagandamethoden ist.⁹⁴ Käthe Spiegel hat keinen Nachruf erhalten, viele Jahrzehnte war sie namenloses Opfer, erst vor wenigen Jahren (2005) wurde ihr ein literarisches Denkmal gesetzt.⁹⁵

Ankündigung:

Gerhard Oberkofler: *Ludwig Spiegel und Kleo Pleyer. Deutsche Misere in der Biografie zweier sudetendeutscher Intellektueller.* Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag 2012 (erscheint im Herbst)

Anmerkungen:

1/ Biographische Eckdaten: ÖBL (1980), 126f. (Gerhard Oberkofler); NDB 20 (2001), 541f. (Hermann Weiß).

2/ München 1940, 76. bis 85. Tausend 1943; biographische Daten von Wilhelm Pleyer z.B. Literatur Lexikon 9 (1991), 186f. (Johannes Sachslehner).

3/ Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPTsch/Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPS: *Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei.* Berlin 1981; Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.): *Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung in Daten.* Berlin 1986.

4/ Lenin, Werke 7 (1956), 30–44, hier 32.

5/ Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker: *Adolf Hitler. Eine politische Biographie.* Leipzig 1999, 68.

6/ Universitätsarchiv Innsbruck.

7/ ÖBL 13 (2007), 19f. (Gerhard Oberkofler).

8/ Klaus Wagenbach: *Franz Kafka. Biographie seiner Jugend.* Berlin 2006, 128.

9/ Gerhard Oberkofler: *Samuel Steinherz (1857–1942).* Innsbruck [u.a.] 2008; dort weitere Literaturangaben, für das Folgende hier bes. Alena Mišková: *Die Lage der Juden an der Prager Deutschen Universität.* In: Jörg K. Hoensch/Stanimir Biman/L'ubomír Lipták (Hg.): *Judenemanzipation – Antisemitismus – Verfolgung in Deutschland, Österreich-Ungarn, den Böhmisches Ländern und in der Slowakei (= Veröffentlichungen der Deutsch-tschechischen und Deutsch-slowakischen Historikerkommission 6).* Tübingen 1999, 117–129; Peter Arlt: *Samuel Steinherz (1857–1942). Historiker.* In: Monika Glettler/Alena Mišková (Hg.): *Prager Professoren 1938–1948. Zwischen Wissenschaft und Politik (=Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa 17),* Essen 2001, 71–104.

10/ Spiegel: *Herbens Formel.* Leitartikel *Bohemia*, 6.10.1925.

11/ Ludwig Spiegel: *Das tschechoslowakische Staatsproblem (so eine Sammlung seiner Artikel in der Bohemia 1922).* Verlag der Deutschen Zeitungs-A. G., Prag 1922, hier 29.

12/ Wilhelm Pleyer: *Europas unbekanntes Mitte. Ein politisches Lesebuch.* München–Stuttgart 1957, 198.

13/ Pleyer, *Europas unbekanntes Mitte*, 45.

14/ Rudolf M. Wlaschek: *Juden in Böhmen. Beiträge zur Geschichte des europäischen Judentums im 19. und 20. Jahrhundert (= Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 66).* München 1990.

15/ Auf Initiative von Petr Vasicek wurde 2002 in Wien, Obere Donaustraße 4, eine Gedenktafel für den verurteilten und später begnadigten Leopold Hilsner angebracht: www.judentum.net/europa/hilsner-1.htm. Vgl. Helena Krejčová/Alena Mišková: *Anmerkungen zur Frage des Antisemitismus in den Böhmisches Ländern Ende des 19. Jahrhunderts.* In: Hoensch/Biman/Lipták (Hg.), *Judenemanzipation*, 55–84.

16/ *Der Auslandsdeutsche. Halbmonatsschrift für Auslandsdeutschtum und Auslandskunde 3* (1920, Zweites April Heft), 238.

17/ Das Folgende vor allem nach den Unterlagen einer Mappe „Samuel Steinherz“ im Univer-

sitätsarchiv Prag, dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ich für wiederholte Gastfreundschaft sehr herzlich danke!

18/ Eigenhändig geschriebenes Original. Archiv der Universität Prag.

19/ Deutsche Hochschulwarte 2 (1922/23), 132.

20/ So das *Prager Tagblatt* in seinem Nachruf vom 21.12.1928.

21/ Hans Morgenstern: Jüdisches biographisches Lexikon. Wien–Berlin 2011², 93.

22/ Über Sauer ÖBL 45. Lfg. (Wien 1988), 438f. (Rober Pichl); Steffen Höhne (Hg.): August Sauer (1855–1926). Ein Intellektueller in Prag zwischen Kultur- und Wissenschaftspolitik. Köln [u.a.] 2011.

23/ Artikel „Das Professoren-Vertrauensvotum für den Rektor“ in: *Prager Tagblatt*, 22.11.1922.

24/ Zitiert von: Deutsche Hochschulwarte 2 (1922/23), 133.

25/ *Der Tag*, 19.11.1922.

26/ Handschriftliche Erklärung von Jatsch, UA Prag.

27/ Jesus und wir Arier. Eine zeitgemäße Frage neu beleuchtet. Prag 1924.

28/ Vgl. Christian Rutishauser: Christsein im Angesicht des Judentums (= Ignatianische Impulse 28). Würzburg 2008.

29/ Eigenhändig von Steinherz unterfertigtes Konzept im Universitätsarchiv Prag.

30/ Über die hier genannten Orte s. Joachim Bahlcke, Winfried Eberhard und Miloslav Polívka (Hg.): Böhmen und Mähren (Handbuch der Historischen Stätten). Stuttgart 1998.

31/ Eduard Rabofsky/Gerhard Oberkofler: Verborgene Wurzeln der NS-Justiz. Strafrechtliche Rüstung für zwei Weltkriege. Wien [u.a.], 133f.

32/ Faksimile dieses Flugblattes bei Rabofsky/Oberkofler, Verborgene Wurzeln, 221.

33/ Über die Beilegung *Prager Tagblatt*, 26.11.1922.

34/ *Prager Tagblatt*, 26.11.1922.

35/ Deutsche Hochschulwarte II (1922/23), 161.

36/ Wilhelm Pleyer: Der Puchner. Ein Grenzlandschicksal. Roman. München 1934, 91. bis 110. Tausend 1943.

37/ Vgl. Friedrich Heer: Der Glaube des Adolf Hitler. Anatomie einer politischen Religiosität. Frankfurt/M.–Berlin 1989.

38/ Deutsche Hochschulwarte II (1922/23), 164.

39/ Josef Čermák: Das Kulturleben der Prager deutschen Studenten seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Die Lese- und Redehalle der deutschen Studenten in Prag. In: Marek Nekula und Walter Koschmal (Hg.): Juden zwischen Deutschen und Tschechen. Sprachliche und kulturelle Identitäten in Böhmen 1800–1945 (= Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 104), 33–63, 53f.

40/ ÖBL 2 (1959), 220.

41/ ÖBL 1 (1957), 438f.

42/ Andreas H. Zajic: Hans Hirsch (1878–1940). Historiker und Wissenschaftsorganisator zwischen Urkunden- und Volkstumsforschung. In: Karel Hruza (Hg.): Österreichische Historiker 1900–1945. Lebensläufe und Karrieren in

Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftsgeschichtlichen Porträts. Wien [u.a.] 2008, 307–417, hier 321.

43/ Wissenschaft und Volkstumskampf. Festschrift Erich Gierach zu seinem 60. Geburtstag überreicht von Freunden, Schülern und Fachgenossen. Hg. von Kurt Oberdorffer, Bruno Schier und Wilhelm Wostry. Reichenberg 1941. Dort 9–24 Beitrag Pfitzner: Erich Gierach und der sudetendeutsche Volkstumskampf.

44/ Über die außenpolitische Dimension dieses Besuches s. Manfred Alexander: Zur Reise von Marschall Foch nach Warschau und Prag im Frühjahr 1923. In: *Bohemia* 14 (= Festschrift für Karl Bosl). München 1973, 289–319.

45/ Wilhelm Pleyer, Puchner, 191f.

46/ Kleo Pleyer: Die Landschaft im neuen Frankreich. Stammes- und Volksgruppenbewe-

gung im Frankreich des 19. und 20. Jahrhunderts. Stuttgart 1935, 367f.

47/ Rudolf Lodgman von Auen: Reden und Aufsätze. Festgabe zum 77. Geburtstag des Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Herausgegeben von Albert Karl Simon. München 1954; Albert Karl Simon (Hg.): Festschrift zum 75. Geburtstag des Sprechers der Sudetendeutschen Rudolf Lodgman von Auen. München 1953; Viktor Aschenbrenner, in: Neue Österreichische Biographie XVII (1968), 93–105; Biographisches Lexikon zur Geschichte der Böhmisches Länder 2 (1984), 477f.; NDB 15 (1987), 10f. (Horst Glassl).

48/ 29 S., Prag 1918.

49/ Lodgman, Die Autonomie, 22.

50/ Festschrift zum 75. Geburtstag, 10.

51/ Rudolf Lodgman von Auen: Zum zehnten

„Aufgaben und Ziele der österreichischen Geschichtswissenschaft“

Vortrag von Univ.-Prof. Dr. Herwig Wolfram vor der Alfred Klahr Gesellschaft

Im Anschluss an die Generalversammlung der *Alfred Klahr Gesellschaft* am 18. Januar 2012 referierte Univ.-Prof. Dr. Herwig Wolfram, einer der führenden Mediävisten Österreichs und als Nachfolger von Heinrich Fichtenau langjähriger Direktor des Instituts für österreichische Geschichtsforschung (Wien), zu „Aufgaben und Ziele der österreichischen Geschichtswissenschaft“. Die überaus gut besuchte Veranstaltung stellte gleichzeitig den Auftakt einer von der *Alfred Klahr Gesellschaft* geplanten Vortragsreihe dar, die aktuelle Fragen und Problemstellungen innerhalb der österreichischen Historiographie in den Fokus nimmt.

Die thematische Breite von Wolframs Ausführungen reichte von der Benennung noch unerfüllter Forschungsdesiderata zur österreichischen Geschichte über die Erörterung methodischer Fragen in der Geschichtswissenschaft bis hin zur Diskussion der Notwendigkeiten, Erfordernisse und „Tücken“, die der offizielle Wissenschaftsbetrieb mit sich bringt. Neben seinem klaren Bekenntnis zu einer Fortsetzung der Quellenkritik und einem Plädoyer für den Wert der Primärquelle – angesichts der unbearbeiteten, oftmals noch unbekannteren Aktenmassen in den österreichischen Archiven eine unterstützenswerte Forderung – waren es insbesondere Wolframs kurzweilig dargelegte Erfahrungen auf der Ebene der „institutionalisierten“ Geschichtswissenschaft, die zu überzeugen vermochten. Als Erkenntnis bleibt, dass die Allokation finanzieller Mittel für Großprojekte wie die von ihm maß-

geblich initiierte und herausgegebene 15-bändige Reihe „Österreichische Geschichte“ bereits vor über 20 Jahren schon mit mannigfaltigen Schwierigkeiten verbunden, immerhin aber noch möglich war. Dass solche und ähnliche Unternehmungen gegenwärtig noch durchführbar sind bzw. aufgrund der zunehmend schwieriger werdenden Sicherstellung der geeigneten ökonomischen Basis auch mittelfristig sein werden, wollte Wolfram selbst in der an seinen Vortrag anschließenden Diskussion bezweifeln. Letztendlich müsse es aber darum gehen, so sein Resümee, der aktuellen Kahlschlag-Politik im Forschungsbereich, die die Geistes- und damit die Geschichtswissenschaft mit besonderer Vehemenz trifft, mit der verstärkten Organisierung der Historikerschaft und einem gemeinsamen Agieren in der Herausstreichung der eigenen Leistungsfähigkeit zu begegnen.

Eine gewisse Skepsis blieb im Auditorium allerdings dahingehend bestehen, dass seitens der maßgeblichen Entscheidungsträger in der (Wissenschafts-) Politik und im Bereich der wichtigsten Förderstellen wie dem FWF offensichtlich nur noch ein eingeschränktes Themenspektrum als förderungswürdig erachtet wird. Aufgabe der *Alfred Klahr Gesellschaft* wird es darum sein, die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung als maßgeblichen Teil der österreichischen Geschichte in bewährter Manier auch in Hinkunft in das öffentliche Bewusstsein zu rücken wie auch im inner- und interdisziplinären Fachdiskurs zu behaupten.

MARTIN KRENN

Sudetendeutschen Tag. Heimatruf. Für die Kreise Teplitz-Schönau-Dux-Bilin. 16. Mai 1959.
 52/ Adolf Schärf: Erinnerungen aus meinem Leben. Wien 1963, 176.
 53/ Schärf, Erinnerungen, 167.
 54/ Zit. nach Adolf Hitler: Mein Kampf. 1. Band: Eine Abrechnung. 2. Band: Die nationalsozialistische Bewegung. München 1939, 334.
 55/ Die Weltfront. Eine Sammlung von Aufsätzen antisemitischer Führer aller Völker. Hg. von Abgeordneten Hans Krebs, Mitglied der Prager Nationalversammlung und Otto Prager. Aussig 1926. Beitrag Jung 23–27.
 56/ So Jung in seinem Artikel Die Weltfront, 23.
 57/ MEW 1 (1972), 347–377, hier 373; Kleo Pleyer: Das Judentum in der kapitalistischen

Wirtschaft. In: Forschungen zur Judenfrage. Bd. 2. Sitzungsberichte der Zweiten Arbeitstagung der Forschungsabteilung Judenfrage des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands vom 12. bis 14. Mai 1937. Hamburg 1937, 154–169, hier 159. Pleyer zitiert nach den von Siegfried Landshut und Jacob P. Mayer 1932 (Leipzig) in zwei Bänden herausgegebenen Frühschriften von Marx.
 58/ MEW 1, 373.
 59/ Pleyer, Das Judentum, 169.
 60/ Volk im Feld. Hanseatische Verlagsanstalt 1943, 219.
 61/ Legislaturperiode vom 26. Mai 1920 bis 16. Oktober 1925.
 62/ Constant von Wurzbach: Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich 15 (Wien 1866), 365f.
 63/ Zur Einführung und nett als Lektüre Wilma Iggers (Hg.): Die Juden in Böhmen und Mähren. Ein historisches Lesebuch. München 1986.
 64/ Arnold Zweig: Bilanz der deutschen Judentum. Ein Versuch. Leipzig 1991, 198.
 65/ Wiederabgedruckt in: Rosa Luxemburg, Schriften über Kunst und Literatur. Hg. und mit einem Nachwort versehen von Marlen M. Koralow. Dresden 1972, 20–24.
 66/ Georg Lukács: Kunst und objektive Wahrheit. Essays zur Literaturtheorie und -geschichte. Leipzig 1977, 46.
 67/ Christa Wolf: Die Dimensionen des Autors. Essays und Aufsätze 1959–1985. Bd. 2, Frankfurt/M. 1990, 677–691 (Rede auf Schiller).
 68/ Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergie: Pan-europa. Wien–Leipzig 1923; dazu Reinhard Opitz: Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945. Köln 1977, 495–501.
 69/ Carl Schmitt: Die deutsche Rechtswissenschaft im Kampf gegen den jüdischen Geist. *Deutsche Juristenzeitung* 41 (1936), 1197.
 70/ Carl Schmitt: Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte. Berlin–Wien 1939, 12; vgl. Domenico Losurdo: Die Gemeinschaft, der Tod, das Abendland. Heidegger und die Kriegsideologie. Stuttgart–Weimar 1995, 129–133.
 71/ Biographisches Lexikon zur Geschichte der Böhmisches Länder 1 (1979), 358.
 72/ Ebd., 564.
 73/ *Prager Tagblatt*, 25.9.1923; Deutsche Hochschulwarte 1923/24, 310.
 74/ In: Hans-Gerd Koch (Hg.): „Als Kafka mir entgegenkam ...“. Erinnerungen an Franz Kafka. Berlin 1995, 25–36.
 75/ *Prager Tagblatt*, 27.9.1923.
 76/ Erklärung veröffentlicht im *Prager Tagblatt*, 13.10.1923.
 77/ Johannes Haller: Lebenserinnerungen. Gesehenes – Gehörtes – Gedachtes. Stuttgart 1960, 141f. und 123; Leo Santifaller: Bemerkungen zu den „Lebenserinnerungen“ von Johannes Haller. Römische Historische Mitteilungen 5 (1961/62), Graz–Köln 1962, 164–180.

78/ Reichsuniversität Posen. Vorträge und Aufsätze Heft 2. Posen 1943.
 79/ Vgl. dazu Willi Oberkrome: Geistige Leibgardisten und völkische Neuordner. Varianten der Berliner universitären Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus. In: Rüdiger vom Bruch unter Mitarbeit von Rebecca Schaarschmidt (Hg.): Die Berliner Universität in der NS-Zeit. Bd. II: Fachbereiche und Fakultäten. Stuttgart 2005, 123–132.
 80/ Ingo Haar: „Revisionistische“ Historiker und Jugendbewegung: Das Königsberger Beispiel. In: Peter Schöttler (Hg.): Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft. 1918–1945. Frankfurt/M. 1997, 52–103.
 81/ Brief an Walter Frank vom 14. Juli 1940. In: Schriften des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands. Bd. 1, Hamburg 1941, 31.
 82/ Akademie der Wissenschaften in Wien: Almanach für das Jahr 1943. 93. Jg., Wien 1943, 171–174.
 83/ Die kapitalistische Leitung ist „der Form nach despotisch“ – so Karl Marx. MEW 23 (1973), 351.
 84/ Volk im Feld. Hamburg 1943, 237.
 85/ Volk im Feld, 239.
 86/ Deutsches Literaturarchiv Marbach. Briefe Ernstberger an Pleyer (hier Brief vom 4. Februar 1955). Für sehr entgegenkommende Hilfe danke ich Frau Hildegard Dieke!
 87/ Karel Hruza: Ein vergeblicher Hilferuf: der Brief Käthe Spiegels an den Rektor der deutschen Karls-Universität in Prag vom 11. Oktober 1941. In: *Bohemia* 48 (2008) 1, 203–210.
 88/ *Historische Zeitschrift* 166 (1942), 507–553.
 89/ Steinacker, Volk und Geschichte. Ausgewählte Reden und Aufsätze. Brünn [u.a.] 1943, 541–556 (mit Schriftenverzeichnis in Auswahl).
 90/ Jomsburg, Jg. VI, Heft 1/2, 133–137.
 91/ Kleo Pleyer: Gezeiten der deutschen Geschichte. Die Junge Reihe. München 1939; Sudetendeutscher Kulturalmanach für das Jahr 1957. Zusammengestellt von Josef Heinrich. Bad Winsheim, 29f.
 92/ Wiederabgedruckt in: Wilhelm Pleyer: Jahrzehnte. In: Reden / Aufsätzen / Offenen Briefen. Frankfurt/M. 1971, 213–224.
 93/ Gerhard Oberkofler: Die geschichtlichen Fächer an der Philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck 1850–1945 (= Forschungen zur Innsbrucker Universitätsgeschichte 6). Innsbruck 1969, hier 151–153.
 94/ Guido Kisch: Der Lebensweg eines Rechtshistorikers. Erinnerungen. Sigmaringen 1975, 207; dazu Gerhard Oberkofler: Nikolaus Grass. Einige wissenschaftshistorische Miniaturen aus Briefen und seine Korrespondenz mit dem Prager Juden Guido Kisch. Innsbruck [u.a.] 2008, 295f. und öfters.
 95/ Gerhard Oberkofler: Käthe Spiegel. Aus dem Leben einer altösterreichischen Historikerin und Frauenrechtlerin in Prag. Innsbruck [u.a.] 2005.

12. Gedenkfahrt nach Engerau

in Memoriam Prof. Dr. Jonny Moser

Programm

9.30 Gedenkkundgebung beim Mahnmal für ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter auf dem Friedhof in Petržalka (Engerau)/Bratislava

11.00 Fahrt zu den Gedächtnisorten des ehemaligen Lagers Engerau in Petržalka

13.00 Gedenkkundgebung beim Gedenkstein für die Opfer des „Todesmarsches“ von Engerau nach Deutsch-Altenburg in Wolfsthal

15.00 Gedenkveranstaltung für Prof. Dr. Jonny Moser in Parndorf

16.30 Gedenkkundgebung auf dem Friedhof von Bruck an der Leitha für die 155 ermordeten ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter

Historische Einführung und Begleitung: Dr.ⁱⁿ **Claudia Kuretsidis-Haider**
 Dr.ⁱⁿ **Eleonore Lappin-Eppel**

Ansprachen u.a. von Dr. Josef Markus Wuketich, Alexander Ben-Zvi, Dr. Ivan A. Petranský, Dr. Peter Salner, Dr. Viera Polakovičová, Prof. Dr. Paul Lendvai, Dr. Winfried R. Garscha, Dr. Petra Weiß, Dr. Irmtraut Karlsson

Sonntag, 1. April 2012

Abfahrt: 7.45, Rückkehr: ca. 18.00
 Treffpunkt: Praterstern 1, 1020 Wien (vor dem Jüdischen Institut für Erwachsenenbildung)
 Unkostenbeitrag: 12,- Euro

Anmeldung bei Dr. Claudia Kuretsidis-Haider (Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz):
 Tel.: 01/22 89 469/315
kuretsidis@hotmail.com
 Infos: www.nachkriegsjustiz.at

Karl Wiesinger (1923–1991)

HELMUT RIZY

Auch Karl Wiesinger hat es erfahren müssen, daß das Zeitalter der Gegenreformation beileibe nicht vor 250 Jahren zu Ende gegangen ist, sondern bis zum heutigen Tag weiterwirkt, wenn sich auch die Baretts und Kapuzen geändert haben. Nämlich in jener Ungeisthaltung, die ein Kunstwerk nicht nach seiner Qualität, sondern nur nach der Meinung und Gesinnung seines Schöpfers be- und verurteilt“, stellte Franz Kain in seiner Rede am Grab des langjährigen Kollegen und Genossen fest.

Karl Wiesinger wurde am 13. März 1923 als Sohn eines Dentisten in Linz geboren. Nach der Volksschule schickten ihn seine Eltern ins katholische Internat der Schulbrüder in Goisern, dem heutigen Bad Goisern, das auch der ein Jahr ältere in Goisern geborene Franz Kain als Externist besuchte. Nachdem aber Wiesinger das Internat frühzeitig wieder verlassen hatte und ein unstetes Leben begann, drängte ihn der Vater zu einer Zahntechnikerlehre, die der Sohn auch begann, allerdings wieder abbrechen musste, als er 1941 zur Wehrmacht eingezogen wurde.

Er kam nach der Grundausbildung in Finnland zum Einsatz. Die Folgen eines Lungensteckschusses, den er dort erlitt, sollten ihn sein Leben lang begleiten. Fürs erste ausgeheilt, folgte allerdings Untersuchungshaft, zusammen mit dem Wiener Otto Fürst. Das Feldgericht klagte die beiden an: „Die Beschuldigten hörten in ihrer Truppenunterkunft in Nordfinnland planmäßig englische sowie russische Sender und riefen ihre Kameraden hinzu, wobei sie diese zum Mithören veranlaßten. Bei diesen und anderen Gelegenheiten äußerten sie, der Krieg sei aussichtslos, die Zustände in England und Rußland seien weit besser als die Lebensverhältnisse im Reich, der Führer sei ein Wahnsinniger und Verbrecher, der das deutsche Volk mutwillig in den Krieg getrieben habe, die Organisationen der Partei seien mißratene Einrichtungen, deren Angehörige Idioten. Ferner erklärten sie, bei sich bietender Gelegenheit wollten sie zum Feind überlaufen. Auf diese Weise beeinträchtigten sie mit Vorbedacht den Wehrwillen ihrer Kameraden.“

Beim Prozess in Berlin schien die Todesstrafe sicher, doch es kam zu einem unerwarteten Freispruch. Da die Staatsanwaltschaft jedoch Berufung einlegte, folgte eine zweite Verhandlung, diesmal

in Wien, wo Wiesinger zu acht Monaten Haft verurteilt wurde – „nach dem Krieg zu verbüßen“.

Wiesinger diente dann als Flaksoldat in Wien und Oberösterreich, wurde allerdings im Oktober 1944 erneut verhaftet. Da er aber im Gefängnis eine schwere Lungenblutung erlitt, wurde er „als ohnehin-verreckter“ – so Wiesinger – entlassen. Nach Kriegsende trat er der KPÖ bei. Später sollte er über diese Zeit schreiben: „Die nachkriegszeiten waren im wesentlichen von krankheit, lungenentzündung, weibergeschichten, aufbau der freien österreichischen jugend und erster journalistischer tätigkeit unter arnolt bronnen gekennzeichnet.“

Aber nicht nur in der Redaktion der *Neuen Zeit*, der oberösterreichischen Ausgabe der *Volksstimme*, deren Kulturredaktion in den ersten Jahren nach dem Krieg von Arnolt Bronnen geleitet wurde, traf Wiesinger wieder auf Franz Kain, der dort arbeitete; beide gehörten auch dem „Club der Todnahmen“ an, in dem einander die damals jungen Linzer Schriftsteller bei nächtelangen Wirtshausbesuchen ihre Gedichte vorlasen.

Karl Wiesinger fühlte sich, wohl unter dem Einfluss Arnolt Bronnens, vorerst zum Dramatiker berufen. 1951 wurde sein Stück „Der Poet am Nil“ von der Linzer Schauspielgruppe *Scheinwerfer* uraufgeführt. In seiner Rezension in der *Neuen Zeit* warf Franz Kain dem Kollegen und Genossen unsanft „Wurzellosigkeit“ und „weltanschauliche Heimatlosigkeit“ vor. 1953 gründete Wiesinger zusammen mit dem späteren Direktor des Wiener Volkstheaters Paul Blaha das Linzer Kellertheater, wo zur Eröffnung

neben einem Einakter von Jean Cocteau Wiesingers „Der große Wugram“ auf dem Programm stand. Die Wiener *Tribüne* spielte im Jahr darauf sein Stück „Jahrmarkt der Gefühle“. Wieder ein Jahr später wurde sein Stück „Gras für Büffel“ in Wien und Köln aufgeführt. Der große Durchbruch als Dramatiker gelang ihm dennoch nicht.

So schloss er 1958 dann doch noch die Zahntechnikerlehre ab, machte die Dentistenprüfung und arbeitete in der Ordination seines Vaters, der allerdings im Jahr darauf stirbt. 1960 verkaufte Wiesinger die Ordination und wandte sich wieder dem Schreiben zu, als Autor für Theater und Rundfunk weiterhin mit endenwollendem Erfolg.

1960 begann er schließlich einen Roman über das 38er-Jahr zu schreiben, ursprünglich unter dem Titel „Drachensaat“. Nach vergeblichen Versuchen, den Roman bei einem österreichischen oder westdeutschen Verlag unterzubringen, erschien dieser dann 1967 in der DDR unter dem Titel „Achtunddreißig“ im *Aufbau-Verlag*, wobei der *Globus-Verlag* und die *Buchgemeinde* einen Teil der Auflage übernahmen. Für den Roman „Genosse Spartacus“, 1972 beendet, fand Wiesinger allerdings keinen Verlag.

Es ist die Zeit des Kalten Krieges, und wenn Wiesinger und Kain in vielen Fragen unterschiedlicher Meinung waren, so konnten sie in einer Meinung sein: Die Anerkennung für ihr literarisches Wirken wurde ihnen verwehrt, weil sie Kommunisten waren. Und Wiesinger machte die Probe aufs Exempel.

Im November 1970 schrieb ein Max Maetz, Adresse „4481 asten, postla-



Karl Wiesinger

STANDRECHT

ACHTUNDREISSIG

DER ROSAROTE STRASSENTERROR



3 Bände: 59,90 € (Gesamtpaket)

einzel: 19,90 € (Standrecht/Straßenterror)

29,90 € (Achtunddreißig)

versandkostenfrei bestellen bei:

Promedia Verlag, Wickenburgg. 5/12, 1080 Wien

promedia@mediashop.at



Ernennung zum Professor, Mai 1981.

gernd“ an Otto Breicha, den Herausgeber der *Protokolle*, einer Wiener Halbjahresschrift für Literatur, bildende Kunst und Musik, in dem für Max Maetz charakteristischen Stil, durchgehende Kleinschreibung und weitgehend ohne Interpunktion: „*ich war wieder einmal in linz und da war ringel und seine bilder sind aus der galerie geschmissen worden und dann kam die nacht im cafe berger nach der lesung und jemand drückte mir das buch PROTOKOLLE in die hand und das hat mich ermuntert ihnen einmal etwas vorzulegen. Ich lebe hier zwischen enns, st. florian und linz bei einem bauern seit kriegsende ohne eltern, bin 26 und schreibe neben meiner arbeit gerne und viel. Ein roman liegt vor, ungedruckt und verschiedenes anderes.*“

Und in den *Protokollen* wurde dann auch erstmals ein Text dieses Max Maetz abgedruckt. Als Lebenslauf wurde angegeben: „Geboren 1945 bei Asten (Oberösterreich) auf der Flucht vor dem Krieg. Landwirtschaftlicher Hilfsarbeiter, Traktorist, Agronom. Vorliebe für Dirndl, Wein, Kultur und Agrikultur. Geheime Verbindungen zu Oberweltkriminellen und Untergrundkünstlern. Erste Schreibarbeit: Geschichten aus der Heimat, ein etwa 120 Seiten starker Roman mit dem Titel ‚Max Maetz, Weilling Land und Leute‘. Lebt auf dem Lande nahe Linz.“

sogar die Nachricht vom frühen Tod. Ein Redakteur des *Volksblatts* kam im schwarzen Anzug zur angesagten Trauerfeier nach St. Florian. Nachdem allen klar wurde, was hier gespielt worden war, war man, zumindest in Österreich, böse. Die *Kronzeitung* schrie „Skandal“, und ein mit Wiesinger befreundeter Journalist wurde von den *OÖ. Nachrichten* entlassen, da er die Todesmeldung ins Blatt hatte stellen wollen.

Nach Wiesingers Tod schrieb Franz Kain: „Dieser merkwürdige Großbauernroman ist ja eine Provokation in vielerlei Hinsicht, eine Rache für erlittene Unbill in der Anerkennung eines eigenwilligen Literaten. Er war ein von Literaturpäpsten Verfolgter und, nennen wir das Kind beim Namen, ein politisch Verfolgter. Jetzt werd ich euch einmal gründlich hinter Licht führen, ihr Klugscheißer und Speichellecker im Gewand der Literaturrichter; das war sein Ansporn.“

1974 erschien Wiesingers Roman „Der rosarote Straßenterror“ im Westberliner *Oberbaum Verlag*. Darin geht es um den Oktoberstreik von 1950, den der Gewerkschaftsführer Franz Olah unter dem Vorwand, es sei ein kommunistischer Putschversuch, von seinen Bauarbeitern niederknüppeln ließ. Es war dann auch Franz Olah, der die Auslieferung des Romans, in dem Wiesinger aufzeigt, dass

Ein interesseweckender neuer Autor war damit an die Öffentlichkeit getreten und noch im selben Jahr erschien der genannte Roman im westdeutschen Verlag *Eremiten Presse* – mit breiter Leserschaft sowie Anerkennung im Literaturbetrieb.

Nur, der nunmehr bekannte Autor ward nie gesehen. Zu einer angekündigten Lesung in Linz kam er nicht, Karl Wiesinger entschuldigte ihn. Und als in Linzer Journalistenkreisen bereits längst gemunkelt wurde, wer denn eigentlich Max Maetz ist, verstarb dieser plötzlich. Es gab Partezetteln und die *OÖ Landeskorrespondenz* brachte

der Streik aus den Betrieben kam aus Empörung über den Lohn-Preis-Pakt, in Österreich verhindern wollte.

Der *Oberbaum Verlag* brachte zwei Jahre später dann auch „Standrecht“, einen dokumentarischen Roman über die Ereignisse im Februar 1934, heraus – den 1983 der Wiener *Promedia Verlag* für die *edition spuren* in Lizenz übernahm. Wiesingers letzter Roman, der zu seinen Lebzeiten veröffentlicht wurde, ist „Der Wolf“, in dem es um eine Mordserie an Landsern in Oberösterreich während der NS-Zeit geht – 1981 zuerst im Wiener Kleinverlag *Frischfleisch & Löwenmaul*, dann auch in der DDR-Taschenbuchreihe *Kompass* sowie in der ČSSR. Erst nach dem Tod des Autors veröffentlichte der oberösterreichische Verlag *Edition Geschichte der Heimat* neben der Neuauflage von „Der Wolf“ und des Bauernromans in einer vom Herausgeber gekürzten Fassung den Roman „Der Verräter und der Patriot“, in dem ein Gefreiter zu Ende des Zweiten Weltkriegs die Sprengung einer Rheinbrücke verhindert, nach Linz zurückgekehrt aber erkennen muss, dass hier schon wieder die früheren Mitläufer und Anpasser obenauf schwimmen.

In den frühen 1980er Jahren verschlechterte sich Wiesingers Gesundheitszustand rapide. 1985 beendete er seine Arbeit als Journalist. Das Jahr 1989 war gekennzeichnet durch schwere Asthmaanfälle, Krankenhausaufenthalte und einen leichten Gehirnschlag. Er starb am 10. Februar 1991 im Alter von 67 Jahren.

Nochmals Franz Kain: „*Karl Wiesinger, so oft ein Opfer von Verfolgung und Mißverständnis, war selbst oft hart, schroff und kantig. Er gehörte zu den Schwierigen, wie alle eigenwilligen Persönlichkeiten. Dabei war er nicht nur streitbar, sondern auch streitlustig, und wenn es einmal an Reibebäumen mangelte, schuf er sich stets neue.*“ Wiesinger war eben nicht pflegeleicht, und das bekam er auch immer wieder seitens der Partei zu spüren.

www.klahrgesellschaft.at

- Informationen über Ziele und Aktivitäten der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT.
- Sämtliche Beiträge aus den *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* der Jahrgänge 1994–2011 im Volltext.
- Übersicht über aktuelle und bisherige Veranstaltungen der AKG seit 1993.
- Bibliographie zur Geschichte der KPÖ.
- Publikationen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT und Bestellmöglichkeit.

Walter Benjamins Studium der Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung (1933–1940)*

PETER GOLLER

Für ein nicht realisiertes Vorhaben zur Kritik der sozialistischen Kulturpolitik in Deutschland vor 1914 studierte Walter Benjamin seit seinem ersten Aufenthalt bei Bertolt Brecht im dänischen Exil im Sommer 1934 an Hand des 1883 gegründeten Theorieorgans *Die Neue Zeit* die Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung. (*WB-Briefe IV*, 483f.)¹

Benjamin begann in den ersten Jahren nach der Flucht aus NS-Deutschland 1933 mit der Lektüre von Franz Mehrings „Geschichte der Sozialdemokratie“ (1897/98). Er liest Lorenz von Steins „Socialismus und Communismus des heutigen Frankreichs“ (1848). Benjamin bittet im Juni 1936 Max Horkheimer, dieser möge die knapp nach 1900 in New York erschienenen Memoiren des sozialradikalen „Anarchisten“ Johann Most und dessen „Revolutionäre Kriegswissenschaft. Ein Handbuch zur Anleitung betreffend Gebrauches und Herstellung von Nitro-Glycerin, Dynamit, Schiessbaumwolle, Knallquecksilber, Bomben, Brandsätzen, Giften usw. usw.“ senden. (*WB-Briefe V*, 302)

Benjamin ist – wie „Passagen“-Exzerpte zeigen – auch von Robert Michels beeinflusst, der die Geschichte der Arbeiterbewegung schon vor seiner Hinwendung zum Faschismus in „massenpsychologisch“ lebensphilosophischen Kategorien von Vitalität, Dekadenz, Charisma, Weltflucht etc. deutete, und der deren notwendiges Versinken in reformistischer Öde für natürlich Schicksal gegeben hielt. So zitiert Benjamin aus Michels' „Psychologie der antikapitalistischen Massenbewegungen“ (in: Grundriss der Sozialökonomik IX/1, Tübingen 1926): „Die Geschichtslosigkeit des modernen Proletariats, das Losgelöstsein der ersten Fabrikarbeitergeneration von jeder historischen Berufs- und Klassentradition und die Buntheit ihrer Herkunft aus dem kleinen Handwerk, dem Kleinbauerntum, der ländlichen Arbeiterschaft und allerhand hausarbeiterlichen Existenzen machte diese Kategorie Wirtschaftsmenschen aufnahmefähig für eine Weltanschauung, die ex novo einen neuen Staat, eine neue Wirtschaft, eine neue Moral improvisieren sollte.“ (*Pass* 772)

1. „Geschichte der französischen Arbeiter-Associationen“ (S. Engländer)

Für die Studien über die „sozialen Bewegungen“ nutzte Benjamin das Werk eines Flüchtlings der Wiener Revolution von 1848, von Sigmund Engländer (1820–1902). Er berichtet am 9. März 1934 Adorno über die Arbeit in der Pariser Nationalbibliothek: „Eine meiner interessantesten Entdeckungen ist merkwürdigerweise ein deutsches Buch, dem auch Sie vielleicht noch nicht begegnet sind, das Ihnen aber auf einer dortigen Bibliothek erreichbar sein dürfte: die vierbändige Geschichte der französischen Arbeiterassociationen von Engländer [Hamburg 1864].“ (*WB-Briefe IV*, 366) Sigmund Engländer, der in Pariser Exiljahren Kontakt zu Heinrich Heine hatte, der den Standpunkt der sozialen Demokratie einnahm, der sich an Proudhons „Mutualismus“ und Antistaatlichkeit, an dessen Volksbank- und Kreditexperimenten orientierte, solidarisierte sich mit dem kämpfenden und schlussendlich unterdrückten Pariser Proletariat der Juni-Insurrektion.

Benjamin übernimmt für das „Passagen-Werk“ u.v.a.m. Engländers Beobachtungen zur Geschichte des utopischen Sozialismus, zu Fouriers „Weiberwirtschaft“, zu seiner Utopie eisfreier Pole, von sibirischen Orangenbäumen, seinem Lob der Prostitution, seinem Plan einer reinen Kinder-Phalanstère (*Pass* 764–768), von Cabets rigiden Kultur- und Moralvorstellungen, etwa von den aus Ikarien verbannten Goldschmieden. Benjamin schildert mit Engländer die Stärken und Schwächen Cabet'scher Verschwörungsorganisationen, die von Polizeispitzeln unterwandert sind, die aber auch in der Revolution heldenhaft auf den Barrikaden kämpfen. (*Pass* 120, 747)

Mit Engländer beschreibt Benjamin die revolutionären Wandanschläge und Fackelprozessionen, die im Frühjahr 1848 das Pariser Bürgertum erschrecken, – die Angst der Bourgeois vor Arbeitervereinigungen, selbst vor den biedersten, die sich in allem anpassen, in der Losung „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, in der Ausstattung ihrer Verkaufsläden: „Die Arbeiter-Associationen ihrerseits

machten alle möglichen Anstrengungen, um die Bourgeoisie zu versöhnen und hofften, von ihr Unterstützung zu finden.“ Mit einem Auszug aus Engländer schildert Benjamin wie die Pariser Arbeiter schon 1839 „Register des Unglücks“ angelegt haben, in die sich Hungernde eintragen konnten, um die von Eugène Sue in den „Geheimnissen von Paris“ beschriebene *bourgeoisie* Mildtätigkeit auszulösen.

Mit Engländer richtet Benjamin aber auch den Blick auf den Abgrund tief pathologischen Hass des Bürgertums auf die geschlagenen Juni-Insurgenten, die in Steinbrüchen verklavt und in unterirdischen Gängen zusammengepfert wurden. Es genügte eine Armut-Visage, den „Anschein der Armuth“ zu haben, um als Juni-Verbrecher, „une figure d'insurgé“ verhaftet, gequält, etc. zu werden. (*Pass* 142, 240, 702f., 711, 746, 855–858)²

2. Studium der „Neuen Zeit“ (P. Lafargue, G. Plechanow, u.a.)

Die rund vierzig Jahrgänge der ab 1883 erscheinenden *Neuen Zeit* boten Benjamin ein umfassendes Bild zur Geschichte des utopischen Sozialismus, der Pariser Kommune, der Klassenkämpfe in Frankreich, der sozialistischen Theorie während des Sozialistenverbots und des Revisionismusstreits. Für seine Arbeiten über Paris als Hauptstadt des 19. Jahrhunderts, über Eduard Fuchs (*WBGS II/2*, 465–505), über Charles Baudelaire (*WBGS I/2*, 509–653) und auch für die so genannten geschichtsphilosophischen Thesen (*WBGS I/2*, 691–704) exzerpierte er laufend die in der *Neuen Zeit* veröffentlichten Beiträge von Paul Lafargue, Georg Plechanow oder von Franz Mehring.

Lafargues 1893/94 veröffentlichte Artikelreihe über den Klassenkampf in Frankreich bot Benjamin Anschauungsmaterial zu Fourier, zu den Saint Simonisten als „einer Heilsarmee in der Bourgeoisie“, die den Klassenkampf ignorieren, sich als „sonderbare Heilige und Schwarmgeister“ erweisen, etwa als Sektierer, die sich die Jacken am Rücken zu knöpfen, wozu es notwendigerweise eines Genossen bedarf. Lafargue billigt Fourier zu, als ein Erster die Idealisierung des Kleinbürgertums verspottet zu haben. Bei aller Anerkennung der utopi-

schen Sozialisten galten sie Lafargue aber doch auch als befangen in ihrer Klassenherkunft, in den Klassengrenzen einer deklassiert verelendeten Bourgeoisie. (*Pass 713, 734, 769–772*)³

Dazu studierte Benjamin auch Georg Plechanows „Über die Anfänge der Lehre vom Klassenkampf“ (1903), wonach die sozialistischen Utopisten als ignorante Leugner des Klassenkampfgedankens „einen großen Rückschritt“ selbst hinter die Ideologen des revolutionären Bürgerturns darstellen. Dasselbe Motiv fand er auch in einer Arbeit „über die historische Stellung St.-Simons“, die der sowjetische Historiker Viacheslav Petrovich Volgin 1928 im ersten Band des Moskauer „Marx-Engels-Archivs“ veröffentlicht hatte, – keine Rede von Ausbeutung bei Saint Simon, „keine Rede von Aufhebung des Privateigentums, von Expropriation.“ Zu Saint Simons Verständnis von Klassenkampf, das nichts mit dem Antagonismus von Bürgertum und Arbeiterklasse zu tun hatte, sondern sich abstrakt in einem Widerspruch von Arbeitenden und parasitären Rentnern erschöpfte, wollte Benjamin auch einen Aufsatz des „Austromarxisten“ Max Adler lesen. Adler hatte 1911 im *Kampf*, der Theoriezeitschrift der österreichischen Sozialdemokratie, einen Beitrag zum 150. Geburtstag Saint Simons veröffentlicht. (*Pass 713f., 719*)

Mit Lafargues Geschichte der französischen Klassenkämpfe beschrieb Benjamin sowohl die sozialrevolutionäre Linie (um Auguste Blanqui) als auch die diversen sozialharmonischen Richtungen (etwa Louis Blanc Illusion von den „Nationalwerkstätten“), die den Arbeitern Friedlichkeit predigten, – so Proudhon, „einer der Väter der Anarchie und in unseren Tagen zu einer Autorität der offiziellen Nationalökonomie avanciert“: Er „skandalisierte zuerst die gutgesinnten Bourgeois weidlich, indem er das Wort Brissots wiederholte: ‚Das Eigentum ist Diebstahl.‘ Darauf hatte er jedoch die geniale Idee, die Arbeiter zum Striken aufzufordern, nicht etwa um ihre Löhne in die Höhe zu treiben, sondern – um sie herabzusetzen.“ Und zwar im Sinn der „großartigen Logik“ der bürgerlichen Vulgärökonomie, wonach mit sinkenden Löhnen die Preise der Alltags-Konsumgüter um ein mehrfaches billiger würden.

Mit Lafargues „Christlicher Liebestätigkeit“, 1904/05 in der *Neuen Zeit* publiziert, verfolgt Benjamin die Widersprüchlichkeit der Großen Französischen Revolution, die die Frage der Armut übergehen will. Die Armen werden zusam-

mengepfercht, bewacht und bedroht von Truppen, die selbst zu den Bastille-Angreifern im Namen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit gezählt hatten: Die nach dem 14. Juli 1789 gewählte Stadtverwaltung pferchte die plebejischen Massen – an die 18.000 Menschen – „wie wilde Tiere auf dem Hügel Montmartre ein; die Stürmer der Bastille bewachten dort die Arbeiter mit Kanonen, die brennenden Luntten in der Hand [...] Hätte der Krieg nicht die arbeits- und mittellosen Stadtarbeiter und Bauern [...] dem Heere zugeführt und an die Grenzen geworfen, so würde in ganz Frankreich [...] eine Volkerhebung stattgefunden haben.“

Lafargues Geschichte der christlichen Karitas führt Benjamin auch auf die Spur von bürgerlicher Arbeitsdisziplinierung und von kapitalistischer Rationalisierung zwecks Profit-Maximierung: „Der Protestantismus [...] schaffte im Himmel die Heiligen ab, damit man auf Erden ihre Festtage beseitigen konnte. Die Revolution von 1789 verstand ihre Sache noch besser. Die reformierte Religion hatte den Sonntag beibehalten; die revolutionären Bourgeois fanden, ein Ruhetag auf sieben Tage sei zuviel, und setzten daher an Stelle der siebentägigen Woche die zehntägige Dekade.“ Die bürgerliche Wohltätigkeit sollte die Senkung der Löhne tarnen, indem im Weg über minderwertige Beigaben die Arbeiterernährung durch „philanthropische Suppen“ verbilligt wird. (*Pass 868, 877f., 941*)⁴

Für Benjamins Studium der Geschichte der französischen Klassenkämpfe relevant waren ferner *Neue Zeit*-Beiträge, wie jener von Fritz Schulte über Honoré Daumier oder Hermann Wendels Beitrag über den kleinbürgerlich radikalen Schriftsteller Jules Vallès, sowie Franz Diederichs Essays über Victor Hugo bzw. über Emile Zola „als Utopist“: Zola, der von sich erklärt hatte, „eher Anarchist als Sozialist“ zu sein, hat in seiner allenfalls ethischen Hinneigung zum utopischen Sozialismus und zur Arbeiterbewegung versucht, die genossenschaftlichen Anschauungen Fouriers, die auf die „embryonalen Verhältnisse der kapitalistischen Produktion gemünzt sind“, auf die „moderne, ins Riesenhafte gewachsene Form dieser Produktion“ zu übertragen. Ob Benjamin Paul Lafargues 1888 in der *Neuen Zeit* veröffentlichte, bekannte Artikelreihe „über die Legende von Victor Hugo“ benützt hat, ist unklar. (*Pass 224, 773*)⁵

Paul Lafargues 1906 in der *Neuen Zeit* unter dem Titel „Ursache des Gottesglaubens“ angestellte Überlegungen über die

Zusammenhänge zwischen Börse, Spiel, Mystik und „unerforschlicher“ Irrationalität finden sich hingegen unmittelbar in Benjamins „Passagen“-Plan: Das Paris Napoleon III. und Haussmanns „erlebt eine Hochblüte der Spekulation. Das Börsenspiel drängt die aus der feudalen Gesellschaft überkommenen Formen des Hasardspiels zurück. [...] Lafargue erklärt das Spiel als eine Nachbildung der Mysterien der Konjunktur im Kleinen. Die Expropriationen durch Haussmann rufen eine betrügerische Spekulation ins Leben.“ Lafargue hatte den Kapitalismus mit einem „riesigen internationalen Spielhaus“ verglichen, „wo die Bourgeois Kapitalien gewinnen und verlieren infolge von Ereignissen, die ihnen unbekannt bleiben“, und die nicht vorausszusehen und nicht zu berechnen sind, und die vom Glücke, vom Zufall abzuhängen scheinen. „Das ‚Unerforschliche‘ thront in der bürgerlichen Gesellschaft wie in einer Spielhöhle.“ Der einzelne Kapitalist, der sein Vermögen dem Börsenspiel zuzuschreiben hat, reagiert wie der Spieler, der seine Gewinne und Verluste nur dem Glück oder Pech zuschreiben kann. Er ist ein „höchst abergläubisches Wesen. Die Habitués der Spielhöhlen haben immer magische Formeln, um das Schicksal zu beschwören; der eine murmelt ein Gebet zum heiligen Antonius von Padua oder irgend einem anderen Geiste im Himmel, ein anderer setzt nur, wenn eine bestimmte Farbe gewonnen hat, ein dritter hält mit der linken Hand eine Hasenpfote fest usw. Das Unerforschliche sozialer Art umhüllt den Bourgeois, wie das Unerforschliche der Natur den Wilden“ umgeben hatte. (*Pass 56f., 621*)⁶

Mit Georg Plechanows Beiträgen zur *Neuen Zeit* zeichnete Benjamin die anarchisch widersprüchliche, zerstörerische Explosion der bürgerlichen Produktivkräfte – sichtbar in den Trugbildern der Weltausstellungen – und die Ausgrenzung der Arbeiterklasse als „population extérieure“, wie dies schon ein Guizot vor 1848 angedacht, ein Haussmann dann unter dem bonapartistischen Regime umgesetzt hat, nach. (*Pass 202, 244, 741*)⁷

3. Franz Mehring über die Pariser Kommune und das „Kommunistische Manifest“

Im Mai 1935 hat Benjamin Alfred Cohn berichtet, dass er eine „vorbildliche Ausstellung von Bildern und Dokumenten zur Pariser Kommune“ besucht und „aus deren Studium viel gelernt“ hat. Die Ausstellung war von einer Pariser Sektion der kommunistischen Partei or-

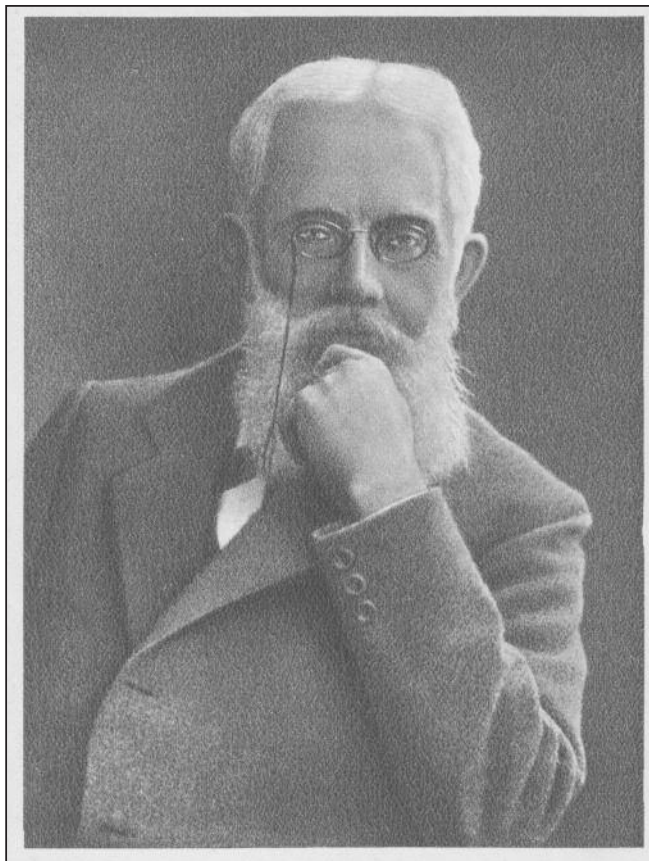
ganisiert worden, wie Benjamin auch in den „Passagen“-Konvoluten festhält. (*WB-Briefe V, 104–107, Pass 951f.*)

Neben den Beiträgen von Marx und Engels zum „Bürgerkrieg in Frankreich“ 1870/71 nützte Benjamin Franz Mehrings Gedenkartikel in Erinnerung an die Kommune – 1896, also fünfundzwanzig Jahre nach deren Proklamation und Niederlage in der *Neuen Zeit* veröffentlicht. Mit Mehring kommt er zur Einschätzung, dass die Kommune, die „sich durchaus als Erbin von 1793“ fühlte, die Illusion, in der Linie der bürgerlichen Revolutionen seit 1789 zu stehen, ja diese zu vollenden, noch nicht überwunden hatte. Erst mit der Niederlage der Kommune ist der Mythos der bürgerlichen Revolution mit seiner Verklärung von Helden- und Märtyrertum gefallen. Alle Selbsttäuschungen von Konspiration und isoliertem Verschwörertum, vom heroischen Barrikadenkampf sind nach der blutigen Liquidierung der Kommune, der „die feste Organisation des Proletariats als Klasse“ gefehlt hatte, zusammengebrochen. So wie an das „Manifest der Kommunistischen Partei“ sind an die Kommune wichtige Lehren für die Strategie des Proletariats geknüpft, nämlich die Einsicht in die Notwendigkeit der geschichtlichen Entwicklung (des Kapitalismus), die Einsicht, dass die Arbeiterklasse erst massenhaft fest organisiert sein muss. Dementsprechend exzerpierte Benjamin für das „Passagen“-Projekt folgenden Absatz aus Mehrings Erinnerung an die Pariser Kommune vollständig: „Mit dem Falle der Kommune sind auch die letzten Überlieferungen der alten revolutionären Legende für immer gefallen; keine Gunst der Umstände, kein Heldenmuth, kein Märtyrertum kann die klare Einsicht des Proletariats in den Gang der historischen Entwicklung, in die unerlässlichen Bedingungen seiner Emanzipation ersetzen. Was für Revolutionen gilt, die von Minoritäten und im Interesse von Minoritäten durchgeführt werden, das gilt eben deshalb nicht von der proletarischen Revolution, die, sobald ihre historischen Voraussetzungen gegeben sind, von der großen Mehrheit und im Interesse der großen Mehrheit gemacht wird. In der Geschichte der Kommune werden die Keime dieser Revolution noch überwuchert von den Schlingpflanzen, die aus der bürgerlichen Revolution des achtzehnten Jahrhunderts in die revolutionäre Arbeiterbewegung des neunzehnten Jahrhunderts hinübergewuchert waren. In der Kommune fehlte die feste Organisation des Proletariats als Klasse und die prinzipielle Klarheit über

seinen weltgeschichtlichen Beruf; hieran musste sie unterliegen, und hieran wäre sie auch dann unterlegen, wenn die Gunst der äußeren Umstände durchweg auf ihrer Seite gewesen wäre.“ (*Pass 949f.*)⁸

Die Sichtweise Franz Mehrings floss 1935/36 auch in Benjamins „Passagen“-Exposé ein, ergänzt um die Einsicht, dass sich das Proletariat oft sozialpazifistischen Täuschungen hingegeben hatte, während die Bourgeoisie früh den offenen Klassenhass, den Klassenkrieg – wenn auch durch perfide Philanthropie gedeckt – verinnerlicht hatte: „Wie das kommunistische Manifest die

Epoche der Berufsverschwörer beendet, so macht die Kommune mit der Phantasmagorie ein Ende, die die Frühzeit des Proletariats beherrscht. Durch sie wird der Schein zerstreut, dass es Aufgabe der proletarischen Revolution sei, Hand in Hand mit der Bourgeoisie das Werk von 1789 zu vollenden. Diese Illusion beherrscht die Zeit von 1831 bis 1871, vom Lyoner Aufstand bis zur Kommune. Die Bourgeoisie hat nie diesen Irrtum geteilt. Ihr Kampf gegen die gesellschaftlichen Rechte des Proletariats beginnt schon in der großen Revolution und fällt mit der philanthropischen Bewegung zusammen, die ihn verdeckt und die unter Napoleon III. ihre bedeutendste Entfaltung erfährt. Unter ihm entsteht das Monumentalwerk der Richtung: *Le Play's 'Ouvriers européens'*. Neben der gedeckten Stellung der Philanthropie hat die Bourgeoisie jederzeit die offene des Klassenkampfes bezogen. Schon 1831 erkennt sie im *Journal des Débats*: ‚Jeder Fabrikant lebt in seiner Fabrik wie die Plantagenbesitzer unter ihren Sklaven.‘ Ist es das Unheil der alten Arbeiteraufstände, dass keine Theorie der Revolution ihnen den Weg weist, so ist es auf der andern Seite auch die Bedingung der unmittelbaren Kraft und des Enthusiasmus, mit dem sie die Herstellung einer neuen Gesellschaft in Angriff nehmen. Dieser Enthusiasmus, der seinen Höhepunkt in der Kommune



Franz Mehring (1846–1919)

erreicht, gewinnt der Arbeiterschaft zeitweise die besten Elemente der Bourgeoisie, führt sie aber dazu, am Ende ihren schlechtesten zu unterliegen. Rimbaud und Courbet bekennen sich zur Kommune. Der Brand von Paris ist der würdige Abschluss von Haussmanns Zerstörungswerk.“ (*Pass 58*) Das Motiv vom Kapitalisten als einem brutalen Sklavenherrscher auf den Baumwollplantagen entnahm Benjamin aus einer Studie des sowjetischen Historikers Evgenij Tarlé (1875–1955), der 1927 den Aufstand der Lyoner Seidenarbeiter von 1831 als einen „Krieg der Armen gegen die Reichen“ geschildert hatte. (*Pass 864f.*)⁹

Zwei Jahre später wollte Franz Mehring 1897/98 in einem Erinnerungsartikel den „historischen Ort“ des „Manifests der Kommunistischen Partei“ festlegen: Das „Manifest“ sei der klare theoretische Schlusspunkt einer ersten revolutionären Formierung der Arbeiterklasse im Zeichen der noch anstehenden bürgerlichen Revolution von 1848 und einer erst frühen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Es sei unter den illegalen Organisationsformen der Konspiration, der Geheimbündelei, des Verschwörertums entstanden. Wegen noch fehlender Voraussetzungen für die sozialistische Revolution, aber angesichts einer Unzahl hervorragender, wenngleich widersprüchlicher, oft not-

wendig sektiererischer Theoretiker der Befreiung der Arbeit – wie Weitling und Eccarius, Proudhon oder Leroux – sei in den Debatten des Bundes der Kommunisten in den 1840er Jahren deutsche hegelianische Philosophie, französischer (utopischer) radikaler Sozialismus und klassisch bürgerliche englische Nationalökonomie zu revolutionär proletarischer Theorie zusammengefloßen.

Das „Manifest“ und der Bund der Kommunisten gerieten – so Mehring – nicht zufällig in Vergessenheit, wie Karl Marx selbst im „Anti-Vogt“ 1860 von diesen „halb vergessenen und längst verschollenen Geschichten“ sprechend resümiert hat. Marx hat daran nur erinnert, um die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung und damit ihre Zukunft vor den Verleumdungen des bonapartistischen Agenten Karl Vogt, die dieser „unter dem lebhaften Beifall des deutschen Philisters“ vorgebracht hatte, zu schützen. Die nach einer zehnjährigen gegenrevolutionären Repressionsperiode wieder neu entstandenen Arbeitervereine konnten etwa im Jahr der Gründung des *Allgemeinen deutschen Arbeitervereins* (ADAV) 1863 oder der Internationalen Arbeiterassoziation 1864 das „Manifest“ – zu dieser Zeit nur mehr „Raritäten-sammlern“ bekannt oder aus der preußischen Verfolgung des Kommunistenbundes Anfang der 1850er Jahre, also durch das „jämmerliche Machwerk des Spitzels Stieber“ in Erinnerung – gar nicht verstehen. Dies war erst wieder nach der Pariser Kommune möglich, als das „Manifest“ seinen eigentlichen Siegeszug – in Millionenaufgabe und vielen Sprachen – unter der Voraussetzung sozialistischer Massenorganisationen antreten sollte, nachdem Marx und Engels als Lehre aus der zerschlagenen Kommune eine einzige Änderung am „Manifest“ angebracht hatten: die Diktatur des Proletariats, wonach die bürgerliche Staatsmaschine von den Arbeitern nicht zu übernehmen, sondern zu zerschlagen ist.

Walter Benjamin notierte sich dementsprechend für das „Passagen-Werk“ aus Mehrings „Gedenktag des Kommunismus“: „Man versteht die Geschichte des Kommunistischen Manifestes schlecht, wenn man von seinem Erscheinen die europäische Arbeiterbewegung datiert. Das Manifest war vielmehr der Schluss ihrer ersten Periode, die von der Julirevolution [1830] bis zur Februarrevolution [1848] reichte. Die Arbeiterbewegung der dreißiger und vierziger Jahre konnte nicht zum Ziele gelangen, weil die Vorbedingungen des proletarischen Emanzi-

pationskampfs fehlten. Die kapitalistische Produktionsweise war erst im aufsteigenden Aste ihrer Entwicklung und noch weit davon entfernt, die Nothwendigkeit ihres Untergangs so sinnfällig zu demonstrieren, dass die Arbeiter wirksam in diesen Prozess eingreifen konnten. Das Höchste, wozu sie gelangen konnten, war theoretische Klarheit, und es ist kein Zufall, dass die Arbeiterbewegung jener Jahrzehnte ungleich größere Theoretiker hervorgebracht hat, als die Arbeiterbewegung seit 1862, die über und über mit praktischen Aufgaben belastet ist. Es braucht nur an die Deutschen Weitling und Eccarius, an die Franzosen Proudhon und Leroux erinnert zu werden, und wie energisch im Bunde der Kommunisten Theorie getrieben wurde, schildert Marx selbst in den eben zitierten Zeilen [aus dem „Anti-Vogt“ (*MEW* 14, 438–440)]. Ein geheimer Arbeiterbund, der Jahre lang den damaligen englisch-französischen Sozialismus und die damalige deutsche Philosophie geistig theilnehmend begleiten konnte, entfaltete eine Energie des Denkens, die nur den höchsten Respekt erwecken kann.“ (*Pass* 750)¹⁰

4. Walter Benjamins Blanqui-Studium. „Spartacus“ gegen Sozialdemokratie

Auguste Blanqui ist für Benjamin vor allem der proletarische Revolutionär im Paris des Frühjahr 1848 schlechthin. Benjamin beschreibt an Hand von Karl Marx' „Klassenkämpfen in Frankreich“, wie Blanqui im April und Mai 1848 ohne Erfolg versucht, die Arbeiter aus ihren Träumen von allgemeiner Klassenversöhnung zu reißen, jene Proletarier, die ständig provoziert werden, um einen Vorwand dafür zu haben, das Militär der „Ordnung“ wieder nach Paris holen zu können. Benjamin beschreibt, wie Blanqui und seine Kampfgenossen, also mit ihnen die einzige Partei der revolutionären Roten Fahne unter dem Schlachtruf: „Nieder mit den Kommunisten!“ zurückgedrängt wird. (*Pass* 452, nach *MEW* 8, 121 – auch *Pass* 925f, nach *MEW* 7, 28f.)¹¹

Benjamin interessiert sich aber auch für jenen alten Auguste Blanqui, den die Pariser Kommune im Frühjahr 1871 vergeblich im Tausch gegen den Pariser Erzbischof zu befreien versuchte, und der nach der Niederlage der Kommune im Gefängnis auf den ersten Blick politisch zu resignieren schien, indem er sich scheinbar in kosmologische Spekulationen flüchtete, die Benjamin an Nietzsches Mythologie von „der ewigen Wiederkunft“ – und zwar „zehn Jahre vor

dem ‚Zarathustra‘“ – erinnerte: eine Geschichte ohne jeden Sinn für Fortschritt. (*auch Pass* 173, 1257) An Max Horkheimer schreibt Benjamin im Jänner 1938 über Blanquis „L'Éternité par les astres“: „Es ist zuzugeben, dass die Schrift beim ersten Blättern sich abgeschmackt und banal anläßt. Indessen sind die unbeholfenen Überlegungen eines Autodidakten, die ihren Hauptteil ausmachen, nur die Vorbereitung einer Spekulation über das Universum, deren man von niemandem weniger als von diesem großen Revolutionär sich versehen würde. Wenn die Hölle ein theologischer Gegenstand ist, kann man diese Spekulation eine theologische nennen. Die Weltansicht, die Blanqui in ihr entwirft, indem er der mechanistischen Naturwissenschaft seine Daten entnimmt, ist in der Tat eine infernalische – ist zugleich in der Gestalt einer naturalen das Komplement der gesellschaftlichen Ordnung, die Blanqui an seinem Lebensabend als Sieger über sich erkennen musste. Das Erschütternde ist, dass diesem Entwurf jede Ironie fehlt. Er stellt eine vorbehaltlose Unterwerfung dar, zugleich aber die furchtbarste Anklage gegen eine Gesellschaft, die dieses Bild des Kosmos als ihre Projektion an den Himmel wirft.“ (*WB-Briefe* VI, 9f.)

Blanquis Spätschrift, die „dem revolutionären Elan des Verfassers das furchtbarste Dementi“ zu erteilen schien, wurde von Benjamin in den „Passagen“ so beurteilt: „Blanqui unterwirft sich der bürgerlichen Gesellschaft. Aber es ist ein Kniefall von solcher Gewalt, dass ihr Thron darüber ins Wanken kommt.“ (*Pass* 168f.)

Der geschlagene, oft zögerliche, sich im Vorfeld der Pariser Kommune im Februar 1871 zurückziehende Revolutionär Blanqui, der in seiner pessimistisch, abgegriffen müden Metaphysik über das Universum jeden Fortschrittsoptimismus verspottet, bleibt für Benjamin gerade wegen dieser „hoffnungslosen Resignation“ (*Pass* 1257) der ungebrochene Klassenkämpfer, der sich den Hass auf das Bürgertum bewahrt, und an die Stelle von billigem Fortschrittsglauben revolutionäre Entschlossenheit stellt: „Blanqui zeigte in ‚l'éternité par les astres‘ keinen Hass gegen den Fortschrittsglauben, überschüttet ihn aber im Stillen mit seinem Hohn. Es ist keineswegs ausgemacht, dass er damit seinem politischen Credo untreu wird. Die Aktivität des Berufsrevolutionärs, der Blanqui gewesen ist, setzt nicht den Glauben an den Fortschritt sondern nur die *Entschlossenheit*, mit dem derzeitigen Unrecht aufzuräumen, voraus. Der unersetzliche politische Wert

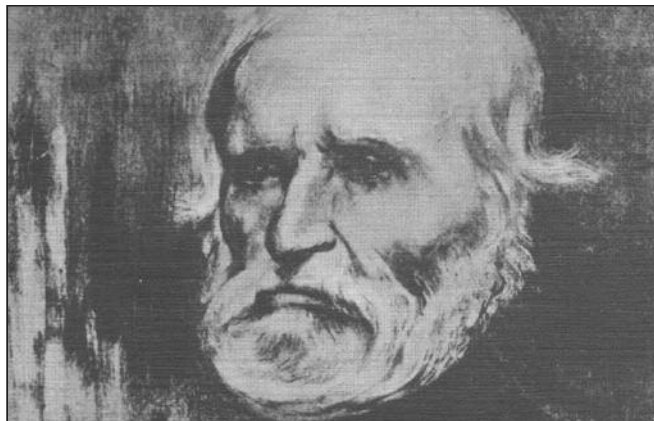
des Klassenhasses besteht gerade darin, die revolutionäre Klasse mit einer gesunden Indifferenz gegen die Spekulationen über den Fortschritt auszustatten. In der Tat ist es ebenso menschenwürdig aus Empörung gegen das herrschende Unrecht aufzustehen als um das Dasein der Nachkommen zu verbessern. Es ist ebenso menschenwürdig; es sieht außerdem dem Menschen auch ähnlicher. Hand in Hand mit dieser Empörung wird die Entschlossenheit gehen, die Menschheit aus der jeweils ihr drohenden Katastrophe in letzter Stunde herauszureißen. Das war Blanquis Fall. Er hat sich immer geweigert Pläne für das zu entwerfen, was ‚später‘ kommt.“ (*Pass* 428)

Nicht zufällig ist Auguste Blanqui und mit ihm die Spartakus-Tradition allgemein – später auch die Spartakus-Gruppe der deutschen Revolution von 1918/19 im Besonderen – aus der sozialdemokratischen Tradition verdrängt worden. Der Sozialdemokratie war nämlich jede „*eristische Dialektik*, die nach Hegels Definition ‚in die Kraft des Gegners eingeht, um ihn von innen her zu vernichten‘“, abhanden gekommen. (*WBGs II/2*, 481) Sie wurde – so Benjamin in der zwölften nachgelassenen These über die Geschichte – zu einer sozialfriedlichen Kleinbürgerpartei, die das „rächende“ Erbe von Spartakus/Blanqui zugunsten eines spießbürgerlichen Ideals von den Enkeln, die es einmal „besser haben“ sollen, wandelt: „Das Subjekt historischer Erkenntnis ist die kämpfende, unterdrückte Klasse selbst. Bei Marx tritt sie als die letzte geknechtete, als die rächende Klasse auf, die das Werk der Befreiung im Namen von Generationen Geschlagener zu Ende führt. Dieses Bewusstsein, das für kurze Zeit im ‚Spartacus‘ [1916–1919] noch einmal zur Geltung gekommen ist, war der Sozialdemokratie von jeher anstößig. Im Lauf von drei Jahrzehnten gelang es ihr, den Namen eines Blanqui fast auszulöschen, dessen Erzklänge das vorige Jahrhundert erschüttert hat. Sie gefiel sich darin, der Arbeiterklasse die Rolle einer Erlöserin künftiger Generationen zuzuspielen. Sie durchschnitt ihr damit die Sehne der besten Kraft. Die Klasse verlernte in dieser Schule gleich sehr den Hass wie den Opferwillen. Denn beide nähren sich an dem Bild der geknechteten Vorfahren, nicht am Ideal der befreiten Enkel.“ (*WBGs I/2*, 700)¹²

An die Stelle von entschlossenem Klassenhass tritt ein blind abwartender Glaube an einen evolutionär fortschreitenden Geschichtsautomatismus in Richtung des Sozialismus. Angelehnt an die

Bilder der Biologie, des Darwinismus wandelte sich der Historische Materialismus in einen passiven Geschichtsattentismus: „Es ist bekannt, wie tief die Wirkung des Darwinismus auf die Entwicklung der sozialistischen Geschichtsauffassung gewesen ist. In der Zeit der Verfolgung durch Bismarck kam

diese Wirkung der ungebrochenen Zuversicht der Partei und der Entschiedenheit ihres Kampfes zugute.“ Was Benjamin im „Fuchs-Artikel“ als Vorteil unter illegalen Kampfbedingungen einschätzt, wird nach 1890 zur reformistischen Legitimationsideologie: „Später, im Revisionismus, bürdete die evolutionistische Geschichtsbetrachtung um so mehr der ‚Entwicklung‘ auf, je weniger die Partei das Errungene im Einsatz gegen den Kapitalismus aufs Spiel setzen wollte. Die Geschichte nahm deterministische Züge an; der Sieg der Partei ‚konnte nicht ausbleiben‘. [...] Damals führte ein Mann wie [Enrico] Ferri nicht nur die Prinzipien, sondern auch die Taktik der Sozialdemokratie auf Naturgesetze zurück.“ Viele Parteiideologen fanden „ihr Genüge an Thesen, die die geschichtlichen Vorgänge nach ‚physiologischen‘ und ‚pathologischen‘ sonderten oder aber den naturwissenschaftlichen Materialismus in den Händen des Proletariats ‚selbsttätig‘ zum historischen erhoben zu sehen meinten.“ Die wenigen Einwendungen gegen einen derartig korrumpierenden Fortschrittsbegriff hielt Benjamin, der dazu unter anderem Karl Kautskys „Darwinismus und Marxismus“ (1895 in der *Neuen Zeit* erschienen) studierte, für allenfalls halbherzig: Kautsky, der später selber zu einer evolutionistischen Betrachtung des Histomat beitragen sollte, klagte etwa immerhin gegen Enrico Ferris Versuch, geradezu im Sinn Eugen Dühring'scher „ewiger Wahrheiten“ Marx und Darwin in Einklang zu bringen. Gegen den von Loria oder Lombroso beeinflussten Enrico Ferri merkt Kautsky 1895 an: „Die Nothwendigkeit des Sozialismus nicht durch bestimmte historische Bedingungen, sondern durch ein Naturgesetz beweisen zu wollen, heißt alles Andere, nur nicht marxistisch denken.“ Der Versuch Ferris, mittels biologischer Gesetzmäßigkeiten die Nothwendigkeit des Sozialismus zu belegen,



Auguste Blanqui (1805–1881)

weist Kautsky zurück. Mit der Evolutionstheorie würden nämlich Vulgär-Darwinisten unter Berufung auf den „Kampf ums Dasein“ auch das Gegenteil, also die Aussichtslosigkeit des Sozialismus beweisen wollen. Enrico Ferris in „*Socialismo e Scienza Positiva*“ (Rom 1894) aufgestellte Thesen, wonach Karl Marx „der Vollender der von Darwin und Spencer ausgehenden wissenschaftlichen Revolution“ sei, sind unhaltbar, ebenso wie jene, wonach der Darwinismus „eine der grundlegendsten wissenschaftlichen Unterlagen des Sozialismus“ wäre, und dass deshalb Marx das Verdienst trifft, „die Konsequenzen der modernen Naturwissenschaft auf die politische Ökonomie angewendet zu haben“, bzw. dass „der marxistische Sozialismus eine Weiterführung der naturwissenschaftlichen Denkweise“ sein soll. (*WBGs II/2*, 487f.)¹³

Ein Konvolut des „Passagenwerks“ widmete Benjamin der Kritik des bürgerlichen, nur zu oft von der Sozialdemokratie adaptierten Fortschrittsbegriffs. Turgot, Jochmann, Hermann Lotze oder Georg Simmel exzerpierend folgert Benjamin: „Der Begriff des Fortschritts dürfte im 19ten Jahrhundert, als das Bürgertum seine Machtpositionen erobert hatte, die kritischen Funktionen, die ihm ursprünglich eigneten, mehr und mehr eingebüßt haben. (Die Lehre von der natürlichen Zuchtwahl hat in diesem Prozeß eine entscheidende Bedeutung gehabt; an ihr ist die Meinung groß geworden, der Fortschritt vollziehe sich automatisch. [...]) Bei Turgot hatte der Fortschrittsbegriff noch kritische Funktionen. Er ermöglichte es vor allem die Aufmerksamkeit der Menschen auf rückläufige Bewegungen in der Geschichte zu lenken.“ (*Pass* 596)

Ein linear leichtgläubiger, von jeder dialektischen Widersprüchlichkeit, von jedem Blick für die destruktiv barbarischen Geschichtskräfte freier Fortschrittsbegriff – so wie er nach Benjamins Auf-

fassung etwa von Josef Dietzgen vorge-
tragen wurde, hat dazu beigetragen, dass
die Sozialdemokratie zur opportunisti-
schen Reformpartei, die sich von allem
Klassenkampf freigestellt glaubte, wurde:
„Wird doch unsere Sache alle Tage klarer
und das Volk alle Tage klüger.“ (Josef
Dietzgen, Sozialdemokratische Philoso-
phie). [...] Der Fortschritt, wie er sich in
den Köpfen der Sozialdemokratie malte,
war, einmal, ein Fortschritt der Mensch-
heit selbst (nicht nur ihrer Fertigkeiten
und Kenntnisse). Er war, zweitens, ein
unabschließbarer (einer unendlichen Per-
fektibilität der Menschheit entsprechen-
der). Er galt, drittens, als ein wesentlich
unaufhaltsamer (als ein selbsttätig eine
grade oder spiralförmige Bahn durchlau-
fender).“ Nichts hat nach Benjamins
Blick auf die Geschichte der deutschen
Arbeiterbewegung das Proletariat so
demoralisiert wie die Auffassung, „sie
schwimme mit dem Strom“. Für Benja-
min war dies „eine Ursache des späteren
Zusammenbruchs“ von 1914 oder 1933.

Dazu passt ein naiv optimistischer Be-
griff von einer grenzenlos ausbeutbaren
Natur, der sich unheilvoll von jenem der
utopischen Sozialisten (den „Phantaste-
reien“ eines Fourier) abhebt, und ein an
die kalvinistische Ethik angelehnter ver-
klärter Arbeitsbegriff, der das Lohnkla-
vereiverhältnis nicht mehr revolutionär
überwinden will, sondern „die Arbeit“
sozial anheben, „verbessern“ will. Gegen
diesen „Konformismus, der von Anfang
an in der Sozialdemokratie heimisch ge-
wesen ist“, hatten Marx und Engels
schon 1875 in unterschlagenen Rand-
glossen zum Gothaer Programm prote-
stiert: „Die alte protestantische Werkmo-
ral feierte in säkularisierter Gestalt bei
den deutschen Arbeitern ihre Auferste-
hung. Das Gothaer Programm trägt be-
reits die Spuren dieser Verwirrung an
sich. Es definierte die Arbeit als die
,Quelle alles Reichtums und aller Kul-
tur‘. Böses ahnend, entgegnete Marx
darauf, dass der Mensch, der kein ande-
res Eigentum besitze als seine Arbeits-
kraft, ‚der Sklave der andern Menschen
sein muss, die sich zu Eigentümern [...]
gemacht haben‘. [MEW 19, 15] Unbe-
schadet dessen greift die Konfusion wei-
ter um sich, und bald darauf verkündet
Josef Dietzgen: ‚Arbeit heißt der Heiland
der neueren Zeit. In der [...] Verbesse-
rung [...] der Arbeit [...] besteht der
Reichtum, der jetzt vollbringen kann, was
bisher kein Erlöser vollbracht hat.‘ Dieser
vulgärmarxistische Begriff von dem, was
die Arbeit ist, hält sich bei der Frage nicht
lange auf, wie ihr Produkt den Arbeitern

selber anschlügt, solange sie nicht darü-
ber verfügen können. Er will nur die
Fortschritte der Naturbeherrschung, nicht
die Rückschritte der Gesellschaft wahr
haben.“ (WBGS I/2, 697–701)

Auch die neukantisch idealistische
Schulphilosophie verwandelte die Frage
nach der Aktualität der Revolution und
der klassenlosen Gesellschaft in eine
gemütliche „regulative Idee“. Der ethi-
sche Sozialismus der Neukantianer war
nach dem Fall des Sozialistenverbots
1890 einflussreich: „Marx hat in der
Vorstellung der klassenlosen Gesell-
schaft die Vorstellung der messianischen
Zeit säkularisiert. Und das war gut so.
Das Unheil setzt damit ein, dass die So-
zialdemokratie diese Vorstellung zum
,Ideal‘ erhob. Das Ideal wurde in der
neukantischen Lehre als die ‚unendliche
Aufgabe‘ definiert. Und diese Lehre war
die Schulphilosophie der sozialdemokra-
tischen Partei – von Schmidt und Stadler
bis zu Natorp und Vorländer. War die
klassenlose Gesellschaft erst einmal als
unendliche Aufgabe definiert, so ver-
wandelte sich die leere und homogene
Zeit sozusagen in ein Vorzimmer, in dem
man mit mehr oder weniger Gelassenheit
auf den Eintritt der revolutionären Situa-
tion warten konnte.“ (Die so genannten
Thesen „über den Begriff der Geschich-
te“ sind seit 2010 auch im Band 19 der
historisch-kritischen Benjamin-Ausgabe,
hier Seite 42 zugänglich!)

Schlussendlich vergaß die deutsche
Sozialdemokratie legalistisch, parlamen-
tarisch, klassenfriedlich orientiert auf
den „Ausnahmestand“, wie Benjamin
im formal analogen Anklang an Carl
Schmitt, den Vordenker der militanten
Rechten, formulierte. Folglich versagte
sie in der Abwehr des NS-Faschismus:
„Die Tradition der Unterdrückten belehrt
uns darüber, dass der ‚Ausnahmest-
and‘, in dem wir leben, die Regel ist.“
Durch diese Einsicht „wird unsere Posi-
tion im Kampf gegen den Faschismus
sich verbessern. Dessen Chance besteht
nicht zuletzt darin, dass die Gegner ihm
im Namen des Fortschritts als einer his-
torischen Norm begegnen“ und hilflos,
naiv erstaunt sind, dass diese Barbarei
„im zwanzigsten Jahrhundert ‚noch‘
möglich“ war. (WBGS I/2, 697)

5. Eduard Fuchs. Revolutionärer Sozialist mit bürgerlich-radika- lem Fortschrittsideal?¹⁴

Unter diesen Vorzeichen war Benjamin
schon kurz nach der Flucht nach Frank-
reich 1933 auch an die Arbeit über den
sozialistischen Kunstsammler und Kul-

turhistoriker Eduard Fuchs, der in den
Jahren des Sozialistenverbots zur Partei
gekommen war, heran gegangen. Walter
Benjamin berichtet nach einer Pariser Be-
gegnung mit Fuchs im Juli 1935 an Max
Horkheimer: „Bei meinem letzten Zusam-
mensein mit ihm habe ich mir vielerlei In-
teressantes aus seinen Anfängen unter
dem Sozialistengesetz erzählen lassen.“
Fuchs galt Benjamin als ein „achtungge-
bietender Typ, nach dem man sich einen
Begriff von den Männern bilden kann, die
zur Zeit des Sozialistengesetzes Sozialde-
mokraten waren“, wie er Ende 1933 an
Gershom Scholem schreiben sollte.

Der 1870 geborene Eduard Fuchs galt
Benjamin aber nicht nur als „Pionier der
materialistischen Kunstbetrachtung“,
sondern auch als ein Symptom für die
Entwicklung der Sozialdemokratie hin
zur „Burgfriedens“-Kapitulation von
1914, wiewohl der 1933 aus Deutsch-
land geflüchtete Fuchs nie gemeinsame
Sache mit dem reformistischen Parteiflü-
gel gemacht hatte. An Alfred Cohn
schreibt Benjamin im September 1935:
„Interessant ist für unsere Betrachtungs-
weise beinahe allein, wie sich hier im
wissenschaftlichen Habitus eines Cham-
pions aus der Frühzeit der deutschen So-
zialdemokratie das gesamte spätere déb-
acle der Partei schon erkennen lässt.“
(WB-Briefe IV, 316f. und V, 125, 165)

Benjamin hält fest, dass Fuchs „dem Re-
visionismus stets ferngestanden“ hat: Sein
„politischer Instinkt, sein martialisches Na-
turell führten ihn auf den linken Flügel“.

Als Theoretiker habe er sich aber auch
oft einem passiv optimistischen Glauben
an den automatisch heraufziehenden So-
zialismus hingegeben. Die Geschichte
hat auch für Fuchs zweckbestimmt finale
Züge angenommen, sodass „der Sieg der
Partei ‚nicht ausbleiben‘ konnte“. Wie
ein Franz Mehring stand Fuchs politisch
seit den Tagen des Reformismusstreits
knapp vor 1900 den Parteilinken nahe.
Später arbeitete Fuchs gleich Mehring –
am proletarischen Internationalismus
festhaltend – mit der *Spartakus*-Gruppe
um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
zusammen. Aber so wie Mehring stets
von bürgerlicher Ästhetik beein-
flusst blieb, so konnte sich auch Fuchs
als Theoretiker dem bürgerlich aufkläre-
rischen Fortschrittsideal in der Linie der
Französischen Revolution von 1789
nicht entziehen. Georg Lukács erklärte
dies 1933 damit, dass Mehring aus bür-
gerlichen, teils antisozialistischen intel-
lektuellen Jugendtagen her in theoretischer
Hinsicht idealistischer „Lassallea-
ner“ geblieben ist, auch zu jener späten

Zeit, als er ein den Bernsteinschen „Revisionismus“ und den Kautskyschen „Zentrismus“ verachtender radikaler Linker geworden war. Wenn Lukács meint, dass Mehring einen „Salto mortale“ von manchmal opportunistischen Theorieelementen zu einer revolutionären politischen Praxis vollzogen hat, so gilt dies auch für Fuchs.¹⁵

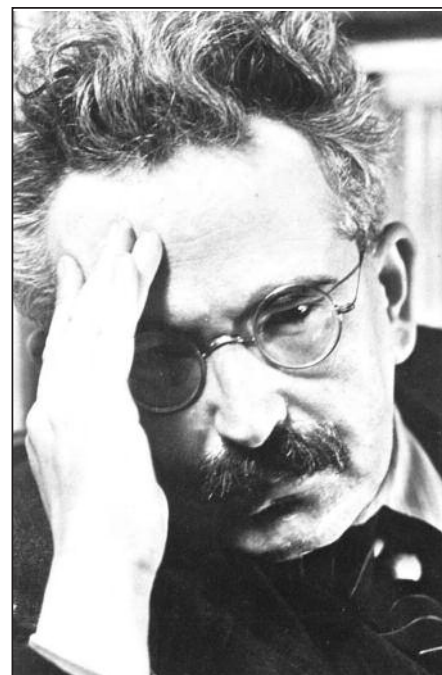
Den in der deutschen Sozialdemokratie seit Ferdinand Lassalles oder Wilhelm Liebknechts Tagen weit verbreiteten bürgerlich demokratischen, republikanischen Illusionen, etwa im Sinn eines Condorcet'schen Fortschrittideals, konnte sich der „Sittenhistoriker“ Fuchs nie entziehen. Den notwendigen theoretischen Bruch eines Sozialisten mit den bürgerlichen Revolutionsidealen hat auch Fuchs nie konsequent vollzogen, so Benjamin: „Das Pathos, das die Geschichtsauffassung von Fuchs durchzieht, ist das demokratische Pathos von 1830. [...] Die Geschichtsauffassung von Fuchs ist die von [Victor] Hugo im ‚William Shakespeare‘ gefeierte: ‚Der Fortschritt ist der Schritt Gottes selbst.‘ Und das allgemeine Stimmrecht erscheint als die Weltenuhr, nach der das Tempo dieser Schritte bemessen wird.“ (WBGS II/2, 488f.)

Die proletarische Revolution hat Fuchs immer in der heroischen Linie des bürgerlichen Revolutionszyklus von 1789 bis 1848 gesehen. Fuchs hat sich nach Benjamin – stellvertretend für breite Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914 – stets in den Bahnen eines radikalen bürgerlichen Moralismus, den er gutgläubig eingeklagt hat, bewegt. Fuchs' jakobinischer Moralismus, der ihn eben verleitete, die sozialistische Revolution in illusionärer Weise in der Erbelinie des fortschrittlichen Bürgertums zu denken, versuchte dementsprechend, eine „moralistische Geschichtsbetrachtung“ mit dem historischen Materialismus zu harmonisieren. Wie Mehring belastet Fuchs die materialistische Geschichtsauffassung mit psychologischen Begriffen von subjektiver Ehrlichkeit und gutem Willen, indem er der bürgerlichen Moral und Anthropologie vorab einmal gutgläubig gegenübertritt bzw. dieser guten Glauben und Willen unterstellt, nicht erkennend, dass sich hinter aller im Zeichen von „Gewissen“ und (kalvinistisch puritanischer) „Innerlichkeit“ stehenden bürgerlichen Moral- und Menschenrechtsvorstellung von Anfang an – also schon im „Robbespierrischen citoyen“ oder im „Kantischen Weltbürger“ – notwendig die kapitalistische Ausbeutung verbirgt. Fuchs erkennt nicht, dass die

bürgerliche „Tugend“ objektiv notwendig „Klassenmoral“ ist: „Diesem Tatbestand wird Fuchs nicht gerecht, weil er glaubt, seine Angriffe gegen das Gewissen der Bourgeoisie richten zu müssen. Ihre Ideologie erscheint ihm als Ränkespiel. ‚Das salbadernde Geschwätz‘, sagt er, ‚das auch angesichts der schamlosesten Klassenurteile von der subjektiven Ehrlichkeit der betreffenden Richter fasselt, beweist nur die eigene Charakterlosigkeit derer, die so reden oder schreiben, im besten Fall deren Borniertheit.‘ Auf den Gedanken, dem Begriff der bona fides (des guten Gewissens) selbst den Prozess zu machen, kommt Fuchs nicht. Und doch wird das dem historischen Materialisten naheliegen. Nicht nur, weil er in diesem Begriff einen Träger der bürgerlichen Klassenmoral erkennt, sondern auch weil ihm nicht entgehen wird, dass dieser Begriff die Solidarität der moralischen Unordnung mit der ökonomischen Planlosigkeit befördert.“ (WBGS II/2, 493f.) Diesen Prozess hat für Benjamin etwa ein Max Horkheimer 1935 mit einem Aufsatz über „Egoismus und Freiheitsbewegung. Zur Anthropologie des bürgerlichen Zeitalters“ (in: *Zeitschrift für Sozialforschung* 5, 161–234, hier im folgenden 176, 209) nachgeholt, indem Horkheimer belegte, dass die bürgerlichen Menschheits- und Konkurrenzideale bis hin zu den Jakobinern das als unaufhebbar geltende Elend der Massen, der Plebejer notwendig mitgedacht haben. Selbst die radikal republikanischen Revolutionäre von 1793/94, die Montagnards, wollten die „übergroße Ungleichheit der Vermögen“, also den Hunger, den Brotmangel der Pariser Sansculotten, ohne die geringste Änderung an der „individualistischen“ Eigentumsordnung unter konsequentem Festhalten am Rousseau'schen „Lob des Eigentums“ bekämpfen. Ein Widerspruch, der den Sturz der jakobinischen Wohlfahrtsdiktatur herbeiführte: „Die bürgerliche Revolution führte die Massen nicht in den dauerhaften Zustand einer freudvollen Existenz und allgemeinen Gleichheit, nach der sie verlangten, sondern in die harte Realität der individualistischen Gesellschaftsordnung.“

6. Debatten über eine sozialistische Literatur- und Kunsttheorie in der „Neuen Zeit“

Die Anfänge einer sozialistischen Literatur in England (Shelley, Byron „als soziale Dichter“), vor allem aber im französischen Umfeld des Saint-Simonismus (u.a. Sainte-Beuve), schwankend zwischen industrieller Fortschrittsmetaphy-



Walter Benjamin (1892–1940)

sik, utopischen Genossenschaftsidealen, religiöser Mystik, sozialer Kritik an parasitärem Müßiggang und hehren Appellen zur Bekämpfung des Massenelends, die gesellschaftliche Solidarität als Frage von moralischer, geistiger, individueller „Vervollkommnung“, von sentimentaler „menschlicher Liebe“, vom Verhältnis der Geschlechter, von „Leidenschaft“ oder von Rückbesinnung auf „Erhabenheit“ und (antike) Schönheitsideale fassend, erhob Walter Benjamin nach einem *Neue Zeit*-Artikel des sozialdemokratischen Bildungsfunktionärs Hermann Thurow.

Thurows einleitende Position, dass es unter kapitalistischen Bedingungen keine eigentliche sozialistische Kunst und Literatur geben kann, kommentierte Benjamin zumindest in den veröffentlichten „Passagen-Exzerpten“ ebenso wenig, wie Thurows einleitende Thesen zum Verhältnis „Literatur/politische Agitation“, zur heftigen „Naturalismusdebatte“ in der deutschen Sozialdemokratie der 1890er Jahre. Thurow vertrat 1902 jene sozialistische Literaturposition, wonach die „Naturalisten“ zu voreilig als sozialistische Schriftsteller gefeiert worden sind: „Das Thema von der sozialistischen Kunst wird heute mit weniger agitatorischem Eifer erörtert, als vor anderthalb Jahrzehnten.“ „Die neue Kunst, die damals einsetzte“, wurde „von unserer Seite“ „wohl etwas voreilig für den Sozialismus reklamiert“: „Die Enttäuschung brachte die etwas pessimistische, aber weise Erkenntnis wieder zu Ehren, dass es solange keine sozialistische Kunst geben kann, als wir in einer nichtsozialistischen Gesellschaft leben.“ (Pass 712f.)¹⁶

Aus Julian Marchlewskis (Karskis) 1901 in der „Neuen Zeit“ veröffentlichtem Aufsatz über „moderne Kunstströmungen und Sozialismus“ notiert Benjamin dessen Ansicht, dass das Ideal einer auf autonomer Selbsterkenntnis und nicht entfremdeter Individualität beruhenden Kunst unter bürgerlichen Verwertungs- und Profitbedingungen nicht erreichbar ist: „Für Jeden, der dieses liest, muss absolut klar sein, dass in der bestehenden Gesellschaft dieses Ideal nicht zu erreichen ist, dass seine Verwirklichung dem Sozialismus vorbehalten bleibt.“ Marchlewski/Karski, später Mitbegründer der „Spartakus-Gruppe“, schloss mit einem: „Die neue Kunst gehört dem Sozialismus!“¹⁷ (*Pass 684*)

Ob sich Benjamin im Rahmen des *Neue Zeit*-Studiums seit 1934 eingehender mit den Kunst- und Literaturkontroversen in der deutschen Sozialdemokratie seit den Jahren des „Sozialistenverbots“ bis hin zum „Burgfrieden“ 1914, also mit Tendenzkunstdiskussionen, frühen Ansätzen von „Proletkult“- „Anti-Kunst“- „Form- oder Erbe/“Klassik“- Diskussionen, d.h. etwa mit dem „Naturalismus“- „Schiller“- oder „Sperber“-Streit befasst hat, geht aus den derzeit öffentlich zugänglichen Benjamin-Materialien nicht hervor.

Eine materialistische Kunsttheorie schien Benjamin angesichts der Priorität der „Kritik der politischen Ökonomie“ von Marx und Engels selbst nicht näher ausgeführt worden zu sein. Das geschah nach Benjamin mittelbar erst durch Georg Plechanow oder Franz Mehring, wobei ihm wichtig schien anzumerken, dass Mehring eben aus dem Lager der bürgerlich idealistischen Geschichtsauffassung und Ästhetik gekommen war, so 1937 einleitend zum „Eduard Fuchs“: „Mehring ist durch den Nationalismus und sodann durch die Schule Lassalles gegangen; und als er zum ersten Male zur Partei kam, da herrschte, nach dem Geständnis Kautskys, ‚theoretisch noch ein mehr oder weniger vulgärer Lassalleanismus. Von einem konsequenten marxistischen Denken war, außer bei einigen vereinzelt Persönlichkeiten, keine Rede‘. (*Karl Kautsky, Franz Mehring. In: Die Neue Zeit, XXII, Stuttgart 1904, I, S. 103 bis 104.*)“ (*WBGS II/2, 465f.*)¹⁸

7. Walter Benjamin über die sozialistische Bildungsarbeit (nach Karl Korn)¹⁹

Zwischen 1934 und 1937 studierte Benjamin während des Exzerpierens der *Neuen Zeit* und während der Arbeit über

Eduard Fuchs die sozialistische Bildungs- und Erziehungsarbeit seit den 1860er Jahren in ihrer Widersprüchlichkeit zwischen proletarischer Befreiung und Assimilation an bürgerliche Humanitätsideale, die das barbarisch Ausbeuterische an den Dokumenten der Kultur verdrängten und ausblendeten. Spätestens nach dem Fall des Sozialistenverbots vergisst die deutsche Sozialdemokratie in den Jahren des Revisionismusstreits um die Jahrhundertwende 1900 in ihrer am täuschenden Idyll der „Kulturgeschichte“ orientierten Bildungsarbeit nicht zufällig nur zu oft, dass diese „Kultur“ und „Humanität“ als „falsches Bewusstsein“ ihr Entstehen „namenloser Fron“ verdankt. Wie die bürgerliche Ästhetik vergisst auch die sozialdemokratische Bildungs- und Kulturtheorie in ihrer zunehmenden reformistischen Distanz zum Historischen Materialismus immer öfter, dass „niemals ein Dokument der Kultur [existiert], ohne zugleich ein solches der Barbarei zu sein“ (*WBGS II/2 476–478*)

Benjamin beobachtet eine sozialdemokratische Bildungstendenz, die sich den historischen Stoff so wie das biedere Kleinbürgertum aneignet, die das „Problem der ‚Popularisierung der Wissenschaft‘“ nicht lösen kann, da „man sich das Objekt dieser Bildungsarbeit“, die Arbeiter als „‚Publikum‘ statt als Klasse“ dachte, so 1937 im „Fuchs“: „Wäre die Klasse visiert worden, so hätte die Bildungsarbeit der Partei niemals die enge Fühlung mit den wissenschaftlichen Aufgaben des historischen Materialismus verlieren können. Der historische Stoff wäre, umgepflügt von der marxistischen Dialektik, ein Boden geworden, in dem der Same, den die Gegenwart in ihn warf, hätte aufgehen können. Das geschah nicht. Der Parole ‚Arbeit und Bildung‘, unter der die staatsfrommen Vereine von Schulze-Delitzsch die Arbeiterbildung betrieben hatten, stellte die Sozialdemokratie die Parole ‚Wissen ist Macht‘ entgegen. Aber sie durchschaute nicht deren Doppelsinn. Sie meinte, das gleiche Wissen, das die Herrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat befestige, werde das Proletariat befähigen, von dieser Herrschaft sich zu befreien. In Wirklichkeit war ein Wissen, das ohne Zugang zur Praxis war und das das Proletariat als Klasse über seine Lage nichts lehren konnte, ungefährlich für dessen Unterdrücker. Das galt von dem geisteswissenschaftlichen ganz besonders. Es lag weit von der Ökonomik ab; es blieb von deren Umwälzung unberührt. Man begnügte sich, in seiner Behandlung ‚anzuregen‘,

‚Abwechslung zu bieten‘, ‚zu interessieren‘. Man lockerte die Geschichte auf und erhielt die ‚Kulturgeschichte‘.“

Nur einzelne Autoren der *Neuen Zeit*, wie ein Karl Korn, haben nach Benjamin erkannt, dass sich die Sozialdemokratie nur bedingt aus dem bildungs- und honoratiorenliberalen „Selbsthilfe“-Angebot der Hermann Schulze-Delitzsch'schen Lösung von „Arbeit und Bildung“ (1861) lösen konnte. So schien Walter Benjamin vor allem Wilhelm Liebknecht als Protagonist sozialistischer Bildungsarbeit mit der scheinbar revolutionären Parole „Wissen ist Macht – Macht ist Wissen!“ (1872) das Kulturerbe des einst aufgeklärten, fortschrittlichen Bürgertums durch eine unbedachte Blanko-Erbübernahme in harmloses, für die Klassenherrschaft der Bourgeoisie völlig „ungefährliches“ Wissen zu wandeln, das der „Bildungsbeflissenheit“, dem „Gartenlauben“-Amusement, aber kaum dem proletarischen Befreiungskampf diene.²⁰ Wilhelm Liebknechts weit mehr von Ferdinand Lassalle als von Karl Marx geprägter Anspruch, dass die Arbeiterklasse die wahre Treuhänderin der von der industriellen Bourgeoisie verratenen Humanitätsideale sei, hat die sozialistische Kulturtheorie nach Walter Benjamin entwaflnet: Karl Korn befasst sich 1908 in der *Neuen Zeit* mit „dem Begriff des Erbes, der auch heute wieder seine Bedeutung hat. Lassalle sah im deutschen Idealismus, sagt Korn, ein Erbe, das die Arbeiterklasse antrat. Anders als Lassalle aber fassten Marx und Engels die Sache auf. ‚Nicht [...] als ein Erbe leiteten sie den sozialen Vorrang der Arbeiterklasse her, sondern aus ihrer ausschlaggebenden Stellung im Produktionsprozess selber. Wie braucht auch von Besitz, und sei es vom geistigen Besitz, [...] geredet zu werden bei einem Klassenparvenü, wie dem modernen Proletariat, das jeden Tag und jede Stunde durch [...] seine den gesamten Kulturapparat immer aufs neue reproduzierende Arbeit sein ‚Recht‘ dartut... So ist für Marx und Engels das Prunkstück des Lassalleschen Bildungsideals, die spekulative Philosophie, kein Tabernakel, [...] und immer stärker haben sich beide [...] zur Naturwissenschaft hingezogen gefühlt [...], die in der Tat für eine Klasse, deren Idee in ihrem Funktionieren besteht, ebenso die Wissenschaft schlechtweg heißen darf, wie für die herrschende und besitzende Klasse alles Historische die gegebene Form ihrer Ideologie ausmacht... Tatsächlich vertritt die Historik für das Bewusstsein ebenso die Besitzkategorie, wie im Ökonomischen das Kapi-

tal die Herrschaft über vergangene Arbeit bedeutet.‘ Diese Kritik des Historismus hat ihr Gewicht. Ihr Hinweis auf die Naturwissenschaft jedoch – ‚die Wissenschaft schlechtweg‘ – gibt den Blick auf die gefährliche Problematik der Bildungsfrage erst gänzlich frei. Das Prestige der Naturwissenschaften hatte seit Bebel die Debatte beherrscht.“

Benjamin unterstützte Korns Angriff auf ein vor allem von Lassalle transportiertes, mit den Namen Lessing oder Winckelmann verbundenes, humanistisch historisches (der „klassischen“ Antike zugewandtes) Arbeiterbildungsideal. Benjamin folgte auch Korns Plädoyer für die Ausrichtung sozialistischer Bildung an den Naturwissenschaften, auch wenn er Korns Blick auf die Technik für völlig naiv, platt fortschrittsgläubig, positivistisch hielt, zumal Korn „der destruktiven Seite der Dialektik“ zu ferne stehend die repressiv-militaristischen Folgen der Naturwissenschaft übersah. Korn blicke hierauf nämlich „gemütlich, behaglich“ wie die „Industrie-Dichtung der Saint-Simonisten“ hundert Jahre zuvor. (*WBGs II/2*, 472–475)

Karl Korn (1865–1942) war nach philologischen Studien 1896 Redakteur der sozialdemokratischen *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung* in Kiel geworden. Er gehörte ab 1906 dem zentralen Bildungsausschuss der SPD an. Manche seiner Andeutungen lassen vermuten, dass er als „linker Positivist“ in den „Empiriokritizisten“ Richard Avenarius und Ernst Mach oder auch in Wilhelm Ostwald legitime Erben von Friedrich Engels’ materialistischer Philosophie gesehen hat. Als Mitbegründer der proletarischen Jugendbewegung erkannte Korn früh, dass die Arbeiterschaft im Rahmen der von bürgerlichen Universitätsdozenten getragenen Volkshochschulbildung reaktionären Vorstellungen ausgesetzt war. Die Kieler Arbeiter forderten die verpönte sozialistische „Tendenz“ ein, „so lief den Kieler organisierten Arbeitern vor einigen Jahren das Maß der Geduld über, als ihnen die Universitätsprofessoren in ihren Volkshochschulkursen von Geschichte nichts Wichtigeres vorzusetzen wussten als die Anekdoten vom alten Hammurabi.“ Als Redakteur der *Arbeiter-Jugend* erkannte Korn 1909 die Gefahr, dass die bürgerliche Jugendbewegung „dem proletarischen Emanzipationskampf die heranwachsende Jugend“ mit allerhand irrationalistisch romantischen Ideologien entreißen wollte.

Walter Benjamin faszinierte an Korn wohl, dass dieser den menscheitsuniver-

sell auftretenden, humanistisch-historischen Bildungsbegriff selbst auflöste und Klassen spezifisch konkretisierte, dass er erkannte, die Arbeiter dürften der Bildung nicht wie ein bürgerliches Publikum, sondern als kämpfende Klasse gegenüberreten, dass er alle Illusionen von „reiner“, klassenneutraler Bildung und Erziehung, wie ihn etwa die Revisionisten am SPD-Parteitag in Mannheim 1906 oder in den „Sozialistischen Monatsheften“ laufend einklagten, entgegentrat.²¹

Korn hielt am Begriff einer „proletarischen Bildung“ fest, indem er der bürgerlichen „Bildungsklassik“ vorwarf, die ökonomische Unterdrückung der Arbeiter auf ideologisch kultureller Ebene verdeckt „innerlich“ und damit verschärft zu reproduzieren. Die verinnerlichte stille Knebelung der Beherrschten wirkt schlimmer als die offene Repression: „Der ökonomischen und politischen Unterdrückung entspricht die ideologische Vergewaltigung der Unterklasse. Als solche ist, nebenbei bemerkt, hier natürlich nicht die mechanische Bevormundung und Knebelung der Beherrschten verstanden, wie sie beispielsweise in der Volksschulpolitik der preußischen Regierung sich manifestiert, sondern jene Beeinflussung in Sitte, Rechtsanschauungen, Ethik usw. vermöge deren die beherrschte Klasse im Bereich der idealen Werte unbewusst dieselben Normen anerkennt und anwendet, wie die herrschende Klasse. Im Bewusstsein der Unterdrückten ist noch stets jede Gewaltherrschaft am tiefsten verankert gewesen.“

Korn griff 1908 die sozialdemokratischen Reformisten und Revisionisten an, die weit hinter Lassalle zurückfallen, der in seiner blinden Anbetung der „spekulativen Philosophie“ („als ob die herrschende Geisteskultur über allen Klassen stehe und eine rein menschliche Angelegenheit ausmache“) der bürgerlichen Kultur den Prozess zwar nur „rein kritisch“ gemacht hatte, ohne wie Marx und Engels dieses Prinzip der „Kritik“ selbst in Frage zu stellen. Korn billigt Lassalle aber zu, mit „agitatorischer Schlagkraft“ die kapitalistische Klassenwirklichkeit attackiert zu haben, auch wenn er illusionärer Weise die Arbeiter-Waffen für seinen „ethisch-ästhetischen Sozialismus“ im „Arsenal des Gegners“, also „in der bürgerlichen Kultur der Klassik“ vorzufinden glaubte und eine „Allianz zwischen dem deutschen Proletariat und der deutschen Klassik“ schmieden wollte: „Sozialisten, den so genannten Revisionisten, blieb es vorbehalten, nach Marx noch hinter Lassalle zurückzugehen. Während Lassalle doch

den Gegensatz von bürgerlicher und proletarischer Klassenwirklichkeit anerkannt und nur die Ideologie als gemeinsame aufgefasst hatte, lassen die Revisionisten sogar den Gegensatz zwischen proletarischer und bürgerlicher Klassenwirklichkeit bloß als quantitativen Unterschied gelten, dergestalt, dass ein stetiger Übergang von dieser zu jener, das berühmte ‚Hineinwachsen‘ in den sozialistischen ‚Staat‘ sich vollzieht.“

Lassalle verdient es nach Korn nicht mit den Revisionisten verglichen zu werden. Lassalles bürgerliche Bildungsverortung ist geschichtlich erklärbar. Sie wurde von ihm immerhin noch für den proletarischen Kampf instrumentalisiert, auch wenn er nicht mit Marx und Engels erkannte hat, dass das Proletariat seine soziale Vorrangstellung nicht aus irgendwelchen „in die Vergangenheit weisenden“ ideellen und kulturellen „Besitztiteln als ein Erbe“ herleiten kann, sondern nur aus seiner hegemonialen Stellung „im Produktionsprozess selber“.

Wenn Korn den proletarischen Bildungsbegriff nicht wie den bürgerlichen aus dem „Besitzfaktor“, sondern „aus der Not und dem Kampf der Gegenwart“, aus dem Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung hervor wachsen sieht, findet Walter Benjamin seine eigene Sicht einer Dialektik von Kultur und Barbarei bestätigt. Bürgerliche „Humanität“ und Kultur gilt Karl Korn und ihm folgend Walter Benjamin immer und notwendiger Weise als Überbau des bürgerlichen Klassenindividuum, fernab „der proletarischen Ideologie“ der „Solidarität“. Deshalb kann das Proletariat auch nicht naiv bewundernd dem Humanitätsideal der Klassik gegenüberstehen. Das Folgende von Korn 1908 Formulierte hat Benjamin dann drei Jahrzehnte später 1937 im „Fuchs“ mehr oder weniger offen für eine Kritik einer reformistisch-idealistischen sozialistischen Kulturpolitik mit übernommen: „Zwischen Schillers Jubelruf ‚Diesen Kuss der ganzen Welt!‘ und der modernen Mobilmachungsparole ‚Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!‘ liegt ein gesellschaftlicher Entwicklungsprozess und, diesem entsprechend, ein Entwicklungsprozess des gesellschaftlichen Bewusstseins, der der Idee der Humanität, ohne scheinbar ihren Wortlaut zu verändern, eine ganz veränderte Bedeutung gegeben hat. [...] Und was Marx und Engels über die Geschichtsideologie Hegels gesagt haben, gilt natürlich auch im vollen Umfang für deren Vorläufer, gilt für Lessings ‚Erziehung‘ und für Herders

,Ideen', gilt für alle klassischen Genealogien der Humanitätsidee, gilt für die ideologische Methode der Klassik noch mehr als für die Resultate dieser Methode. In der proletarischen Internationalen ist das Humanitätsideal der Klassik, ist die Menschheit selber aus dem Wolkenkuckucksheim der Begriffe heruntergeholt und auf die ‚wohlgegründete‘ Erde gestellt worden. Und aus der Humanität erstand die Solidarität. Gewiss, das Proletariat hat das Erbe der Klassik angetreten, aber sehr cum beneficio inventarii, unter starkem historischem Vorbehalt.“²²

* Fortsetzung des Benjamin-Artikels in der Ausgabe Nr. 2/2011 der „Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft“

Anmerkungen:

1/ Die seit 1971 in sieben Bänden erschienenen, von Rolf Tiedemann und Hermann Schweppenhäuser herausgegebenen „Gesammelten Schriften“ Walter Benjamins werden unter folgender Abkürzung samt Bandangabe zitiert: **WBGS**. Band V/1–2 dieser „Gesammelten Schriften“, das „Passagen-Werk“, wird mit „**Pass**“ zitiert. Die zwischen 1995 und 2000 in sechs Bänden erschienenen, von Christoph Gödde und Henri Lonitz herausgegebenen „Gesammelten Briefe“ Benjamins werden zitiert als: **WB-Briefe**. Die Ausgabe der „Marx-Engels-Werke“ wird mit „**MEW**“ zitiert.

2/ Vgl. Wolfgang Häusler: Sigmund Engländer – Kritiker des Vormärz, Satiriker der Wiener Revolution und Freund Friedrich Hebbels, in: Juden im Vormärz und in der Revolution von 1848, hg. von Walter Grab und Julius H. Schoeps, Stuttgart–Bonn 1983, 83–137.

3/ Vgl. Paul Lafargue: Der Klassenkampf in Frankreich, in: *Die Neue Zeit* 12/2 (1893/94), 613–621, 641–647, 676–682, 705–721.

4/ Vgl. Paul Lafargue: Die christliche Liebes-

tätigkeit, in: *Die Neue Zeit* 23/1 (1904/05), 75–85, 118–126, 145–153, hier 145–149.

5/ Hermann Wendel: Jules Vallès, in: *Die Neue Zeit* 31/1 (1912/13), 105–111. – Fritz Th. Schulte: Honoré Daumier, in: *Die Neue Zeit* 32/1 (1913/14), 831–837 und Franz Diederich: Zola als Utopist, in: *Die Neue Zeit* 20/1 (1901/02), 324–332.

6/ Vgl. Paul Lafargue: Die Ursachen des Gottesglaubens, in: *Die Neue Zeit* 24/1 (1905/06), 476–480, 508–518, 548–556, hier 512.

7/ Vgl. Georg Plechanow: Über die Anfänge der Lehre vom Klassenkampf, in: *Die Neue Zeit* 21/1 (1903), 275–286 und 292–305, hier 285, 296. Sowie Georg Plechanow: Wie die Bourgeoisie ihrer Revolution gedenkt, in: *Die Neue Zeit* 9/1 (1891), 97–102 und 135–140, hier 138.

8/ Nach Franz Mehring: Zum Gedächtnis der Pariser Kommune, in: *Die Neue Zeit* 14/1 (1895/96), 737–740.

9/ E. Tarlé: Der Lyoner Arbeiteraufstand, in: Marx-Engels Archiv II (1927), 56–113, hier 99, 102, 113.

10/ Nach Franz Mehring: Ein Gedenktag des Kommunismus, in: *Die Neue Zeit* 16/1 (1897/98), 353–356. – Mehrings Gedenkartikel zum kommunistischen Manifest und zur Pariser Kommune jetzt auch in Franz Mehring: Aufsätze zur Geschichte der Arbeiterbewegung. (=Gesammelte Schriften 4), Berlin 1963, 209–214 und 387–391.

11/ Über den im sowohl im Vorfeld des Juni 1848 als auch des 18. März 1871 zaudernden und pessimistischen Blanqui vgl. Frank Deppe: Verschwörung, Aufstand und Revolution. Auguste Blanqui und das Problem der sozialen Revolution im 19. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1970, 92–97, 154–157.

12/ Walter Benjamin: Über den Begriff der Geschichte, in derselbe: Gesammelte Schriften I/2, Frankfurt/M. 1974, 691–704 (=WBGS I/2, 691–704). Jetzt auch historisch-kritisch ediert Walter Benjamin: Über den Begriff der Geschichte, hg. von Gérard Raulet. (=Werke und Nachlass. Kri-

tische Gesamtausgabe 19), Berlin 2010.

13/ Karl Kautsky: Darwinismus und Marxismus, in: *Die Neue Zeit* 13/1 (1894/95), 709–716. Benjamin beruft sich auf Heinrich Laufenberg: Dogma und Klassenkampf, in: *Die Neue Zeit* 27/1 (1908/09), 564–574. Ähnlich Benjamin auch Gramsci gegen den „Ferrismus“ bzw. gegen den „Lorianismus“ in den „Gefängnisheften“.

14/ Walter Benjamin: Eduard Fuchs, der Sammler und Historiker (1937), in derselbe: Gesammelte Schriften II/2, Frankfurt/M. 1977, 465–505 (*das ist also WBGS II/2, 465–505*).

15/ Vgl. Georg Lukács: Franz Mehring 1846–1919 [1933], in ders.: Beiträge zur Geschichte der Ästhetik, Berlin 1954, 318–403.

16/ Hermann Thurow: Aus den Anfängen der sozialistischen Belletristik, in: *Die Neue Zeit* 21/2 (1902/03), 212–222.

17/ J. Karski: Moderne Kunstströmungen und Sozialismus, in: *Die Neue Zeit* 20/1 (1901/02), 140–147.

18/ Vgl. Georg Fülberth: Proletarische Partei und bürgerliche Literatur. Auseinandersetzungen in der deutschen Sozialdemokratie der II. Internationale über Möglichkeiten und Grenzen einer sozialistischen Literaturpolitik, Neuwied-Berlin 1972 oder Herbert Scherer: Bürgerlich-oppositionelle Literaten und sozialdemokratische Arbeiterbewegung nach 1890. Die „Friedrichshagener“ und ihr Einfluss auf die sozialdemokratische Kulturpolitik, Stuttgart 1974. Aktueller Forschungsstand, in: Lexikon sozialistischer Literatur. Ihre Geschichte in Deutschland bis 1945, Stuttgart 1994, Stichworte: u.a. „Naturalismus-Debatte“, „Schiller-Debatte“, „Sperber-Debatte“.

19/ Zur Geschichte der sozialdemokratischen Bildungsarbeit vor 1917 generell Dieter Fricke: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in zwei Bänden, Berlin 1987, hier Band 1, 661–697.

20/ Die Programm-Reden von Hermann Schulze-Delitzsch (1861) und Wilhelm Liebknecht (1872) nach dem Abdruck in: Zur Geschichte der Arbeiterbildung, kommentiert herausgegeben von Hildegard Feidel-Mertz, Bad Heilbrunn 1968.

21/ Vgl. Karl Korn: Klassenbildung, in: *Die Neue Zeit* 25/2 (1906/07), 385–396 und Rezension von Karl Korn: „Die bürgerliche Jugendbewegung“, in: *Die Neue Zeit* 29/1 (1910/11), 469f. Zu Erziehungs- und Bildungskonzepten, zum Stellenwert „reiner“ oder „politischer“ Bildung, also zur „Bildungsneutralität“ oder zum „Humanismusstreit“, zu den Konflikten zwischen parteirechten und -linken Bildungstheoretikern vgl. generell Christa Uhlig: Reformpädagogik: Rezeption und Kritik in der Arbeiterbewegung. Quellenauswahl aus den Zeitschriften „Die Neue Zeit“ (1883–1918) und „Sozialistische Monatshefte (1895/97–1918). (=Studien zur Bildungsreform 46), Frankfurt/M. 2006.

22/ Karl Korn: Proletariat und Klassik, in: *Die Neue Zeit* 26/2 (1907/08), 409–418. (am 19. Juni 1908 im Feuilleton der *Neuen Zeit* erschienen).



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung
der Geschichte
der Arbeiterbewegung

BILDUNGSVEREIN DER
KPÖ STEIERMARK



Tagung zur Wohnungspolitik

Univ.-Prof. Dr. **Hans Hautmann**: *Wohnbau und Wohnungspolitik im „Roten Wien“ 1919–1934*

Dr. **Antje Senareclens de Grancy** (Institut für Architekturtheorie, Kunst- und Kulturwissenschaften der TU Graz): *Kommunaler Wohnbau in Graz vor 1934*

Dr. **Andrej Holm** (Stadtforscher, Humboldt-Universität zu Berlin)

Elke Kahr (Stadträtin für Wohnungsangelegenheiten, KPÖ Graz)

Samstag, **12. Mai 2012**, 9.30 bis ca. 17.00

Bildungszentrum der KPÖ Steiermark im Volkshaus Graz
Lagergasse 98a, 8020 Graz

Bundesgesetz über die Aufhebung und Rehabilitierung (Aufhebungs- und Rehabilitierungsgesetz 2011) beschlossen

In seiner Sitzung vom 18. Januar 2012 hat der österreichische Nationalrat mit den Stimmen aller vertretenen Fraktionen ein „Bundesgesetz über die Aufhebung und Rehabilitierung“ der Opfer des austrofaschistischen Regimes in Österreich erlassen, das seit 1. März 2012 offiziell in Kraft ist. Diesem Beschluss vorausgegangen waren zähe Verhandlungen auf höchster parlamentarischer Ebene zwischen Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (SPÖ) sowie ihrem Amtskollegen, dem zweiten Präsidenten des Nationalrats Fritz Neugebauer (ÖVP) – getragen vom offenkundigen politischen Bemühen, trotz unterschiedlicher historischer Einschätzungen in den beiden Großparteien zu einer Kompromisslösung in der Sache und damit der längst überfälligen Aufhebung strafgerichtlicher Entscheidungen bzw. verwaltungsbehördlicher Anhaltungen sowie der Rehabilitierung der davon Betroffenen zwischen 1933 und 1938 zu gelangen.

Dem nun verabschiedeten Gesetzestext ist dieser Drang zum Kompromiss an mehreren Stellen abzulesen. Auffällig ist an zentraler Stelle das Fehlen einer politischen Klassifikation der Zeit von 1933–1938 als das, was sie historisch war: eine „ständestaatliche“, gegen die organisierte Arbeiterbewegung gerichtete Diktatur als die österreichische Sonderform faschistischer Herrschaftspraxis. Nur indirekt lässt sich dies im Gesetz erahnen, indem etwa sein Regelungsinhalt auf jene Taten erstreckt wird, die „zwischen 6. März 1933 und 12. März 1938 im Kampf um ein unabhängiges, demokratisches und seiner geschichtlichen Aufgabe bewusstes Österreich [...] begangen wurden oder wegen des Ausdrucks einer darauf gerichteten politischen Meinung erfolgten“¹ (§ 1 Abs. 1). Im § 4 (Abs. 1) wird schließlich festgehalten, dass die „Ausübung staatlicher Hoheitsgewalt zum Rechtsnachteil derjenigen, die sich in Wort und Tat für ein unabhängiges, demokratisches und seiner geschichtlichen Aufgabe bewusstes Österreich“ einsetzen, „demokratischen Prinzipien“ widerspreche und darum alle diesbezüglichen Urteile und Bescheide als „Unrecht im Sinne des Rechtsstaates“ zu bewerten seien. Den betroffenen Personen – also etwa den Februarkämpfern von 1934, die jedoch nirgends im Gesetz explizit genannt werden – gebühre die „Achtung der Republik“ (§ 4 Abs. 3).

Hier handelt es sich zum guten Teil um Formulierungen, die aus dem der unmittelbaren Nachkriegszeit entstammenden Opferfürsorgegesetz von 1947 entnommen und um den entscheidenden Passus von politischen Meinungsäußerungen erweitert wurden, denen nun eine nachträgliche Legitimation zuerkannt wird. Deutlicher in ihrer gewollten Undeutlichkeit wird dann jedoch die dem Gesetzesantrag folgende „Begründung“ der Antragsteller (neben Prammer und Neugebauer auch der grüne Justizsprecher Albert Steinhauser), die mit dem als Präambel fungierenden Satz eingeleitet wird: „Ein bedeutsamer Teil österreichischer Zeitgeschichte liegt in den in gewaltsamem Handeln kulminierten politischen Auseinandersetzungen während der Ersten Republik.“ Abseits dieses rein deskriptiven Blicks auf die österreichische Zwischenkriegszeit, dem eine gewisse Plumpheit nicht abgesprochen werden kann, wird auf historische Kausalitäten nicht weiter eingegangen. Folgerichtig bleibt im parlamentarischen Antrag die Erste Republik in bewährter Schulbuchmanier auch bis zum 12. März 1938 die Erste Republik, die Zeit ab 6. März 1933 wird lediglich als „Außerkräftsetzung des Parlamentarismus in Österreich“ bezeichnet – eine Formulierung, eingedenk derer es nicht weiter verwunderlich scheint, dass im Vorfeld des Aufhebungs- und Rehabilitierungsgesetzes innerhalb der sozialdemokratischen Partei durchaus prominente Stimmen laut wurden, dem Gesetz in dieser Form nicht zustimmen zu wollen.² Auf Druck der Verhandlungsführer und, so darf spekuliert werden, der Parteispitzen kam es jedoch dennoch zu einer gemeinsamen Beschlussfassung im Nationalrat unter Einschluss der Freiheitlichen Partei, deren Justizsprecher Peter Fichtenbauer hier eine „Versöhnung über die Gräber hinaus“³ erkennen mochte. Welche Position die Freiheitlichen zur österreichischen Arbeiterbewegung und ihrem Kampf um demokratische Rechte einnehmen, mögen jedoch die weiteren Ausführungen Fichtenbauers in diesem Kontext illustrieren, der im Zusammenhang mit dem Gesetzesantrag auch von „Geschichtsklitterung“ sprach, die Legitimität des Widerstandes im Februar 1934 in Frage stellte⁴ und sich für jene Polizisten, die „vom Karl-Marx-Hof herunter von einem Heckenschützen er-

schoffen wurden“, ebenfalls einen „großen Gedenkstein“ wünschte.⁵

Vor dem beschriebenen Hintergrund lässt sich das Aufhebungs- und Rehabilitierungsgesetz als Minimalkonsens zwischen Sozialdemokratie und Volkspartei lesen. Der „Mut“, den Prammer ihrem Verhandlungspartner Neugebauer anerkennend attestierte, ist angesichts der Vermeidung einer klaren Benennung der austrofaschistischen Diktatur als Unrechtsregime und dem Rückzug in den Bereich einer Verletzung „rechtsstaatlicher Prinzipien“ ein allerdings zweifelhaftes Lob und verrät wohl mehr über das in der bürgerlich-konservativen Elite nach wie vor verbreitete Geschichtsbild, als beabsichtigt war. Im Übrigen handelt es sich bei dem Gesetz um eine rein symbolhafte Form der Entschädigung: Eine materielle Anerkennung der (wenigen noch lebenden) Betroffenen und – quantitativ sehr wohl bedeutsam – ihrer Familien wird im Aufhebungs- und Rehabilitierungsgesetz nicht festgeschrieben.

MARTIN KRENN

Anmerkungen:

1/ Zitiert wird nach dem parlamentarischen Antrag: http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A/A_01773/fnameorig_237809.html

2/ Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter etwa wird in der *Presse* vom 28. September 2011 mit den Worten zitiert: „Für mich ist nicht vorstellbar, dass die Sozialdemokratie dem zustimmt.“ Als Gründe nannte er, dass das Gesetz das Wort „Austrofaschismus“ vermeide und im Allgemeinen das vom austrofaschistischen Regime begangene Unrecht nicht genügend zum Ausdruck bringe.

3/ *Die Presse*, 19.1.2012. Vgl. auch das zum Zeitpunkt der Drucklegung der „Mitteilungen“ erst in einer Rohfassung vorhandene „vorläufige stenographische Protokoll“ der NR-Sitzung vom 18. Januar 2012 und hier die diesbezügliche Wortmeldung Fichtenbauers: http://www.parlament.gv.at/pd/stvorwww/XXIV/NRSITZ/NR-SITZ_00140/A_-14_08_10_Abgeordneter_Dr_-Peter_Fichtenbauer_FPO_.pdf

4/ Fichtenbauer laut Protokoll (ebd.): „Zum Teil waren ja die Kampfhandlungen, die ab 12. Februar 1934 anlässlich der Waffensuche der Exekutive bei den Kräften des sozialdemokratischen Schutzbundes im Hotel Schiff in Linz begonnen haben und bei denen Bernaschek gegen die Weisungen der sozialdemokratischen Parteiführung gehandelt hat, kein Kampf für die Demokratie.“

5/ Ebd. Das Protokoll vermerkt an dieser Stelle neben „Beifall bei der FPÖ“ auch einen Beifall bei Abgeordneten der ÖVP.

Christine Axer: *Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Deutschland und Österreich im Vergleich und im Spiegel der französischen Öffentlichkeit.* Köln u.a.: Böhlau 2011, 519 S., 71,90– Euro

Die Frage nach dem gesellschaftlichen, justitiellen und politischen Umgang mit einer diktatorischen Gesellschaft und/bzw. nach kriegesischen Auseinandersetzungen ist von höchster Aktualität. Um gegenwärtig rechtliche, administrative und zivilgesellschaftliche Instrumente zur Wiederherstellung von Gerechtigkeit nach Krieg und Diktatur entwickeln zu können, ist es angezeigt, sich mit ähnlichen Vorgängen in der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Dabei hat die Geschichts- und Politikwissenschaft bereits in den 1980er Jahren begonnen, sich analytisch mit der Thematik der Vergangenheitsbewältigung auseinanderzusetzen. Die Publikation von Christine Axer, eine leicht überarbeitete und gekürzte Version ihrer Dissertation, steht in dieser Tradition der Geschichtsbeurteilung. Dabei liegt der Fokus der an der Universität Konstanz in der Forschungsgruppe „Geschichte + Gedächtnis“ um Aleida Assmann tätigen Historikerin auf dem Umgang mit der NS-Zeit in Deutschland und Österreich aus dem Blickwinkel der französischen Öffentlichkeit in Form der Berichterstattung ausgewählter Zeitungen. Als Kernpunkte ihrer Arbeit formuliert die Autorin die Frage nach der „Annahme einer äußeren

Notwendigkeit, sich der historischen Verantwortung zu stellen“ (14), einer möglichen „Diskrepanz zwischen der ‚Vergangenheitsbewältigung‘ und ihrer Wahrnehmung“ (14) und inwieweit „eine Korrektur der Deutschland- bzw. Österreichbilder bewirkt“ wurde (15). Weshalb sie sich dabei auf die Sicht der französischen Öffentlichkeit konzentriert, begründet Axer damit, dass Frankreich die NS-Gewaltherrschaft selbst unmittelbar erfahren und daher Interesse an ihrer Aufarbeitung gehabt haben müsste. Als einer der vier Siegermächte habe Frankreich zudem einen nicht unwesentlichen Einfluss auf die Entwicklung Deutschlands und Österreichs genommen, nicht zuletzt, um seine Position in Europa zu stärken.

Nach der Erläuterung ihres Verständnisses von „Öffentlichkeit“ und der Begründung, welche französischen Zeitungen ihrer Analyse zugrunde lagen, widmet sich die Autorin ausführlich der Definition des dem Historiker Hermann Heimpel zugeordneten Begriffes der „Vergangenheitsbewältigung“ und versucht, ihn von anderen gängigen Termini wie „Erinnerungs- und Geschichtskultur“ abzugrenzen. Obwohl Axer sich der Verwendung dieses, in der Geschichts- und Politikwissenschaft nicht unumstrittenen Begriffes, stringent annähert, scheint sie selbst nicht ganz überzeugt von dessen Anwendbarkeit für den Zweck ihrer Arbeit zu sein. Auf der einen Seite wird er durchgehend unter Anführungszeichen gesetzt, so als wolle sie sich schlussendlich doch davon distanzieren, auf der anderen Seite scheint er im Titel der Publikation – im Gegensatz zur Dissertation – nicht auf, sondern wird dem Begriff der „Aufarbeitung“ gleichgesetzt. Seine geradezu inflationäre Verwendung ist umso bemerkenswerter, als die von Axer behandelten Aspekte des Umgangs von Gesellschaften mit Diktatur und Krieg im gegenwärtigen Diskurs unter dem Begriff *Transitional Justice* subsumierbar sind, welcher den Inhalt des Buches weitaus treffender umschrieben hätte.

Erstes Kernstück der Publikation ist die Auseinandersetzung mit der „Vergangenheitsbewältigung“ in den Nachfolgestaaten des Dritten Reiches. Damit bleibt für Deutschland die Zeit vor der Gründung der BRD und der DDR ausgespart. Dies ist umso mehr zu bedauern, als dies für den Transitionsprozess wesentliche Jahre gewesen waren. In Westdeutschland beispielsweise gab es in jener Zeit die quantitativ intensivste Täterverfolgung durch deutsche Gerichte in der Nachkriegszeit.¹

Während die Autorin für die BRD die wesentlichen Instrumentarien von *Transitional Justice* (wie strafrechtliche Ahndung der NS-Verbrechen, Wiedergutmachung, gesellschaftspolitische Auseinandersetzung) analysiert, konzentriert sie sich bei der DDR in erster Linie auf die politische Auseinandersetzung mit der Diktatur des SED-Staates und konstatiert „weitestgehend ein Ausbleiben von ‚Vergangenheitsbewältigung‘.“ (133) Es wäre allerdings wünschenswert gewesen, wenn auch hier – beispielsweise im Bezug auf die strafrechtliche Ahndung der NS-Verbrechen – eine kritische Diskussion nicht nur mit den Waldheim-Prozessen, sondern auch mit den – etwa von C. F. Rüter dokumentierten – mehr als 900 Urteilen wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen,² erfolgt wäre.

Obwohl die vier Siegermächte bis 1955 ein Besatzungsregime installierten und erst mit dem Abschluss des Staatsvertrags eine souveräne Republik möglich machten, analysiert Axer die Vergangenheitsbewältigung in Österreich bereits ab 1945. Dieser Zugang ist legitim, da die Alliierten hier eine eigene Regierung einsetzten, die einheitliche demokratische Strukturen aufbauen konnte. Als ein wesentliches Merkmal des Besatzungsregimes ist die Zuerkennung des Opferstatus anzusehen, dem die Autorin in ihrer Publikation großen Raum einräumt.

Im dritten Kernkapitel über die Wahrnehmung in der französischen Öffentlichkeit setzt sie sich sehr kritisch mit dem Umgang der österreichischen Politik mit diesem von den Alliierten zur Verfügung gestellten Interpretationsmodell auseinander. Als einen in Frankreich einflussreichen Unterstützer der offiziellen Opferthese macht sie unter anderem den österreichischen Widerstandskämpfer in der Résistance und KZ-Häftling Felix Kreissler aus, den Begründer der *Centre d'Études et de Recherches Autrichiennes* (CERA) und der Zeitschrift *Austriaca*. Kreissler, der einer „wissenschaftliche[n] Aufarbeitung der Geschichte, die sich nicht in ‚Wertfreiheit‘ ergeht“ anhing,³ nur auf einen vom österreichischen Außenministerium finanzierten Propagandisten der Opferthese (374) zu reduzieren, wird seiner Rolle als Vermittler der Geschichte und Kultur Österreichs abseits habsburgnostalgischer und walzerseliger Österreichbilder nicht gerecht. Wer die Ehre und das Vergnügen gehabt hat, Felix Kreissler persönlich zu kennen, weiß, dass es nicht so einfach gewesen wäre, ihn zu instrumentalisieren. Nicht außer acht gelassen werden

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT, Drechslergasse 42, 1140 Wien

Vereinsvorstand: Mag. Alexander Dinböck, Dr. Winfried R. Garscha, Univ.-Doz. Dr. Peter Goller, Mag. Dr. Heimo Halbrainer, Univ.-Prof. i.R. Dr. Hans Hautmann, Dr. Lutz Holzinger, MMag. Martin Krenn, Mag. Dr. Claudia Kuretsidis-Haider, Dr. Walther Leeb (Präsident), Dipl.-Ing. Friederike Lerch (Kassier), Mag. Simon Loidl, Mag. Manfred Mugrauer (wissenschaftlicher Sekretär), Univ.-Prof. i.R. Dr. Gerhard Oberkofler (Vizepräsident), Dr. Elke Renner (Schriftführerin), Dr. Elisabeth Rzy, Irma Schwager (Vizepräsidentin), Fini Seif, Ass.-Prof. Mag. Dr. Valentin Sima, Dr. Wilhelm Weinert.

Grundlegende Richtung: Die ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT ist eine gemeinnützige Organisation, deren Tätigkeit ausschließlich wissenschaftlichen und volksbildnerischen Zwecken dient. Ihre Aufgabe und diejenige ihres Mitteilungsblattes ist die Erforschung der gesellschaftlichen Entwicklung in Österreich, insbesondere der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung.

darf selbstverständlich, dass er als Opfer der NS-Herrschaft Entwicklungen auch aus einer ganz persönlichen Sicht und aus der Zeit heraus kommentiert hat, wo es für Nachgeborene wesentlich leichter ist, objektiv zu urteilen.

Insgesamt stellt die Autorin bilanzierend fest, dass in den von ihr untersuchten Medien bis Ende der 1970er Jahre weder für Deutschland noch für Österreich Interesse „an ‚Vergangenheitsbewältigung‘ als solcher ausgemacht werden“ kann (440). Österreich wurde vorwiegend als Opfer des Nationalsozialismus wahrgenommen, und das französische Deutschlandbild dominierte weniger der Nationalsozialismus als generell die historischen und gegenwärtigen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Dies änderte sich erst mit einem Paradigmenwechsel in der französischen Vergangenheitsbewältigung selbst, als zunehmend die eigene historische Verantwortung Gegenstand des öffentlichen Diskurses wurde.

Resümierend ist festzustellen, dass die Auseinandersetzung von Christine Axer mit der Frage des Umgangs mit der NS-Herrschaft in Deutschland sowie Österreich in der Debatte der 1980er Jahren um die Vergangenheitsbewältigung verhaftet bleibt. Sie zeichnet sich durch einen großen Reichtum an verwendeter Literatur und Quellen sowie durch die Originalität des Blickwinkels aus der Sicht der französischen Öffentlichkeit aus.

CLAUDIA KURETSIDIS-HAIDER

Anmerkungen:

1/ Adalbert Rückerl, Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen 1945–1978. Eine Dokumentation, Heidelberg-Karlsruhe 1979, S. 125; Allgemein: Edith Raim, Der Wiederaufbau der westdeutschen Justiz unter alliierter Aufsicht und die Verfolgung von NS-Verbrechen 1945 bis 1949/50. In: Hans Braun/Uta Gerhardt/Everhard Holtmann (Hg.), Die lange Stunde Null. Gelenkter sozialer Wandel in Westdeutschland nach 1945, Baden-Baden 2007, S. 141–173; Andreas Eichmüller, Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen durch westdeutsche Justizbehörden seit 1945. In: *Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte*, 56. Jg., Heft 4, Oktober 2008, S. 621–639.

2/ Christian F. Rüter (Hg.), DDR-Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung ostdeutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen. Verfahrensregister und Dokumentenband, Amsterdam-München 2002.

3/ Felix Kreissler (Hg.), Fünfzig Jahre danach – der „Anschluss“ von innen und außen gesehen, Wien–Zürich 1989, S. 2.

Quelle: *sehpunkte* 11 (2011), Nr. 11 [15.11.2011], URL: <http://www.sehpunkte.de/2011/11/19416.html>

Hans Heinz Holz (1927–2011)

Nach langer, schwerer Krankheit verstarb der marxistische Philosoph und engagierte Kommunist Hans Heinz Holz am 11. Dezember 2011 in seinem Haus in Sant’Abbondio im Schweizer Tessin.

Holz wurde am 26. Februar 1927 in Frankfurt/Main geboren, schloss sich noch als Jugendlicher dem Widerstand gegen das NS-Regime an und kam deshalb für mehrere Wochen in Gestapo-Haft. Nach 1945 begann er ein Studium der Philosophie, das er sich durch journalistische Tätigkeiten bei Zeitungen und Zeitschriften verdiente. Nach erfolgreicher Promotion bei Ernst Bloch arbeitete er fortan hauptberuflich als Zeitungs- und Rundfunkjournalist, etwa als Redaktionsleiter beim Abendstudio des Hessischen Rundfunks. 1971 erhielt er einen Ruf auf den Lehrstuhl für Philosophie an der Universität Marburg, begleitet von öffentlichen Auseinandersetzungen um seine Person, die in dieser Heftigkeit in der Bundesrepublik Deutschland noch unbekannt waren und in der Forderung nach einem Berufsverbot für den bekennenden Kommunisten Holz kumulierten. 1979 nahm er schließlich eine Professur in Groningen (Niederlande) an, wo einst auch der von ihm hoch geschätzte Helmuth Plessner während der Zeit der faschistischen Diktatur in Deutschland universitäre Zuflucht gefunden hatte. In Groningen wirkte Holz bis zu seiner Emeritierung als akademischer Lehrer, wobei er im liberalen Universitätsklima der Niederlande zu einer internationalen Anlaufstelle für Studentinnen und Studenten wurde, die sich mit Fragen der materialistischen Dialektik auseinandersetzen wollten (so schloss etwa Sarah Wagenknecht ihr Studium bei Holz mit einer Arbeit über die Hegelrezeption des jungen Marx ab). Aus der Liste des bereits rein umfangmäßig beeindruckenden Ouvres von Holz sollen an dieser Stelle nur zwei Arbeiten gesondert herausgegriffen werden, die seinen Ruf als enzyklopädischer Denker untermauern: sein 1983 erschienen Buch „Dialektik und Widerspiegelung“, das mit Recht als sein Schlüsselwerk bezeichnet werden kann, sowie seine 1997 in drei Bänden vorgelegte „Problemggeschichte der Dialektik der Neuzeit“, die unter dem

richtungsweisenden Titel „Einheit und Widerspruch“ firmiert. Holz gelang hier eine produktive Weiterentwicklung der materialistischen Dialektik, die er als dynamisches Prinzip ernst nimmt und gegen idealistische Verklärungen von „Mensch – Natur“ (so der Titel seines 2003 erschienenen Buches über Helmuth Plessner) einsetzt.



Über dem Philosophen und Theoretiker Hans Heinz Holz soll und darf der politische Mensch nicht vergessen werden: Holz, nach dem Weltkrieg Mitbegründer der *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes* (VVN), war und blieb zeit seines Lebens Kommunist – in die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) trat er jedoch formell erst 1994 ein. In unzähligen Artikeln und durch seine anhaltende, stets unprätentiös bleibende Präsenz auf Parteiveranstaltungen hat er seither den politischen Alltag der DKP maßgeblich mitgeprägt. Holz fungierte nicht nur als Mitverfasser des Parteiprogramms der DKP von 2006; er legte im Hausverlag der Partei auch drei nach wie vor beachtenswerte politische Essays zu Parteitheorie („Kommunisten heute“, 1995), Sozialismustheorie („Sozialismus statt Barbarei“, 1999) und, bereits zu einem frühen Zeitpunkt, zur Niederlagenanalyse des Realsozialismus („Niederlage und Zukunft des Sozialismus“, 1991) vor. Im letzten Jahrzehnt führte ihn sein Weg auch mehrmals nach Österreich: 2001 referierte er am Walter-Hollitscher-Symposium der *Alfred Klahr Gesellschaft*, 2004 diskutierte er mit Mitgliedern der (damals noch in der KPÖ organisierten) *Kommunistischen Initiative* über den Stand der Programmdiskussionen in der KPÖ und DKP, 2005 schließlich war er einer der Vortragenden eines Marxismus-Seminars des *Kommunistischen StudentInnenverbandes* (KSV). – Der Tod von Hans Heinz Holz hinterlässt eine schmerzhaft Lücke in den Reihen der kommunistischen Bewegung, keineswegs nur in Deutschland.

MARTIN KRENN



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung

Kommunisten und Kommunistinnen in der Wiener Polizei nach 1945

Vortrag von Univ.-Prof. Dr. Hans Hautmann
Präsentation von Fotos und Dokumenten

Zeitzeugengespräch mit **Walter Winterberg** (Oberstleutnant der Kriminalpolizei i.R.)



Die starke Präsenz von Mitgliedern der KPÖ im Beamtenapparat der Polizeidirektion Wien in den Anfangsjahrzehnten der Zweiten Republik war ein für „westliche“ Verhältnisse ganz ungewöhnliches, ja weltweit einzig dastehendes Phänomen. Dessen historische Ursachen werden im Vortrag ebenso behandelt wie die politischen Folgen für die von den vier

Siegermächten besetzten Gemeindebezirke der Stadt Wien und deren Polizeikommissariate. Zur Sprache kommt auch die vielfältige Tätigkeit der kommunistisch dominierten „Kulturvereinigung der Polizeibediensteten“ mit ihren Bildungsangeboten, künstlerischen Veranstaltungen und Kinderferienaktionen in Gaaden und Senigallia.

Dienstag, 24. April 2012, 19.00

Kulturcafé 7Stern

Siebensterngasse 31
1070 Wien

7★STERN

Mitteilungen der

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Dr. Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Peter Goller, Martin Krenn, Claudia Kuretsidis-Haider, Gerhard Oberkofler

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

PSK 92023930, BLZ 60000

IBAN: AT 6660 0000 0092 0239 30

BIC: OPSKATWW

100 Jahre Jura Soyfer

Dienstag, 13. März 2012, 19.30

„Auf uns kommt's an.“ Prolog zum Soyfer-Jahr

Mit **Herbert Arlt** (*Jura Soyfer Gesellschaft*), **Eva Brenner** (Regisseurin), **Markus Hank** (Regisseur), **Erwin Riess** (Schriftsteller)

Moderation: Susita Fink (Theaterwissenschaftlerin)

Begrüßung: Mirko Messner (Bundessprecher der KPÖ)



Dienstag, 17. April 2012, 19.30

„Der Schatten ist lang“

Dokumentarfilm über Jura Soyfer und seine Zeitgenossen

Von und mit **Eva Brenner** (Regisseurin)

Dienstag, 15. Mai 2012, 19.00

Jura Soyfers Stücke als Hörspiel-Produktionen

Referat und Szenenausschnitte von und mit dem Regisseur **Götz Fritsch**

Mittwoch, 13. Juni 2012, 19.00

„Auf uns kommt's an“

Neuvertonte Soyfer-Lieder von **Maren Rahmann** (SchauspielerIn, Musikerin) und **Rudi Görnet** (Musiker und Improspieler)

mit weiteren Terminen (Lesung, Buchpräsentation usw.) im Herbst

Kulturcafé 7Stern, Siebensterngasse 31, 1070 Wien

Veranstalter: *Volksstimme*, KPÖ, ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

In eigener Sache

Die *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* werden vier Mal jährlich neben den Mitgliedern unserer Gesellschaft auch an zahlreiche Institutionen, Vereine und Gesellschaften, sowie an Personen im In- und Ausland, die an den Aktivitäten und Publikationen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT interessiert sind, gesendet.

Aufgrund des erhöhten Umfangs der *Mitteilungen* sind die Druckkosten in den letzten Jahren gestiegen. Darüber hinaus sind wir nicht nur mit erhöhten Posttarifen, sondern mit einer insgesamt schwierigen finanziellen Situation konfrontiert, weshalb wir all jene bitten, die an einem Weiterbezug der *Mitteilungen* interessiert sind und nicht Mitglied sind, als Beitrag zu den Druckkosten und zum Versand unseres Periodikums ein Jahresabonnement zum Preis von 5,- Euro bzw. ein Förderabo in einer selbst zu bestimmenden Höhe zu lösen. Sollten Sie Mitglied werden wollen, so beträgt der Jahresbeitrag 20,- Euro.

Vielen Dank für Ihr Interesse an unserem Periodikum und für Ihre Unterstützung!

Kommunist

Kämpfer

Dichter